

Genehmigung am 15.08.2024 (genehmigt)

Protokoll 11

Stadtratssitzung
Donnerstag, 30.05.2024, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll inkl. Audio siehe: <https://bern.recapp.ch/shareparl/>

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr.....	3
2023.SR.0112.....	4
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2022.SR.000192.....	8
2 Geschäftsprüfungskommission (GPK): Wahl stellvertretendes Mitglied	
2021.BSS.000055.....	8
3 Wahlen in Schulkommissionen (Kirchenfeld-Schosshalde / Bümpliz / Länggasse-Felsenau)	
2021.BSS.000055.....	9
4 Wahlen in Schulkommissionen (Bethlehem)	
2016.TVS.000024.....	9
5 Farbsack-Trennsystem; Anpassungen des Systems und weiteres Vorgehen	
2020.SR.000233.....	25
6 Stellvertretungsregelung im Stadtrat: Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1) und Reglement vom 16. Mai 2004 über die politischen Rechte (RPR; SSSB 141.1); Teilrevision (Abstimmungsbotschaft); 1. Lesung	
Schluss der Sitzung: 18.59 Uhr.....	33
Anwesenheit in der Sitzung von 20.35 bis 22.35 Uhr.....	34
2020.SR.000233.....	35
6 Stellvertretungsregelung im Stadtrat: Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1) und Reglement vom 16. Mai 2004 über die politischen Rechte (RPR; SSSB 141.1); Teilrevision (Abstimmungsbotschaft); 1. Lesung	
2023.PRD.0038.....	61
7 Data Excellence - Datenmanagement für den Service Public; Investitionskredit	
2021.GR.000050.....	64
8 Sanierung Bernisches Historisches Museum; Beitrag Stadt Bern an Projektierungskredit	
2016.SR.000223.....	66

9	Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Rudolf Friedli, SVP): Nachhaken zum Vorstoss „Umwegendite der Reithalle“ von Michael Burkhard: Wie hoch sind der Kollateralschaden und die negativen Faktoren?	
2017.SR.000118	67
10	Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP) - übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Wochenberichte Kantonspolizei zu den Ereignissen Reitschule vom 15.6.2015 bis 16.1.2017	
2019.SR.000347	67
11	Interpellation Thomas Glauser (SVP), Alexander Feuz (SVP): Sicherheitskonzept in der Reitschule endlich durchsetzen!	
2019.SR.000299	68
12	Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Janosch Weyermann/Thomas Glauser, SVP): Was gelten für baurechtliche und energierechtliche Vorschriften im Bereich der Reitschule und der Schützenmatt? Werden diese durchgesetzt?	
2021.SR.000219	68
13	Motion Alexander Feuz (SVP): Die Bestimmungen der Denkmalpflege müssen auch hinsichtlich der Reithalle endlich durchgesetzt werden!	
2018.SR.000199	73
14	Interpellation Fraktion FDP/JF (Oliver Berger/Bernhard Eicher/Ruth Altmann, FDP): Streit um Polizeieinsätze – Deeskalation und Lösungsansätze?	
2020.SR.000198	73
15	Motion Fraktion SP/JUSO (Laura Binz/Marieke Kruit, SP): Stadtklima integral denken – Synergien nutzen, Lebensqualität in der Stadt Bern erhalten; Begründungsbericht	
2023.SR.0181	74
16	Interfraktionelles Postulat AL/PdA, SP/JUSO, GB/JA (David Böhner, AL/Matteo Micieli, PdA/Barbara Keller, SP/Paula Zysset, JUSO/Franziska Geiser, GB/Anna Jegher, JA): Steigende Energiekosten: Überprüfung der Unterstützung für subventionierte Kulturinstitutionen und gemeinnützige Vereine	
Verschoben und eingereicht	78
Schluss der Sitzung: 22.36 Uhr	80

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Franziska Geiser	Matteo Micieli
Janina Aeberhard	Thomas Glauser	Szabolcs Mihalyi
Timur Akçasayar	Muriel Graf	Niklaus Mürner
Debora Alder-Gasser	Lukas Gutzwiller	Barbara Nyffeler
Lena Allenspach	Bernadette Häfliger	Mehmet Özdemir
Ruth Altmann	Bernhard Hess	Florence Pärli Schmid
Emanuel Amrein	Thomas Hofstetter	Halua Pinto de Magalhães
Ursina Anderegg	Matthias Humbel	Simone Richner
Mirjam Arn	Seraphine Iseli	Claudio Righetti
Oliver Berger	Ueli Jaisli	Mirjam Roder
Tom Berger	Bettina Jans-Troxler	Sarah Rubin
Natalie Bertsch	Anna Jegher	Michael Ruefer
Lea Bill	Raffael Joggi	Mahir Sancar
Laura Binz	Nora Joos	Judith Schenk
Gabriela Blatter	Barbara Keller	Nicole Silvestri
David Böhner	Ingrid Kissling-Näf	Chandru Somasundaram
Francesca Chukwunyere	Fuat Köçer	Ursula Stöckli
Milena Daphinoff	Nora Krummen	Irina Straubhaar
Sibyl Eigenmann	Anna Leissing	Bettina Stüssi
Nik Eugster	Corina Liebi	Michael Sutter
Alexander Feuz	Maurice Lindgren	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Simone Machado	Lukas Wegmüller
Sofia Fisch	Denise Mäder	Janosch Weyermann
Katharina Gallizzi	Esther Meier	Marcel Wüthrich
Lionel Gaudy	Daniel Michel	Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Debora Alder-Gasser	Michael Burkard	Tanja Miljanovic
Gabriela Blatter	Salome Mathys	Dominic Nellen

2023.SR.0112**1 Begrüssung und Mitteilungen**

Präsidentin: Geschätzte Kolleg*innen, liebe Besucher*innen auf der Tribüne, geschätzte Medienschaffende, liebe Anwesende, ich begrüsse Sie ganz herzlich zur heutigen Stadtratssitzung und ich beginne gleich mit den Entschuldigungen: Für beide Sitzungen sind Gabriela Blatter von der GLP, Dominic Nellen von der SP entschuldigt. Für die erste Sitzung ist Michael Burkard von der GFL entschuldigt und für die zweite Sitzung Matteo Micieli von der PdA.

Dann starte ich gleich mit einer erfreulichen Nachricht, und zwar hat unsere Stadtratskollegin von der EVP, Debora Alder-Gasser, ein Kind bekommen. Das Kind heisst Raja Shekinah Victoria und ist am 20. Mai auf die Welt gekommen. Im Namen des Stadtrats gratulieren wir ihr und ihrer Familie ganz, ganz herzlich zu dem Glück. Wir haben auch noch eine Karte vorbereitet, falls ihr gerne unterschreiben möchtet, um ihr auch zu gratulieren.

Dann kommen wir zu den etwas weniger erfreulichen Nachrichten, und zwar sind 2 Stadtratskolleg*innen heute das letzte Mal da. Das sind Michael Sutter und Milena Daphinoff. Und wie jedes Mal darf ich das Rücktrittsschreiben vorlesen. Und ich beginne mit dem Rücktrittsschreiben von Michael Sutter, weil es zuerst eingegangen ist:

Sehr geehrte Frau Ratspräsidentin, liebe Valentina und – wohl zum ersten und letzten Mal mit dieser Anrede – liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich entschieden, nach 11,5 Jahren aus dem Stadtrat zurückzutreten. In dieser Zeit hat sich vieles im und um den Rat verändert, nicht nur zum Guten, aber eben ebenso wenig einfach zum Schlechten. Ich durfte viel lernen, mitgestalten, kritisch begleiten und auch verändern. Die Arbeit im Rat und in den Kommissionen war zeitintensiv und nervenaufreibend, aber auch hochspannend. Und es hat Spass gemacht, jedenfalls meistens. Sonst hätte ich sicher früher aufgehört. In das in vielen Rücktrittserklärungen fast obligate allgemeine Stadtratsbashing mag ich nicht einstimmen. Nach so langer Zeit in der grössten Fraktion wäre dies zugegebenermassen auch nicht glaubwürdig. Ein paar – sagen wir mal – Wünsche und Anregungen möchte ich euch dennoch mit auf den Weg geben, und es sind einige. Die letzten Jahre waren von einem starken Effizienzdenken und einem ungesunden Fokussieren auf den reinen Pendenzenabbau geprägt, von dem meistens jetzt wieder Abschied genommen werden darf. Es wird der Aufgabe eines Parlaments nicht gerecht, wenn selbst zu Abstimmungsgeschäften in zweistelliger Millionenhöhe keine Diskussionen mehr stattfinden oder wenn man das Gefühl bekommt, dass keine stattfinden sollten, und der Ratsbetrieb innerhalb wie ausserhalb dieses Saals ausgerechnet dann einmal gelobt wird, wenn er statt aus einem politischen Diskurs vornehmlich aus "Wir stimmen ab" besteht und die Korken am lautesten knallen, wenn eine lange Traktandenliste möglichst schnell durchgepeitscht wurde. Manchmal dachte ich, wir könnten die Sitzungen sonst auch gleich auf dem Zirkularweg abwickeln. Ich wünschte mir weiter, dass der Stadtrat wieder mehr gestaltet und dem Gemeinderat und der Verwaltung kritischer auf die Finger schaut. Denn das ist ganz unabhängig von den jeweiligen Mehrheitsverhältnissen der Kern des demokratischen Prinzips der Gewaltenteilung. Die Kontrolle der Regierung ist die ureigene Aufgabe eines Parlaments. Wir sind momentan zwar gut darin, im Nachhinein, also nachdem etwas so richtig oder jedenfalls so halb in den Sand gesetzt wurde, zu kritisieren, zu untersuchen und zu mahnen. Wichtiger wäre es aber, die Geschäfte bereits dann kritisch zu durchleuchten, wenn sie in Kommission und Rat behandelt werden. Das ist kein generelles Misstrau-

ensvotum gegen den Gemeinderat. Exekutive und Legislative sollen aber ihrer jeweiligen Rolle gerecht werden und ihre Kompetenzen auch nutzen. Eine sichere Veloführung auf der Lorraine-Brücke oder eine höhere Dichte sowie GüWR-Wohnungen an der Reichenbachstrasse 118 wären mit reinen Prüfaufträgen, wie sie heute üblich sind, wohl kaum erreicht worden. Gerade an diesen Beispielen habe ich gelernt, dass viele Anliegen selbst dann mittels Anträgen eingefordert werden müssen, wenn sie in Legislaturrichtlinien, Wahlplattformen oder Parteiprogrammen stehen, und dass an meiner Stelle wohl auch nicht einfach jemand anderes diese Anträge gestellt hätte. Dem Gemeinderat wiederum möchte ich ans Herz legen, ein wenig weniger Ressourcen in Konzepte, Pläne, Reglemente und Absichtserklärungen zu investieren und sich dafür mehr um deren Umsetzung zu bemühen, also die Privaten in der Wohnbaupolitik tatsächlich in die Pflicht zu nehmen, wenn es um Arealentwicklungen geht, oder beschlossene Klimamassnahmen auch ernsthaft umzusetzen, dem Masterplan Veloverkehr genügend Beachtung zu schenken und von seinen Kompetenzen in der Sicherheitspolitik endlich Gebrauch zu machen. Und wenn der Gemeinderat dies zu wenig macht, wäre es eben am Stadtrat einzugreifen. Schliesslich wünsche ich mir, dass der Stadtrat und seine Beschlüsse wieder ernster genommen werden. Bereits in den Neunzigerjahren hat mein Innenpolitikprofessor Wolf Linder eine stetige Machtverschiebung von den Parlamenten hin zur Exekutive nachgewiesen, die ich so auch in den letzten 3 Legislaturen beobachten konnte: Baukredite vor Abschluss der Projektierung, immer mehr Rahmenkredite, mit denen sich das Parlament für den weiteren Prozess gleich selber ausschaltet, vermeintlich ergebnisoffene Abklärungen mit allzu absehbarem Ausgang und immer wieder der arg überstrapazierte Begriff der Alternativlosigkeit sind Beispiele dafür. Bevor meine kritischen, aber durchaus konstruktiv gemeinten Worte wohl nicht zum ersten Mal als ein ebensolches Bashing missverstanden werden, komme ich zum hoffentlich unverfänglichen Abschluss. Ich danke den Wählerinnen und Wählern, ohne die ich nicht hier im Ratssaal gelandet wäre für ihr Vertrauen, der SP-Juso-Fraktion, ihren 5 Präsidentinnen und ihren Mitgliedern – es waren in dieser Zeit über 60 – sowie meiner Partei, der SP, für die Unterstützung. Ich danke auch dem Ratssekretariat, dem Gemeinderat und der Verwaltung für den Geduld und die Nerven, die ich zuweilen durchaus strapaziert habe und schliesslich danke ich meinen Kommissions- und Ratskolleg*innen für sachlich harte Diskussionen und dennoch einen menschlichen Umgang. Das werde ich vermissen, einiges anderes dagegen weniger. Tragt Sorge zueinander und zu unserer Stadt. Sie ist es wert. Mit herzlichem Gruss, Michael.

Lieber Michael, vielen herzlichen Dank für deine Wünsche und Anregungen, diese sehr ausführlichen, die wir uns natürlich hinter die Ohren schreiben werden und die explizit kein Stadtratsbashing sind. Das haben wir natürlich herausgehört. Ich habe gemerkt: Du bist wirklich seit fast 12 Jahren im Stadtrat. Das ist länger, dass ich überhaupt schon in dieser Stadt wohne. Das heisst, ich kenne die Stadt Bern gar noch nicht so, wie sie ist, wenn du nicht im Stadtrat bist. Und ich hoffe natürlich, dass die Post-Sutter-Ära auch noch ein bisschen etwas zu bieten hat und dass nicht alles gerade bachab geht, wenn du nicht mehr mitgestaltet. Denn du hast in diesen fast 12 Jahren sehr, sehr viel mitgestaltet. Also eines deiner Herzensthemen ist die Sicherheitspolitik. Das hast du uns ja immer wieder sehr gerne und offenkundig mitgeteilt. Natürlich, das wissen wir alle. Du bist auch bekannt für deine Leidenschaft für das Velofahren. Du hast dich für sichere Velowege eingesetzt. Das ist wirklich dein Herzensanliegen gewesen, aber noch sehr viel mehr – wie eben bezahlbarer Wohnraum, eine soziale Stadtentwicklung und eben die Wahrung der Grundrechte und dein Einstehen gegen Repression. Und das sind nicht einfach nur leere Worte gewesen von dir. Ich bin jetzt auch seit etwas mehr als 3 Jahren mit dir in der Fraktion. Du hast das wirklich sehr hartnäckig vertreten,

immer ab und zu auch ein bisschen mühsam, aber immer sehr konstruktiv und vor allem immer sehr respektvoll. Abgesehen davon warst du für mich du ganz klar eine der ersten Ansprechpersonen, denn du bist einfach bekannt für deine Dossierfestigkeit. Du weisst, wovon du redest, du hast eine klare Linie und das wird im Stadtrat und auch in unserer Fraktion sehr fehlen und darum: Merci viel-, viel-, vielmals für all deine Arbeit in den Kommissionen, in der Fraktion, auch als Vizepräsident der Fraktion, und deine Arbeit für die Stadt. Du wirst uns fehlen und wir wünschen dir ganz, ganz viel Erfolg und viel Spass bei deinem zukünftigen Engagement. Merci, Michael.

Wir kommen zum zweiten Rücktrittsschreiben, das nicht viel weniger lang ist, jenes von Milena:

Geschätzte Stadtratspräsidentin, liebe Valentina, geschätzter Stadtpräsident, lieber Alec, geschätzte Gemeinderätinnen und -räte, liebe Stadtratskolleginnen und -kollegen, heute verabschiede ich mich von dieser politischen Bühne. Abschiedsreden verleiten immer dazu, etwas zu sagen, was man sonst nicht ausgesprochen hätte. Aber ich mag das Moralisierende nicht, weder im Rat noch im Privaten. Deshalb seid unbesorgt, dies wird keine Predigt, keine Standpauke, keine Ermahnung, kein "J' accuse", wie das schon so mancher in Anbetracht der erdrückenden Mehrheitsverhältnisse getan hat. Erdrückend deshalb, weil man als Mitte-Politikerin hier keine andere Wahl hat, als Oppositionspolitik zu betreiben, obwohl man eine Brückenbauerin ist. Das hat mich stets umgetrieben, diese Rolle nie wirklich befriedigt. Frei nach Müffi dem Schlumpf: "Ich mag keine ewige Opposition." Deshalb brauche ich nach 8 Jahren eine neue politische Bühne und erst einmal ein neues Kapitel im Leben. Der Respekt vor dem mündigen Bürger verlangt, dass man ihm Schwierigkeiten nicht vorenthält, sagte Willy Brandt. Und mit dem Rat, mit euch, mit diesem Amt abzuschliessen war eine solche Schwierigkeit für mich. Es war kein Leichtes, denn – Achtung, Überraschung – ich mag Politik, ich mag Menschen, ich mag Spuren, besonders wenn ich sie hinterlasse. Und dieses unglaubliche Privileg, etwas zu verändern und zu bewegen, haben wir hier in diesem Rat. Allem Frust über wenig Gehör zum Trotz wurde in all den Jahren die Freude am Gestalten nicht weniger. Im Gegenteil: Sie bleibt Antriebsfeder, etwas zum Besseren zu verändern für unsere Stadt. Wir alle haben unsere Vorstellungen, was "besser" heisst, aber dieser Wunsch, dieses Bedürfnis, dieser Wille, etwas zu verändern, vereint uns. Und an dieser Stelle möchte ich mich bei allen hier im Saal bedanken für die Diskussionen und die Debatten, die fruchtlosen und furchtlosen, die feurigen und fröhlichen, die frischen und frechen, die freundschaftlichen und die feindseligen, die mit Fingerspitzengefühlen und die mit Feuereifer. Mark Twain sagte einmal: Man muss Tatsachen kennen, bevor man sie verdrehen kann. Unsere Debatten waren oft twisted, aber wir schätzen schliesslich Menschen, die frisch und offen ihre Meinung sagen, vor allem, wenn sie dasselbe meinen wie wir. Und so waren unsere Diskussionen hier im Ratssaal teils episch, teils schemenhaft, teils nützlich, teils überflüssig und doch stets relevant. Denn am Ende kommt immer der Knopf und der trifft den Nagel auf den Kopf – Ja oder Nein –, Blick auf die Uhr, bald gehe ich heim. Ich möchte schliessen mit einer persönlichen Anekdote. Als ich mich dazu entschied, aus dem Stadtrat auszutreten, dachte ich, meine Kinder würden sich freuen. Die Reaktion meines ältesten Sohnes war blankes Entsetzen, ein spontaner Aufschrei: Aber Mama, das ist das das Spannendste, was du machst. Wisst ihr, wir haben viel von der Vereinbarkeit des Amtes gesprochen, von dem, was es abverlangt nebst Beruf und Familie. Aber selten wird darüber gesprochen, was dieses Amt auch tut. Es schafft Neugier. Es schürt Interesse: an der Umwelt, an der Strasse, an der Gesellschaft, an Menschen. Es schafft Verständnis. Es ist einzigartig. Mein Sohn hat mir zum Schluss den Spiegel vorgehalten. Alle frustrierenden

Momente im Rat waren weggeblasen, die nackte, ehrliche Kinderwahrheit da. Wir machen im Rat etwas Fantastisches. Wir diskutieren und gestalten unsere Stadt. Und wenn "Wasserwerfer" zum Wortschatz des Dreijährigen gehört, weiss man, welches unsere Stadt ist. Diskussionen mit dem Sechsjährigen wie: Mama, wo kommen denn die Werbetafeln hin? Warum sind die schlecht? Oder Lesen lernen mit der Traktandenliste – unbezahlbar. Das nehme ich mit. Und das gebe ich euch mit: Tragt Sorge, tragt euch Sorge. Gute Nacht, Freunde: Es wird Zeit für mich zu gehen. Was ich noch zu sagen hätte, dauert eine Zigarette und ein letztes Glas im Stehen. Habt Dank für die Zeit, die ich mit euch verplaudert habe, für die Geduld, wenn es mehr als eine Meinung gab, dafür, dass ihr stets fragt, wann ich komm oder geh, für die Motionen und Geschäfte, die ich da seh. Gute Nacht, Freunde: Es wird Zeit für mich zu gehen. Was ich noch zu sagen hätte, dauert eine Zigarette und ein letztes Glas im Stehen. Wer ein solches Glas möchte, kann sich melden. Es würde mich freuen. In diesem Sinne, auf Wiedersehen. Ich werde jetzt gehen, Milena.

Liebe Milena, vielen herzlichen Dank für dein Rücktrittsschreiben. Als ich es das erste Mal gelesen habe, war ich wirklich sehr gerührt. Und du hast es auch tatsächlich geschafft, dass ich hier im Rat einmal ein Gedicht vortrage. Ich hoffe, es ist ein Gedicht gewesen und nicht ein Lied, sonst hätte ich es falsch gemacht. Danke für die Erfahrung, und ich sehe auch gerade, dass du deinen Fanclubs, glaube ich, heute dabei hast. Herzlich willkommen, an dieser Stelle. Ich habe zuerst gar nicht gewusst, wie lange du schon im Stadtrat bist – 8 Jahre sind das bald. Im August bist du nachgerückt, im August 2016. Normalerweise verbinde ich mit den Stadtratsmitgliedern irgendwelche Themen, für die sie immer einstehen. Und als ich an dich gedacht habe, sind mir ganz, ganz viele Themen in den Sinn gekommen, zu denen du dich schon geäussert hast, und zwar immer pointiert. Wenn du ans Mikrofon gingst, habe ich dir jedes Mal zugehört. Und dann habe ich mal nachgeschaut. Kannst du dir das vorstellen? Ich habe mal die Vorstösse angeschaut und mein Eindruck hat sich bestätigt, denn ich glaube, ich kenne keine Person in diesem Rat, die so viele vielseitige politische Interessen bedient wie du: Verkehrspolitik, Bildungspolitik, Schützenmatte und Reitschule – waren auch beliebt, habe ich gesehen –, Wohnraum, Kultur, Gleichstellung, ein Bänklein zum Reden und auch Wirtschafts- und Finanzpolitik – also extrem breit. Wir haben immer wieder merken dürfen, wie leidenschaftlich du dich für diese Themen eingesetzt hast. Und selbstverständlich auch eines deiner Themen: Die Stellvertretungsregelung im Stadtrat, die du miteingereicht hast, über die wir heute reden werden und dank dem du nachher hoffentlich auch mit einem guten Gefühl gehen wirst im Wissen, dass es eben doch eine Wirkung hat, was du hier gemacht hast in den letzten 8 Jahren. Darum ist es wieder einmal sehr traurig, dass wir eine Person wie dich verlieren aus dem Stadtrat. Aber so wie es klingt, hast du neue spannende Projekte, auf die du dich freust. Und darum auch dir: Merci viel-, viel-, vielmals für dein riesiges Engagement und wir sehen uns bestimmt wieder. Ich wünsche dir alles Gute. Merci.

Nachdem wir wieder 2 Personen verabschiedet haben, komme ich noch zu den weiteren Mitteilungen, und zwar ist heute in der Sitzungspause eine Führung im Stadttheater Bern; das einfach als Erinnerung für die Personen, die sich angemeldet haben. Dann werden wir heute in einer Woche am Donnerstag auf den Stadtratsausflug gehen nach Nidwalden. Wir treffen uns um Viertel nach 11 Uhr bei der Schützenmatte. Ich habe gehört, es gebe einzelne, die um 12 Uhr den Zug nehmen und das reicht auch wunderbar. Ihr habt alle Informationen per Mail erhalten. Dann gibt es noch ein weiteres Treffen mit der Burgergemeinde. Das findet Donnerstag, 20. Juni statt, ab 17 Uhr. Und wir werden den Verein Kirchliche Gassenarbeit Bern besuchen. Und darum meldet euch

doch bitte an bis am 7. Juni. Dann wie jedes Mal: Denkt daran zu badgen. Und Einreichen der Vorstösse: bis um 21.30 Uhr, die dringlichen bis um 21 Uhr.

2022.SR.000192

2 **Geschäftsprüfungskommission (GPK): Wahl stellvertretendes Mitglied**

Präsidentin: Dann können wir jetzt die Traktandenliste starten. Wir sind bei Traktandum 2, Geschäftsprüfungskommission – Wahl eines stellvertretenden Mitglieds. Nominiert ist Gabi Blatter als stellvertretendes Mitglied für Salome Mathys in der GPK per sofort bis am 31. Oktober. Gibt es hier weitere Wahlvorschläge?

Antrag

1 GLP/JGLP/EVP

Gabriela Blatter (GLP) vertritt per sofort bis 31. Oktober 2024 Salome Mathys (GLP) in der GPK.

Präsidentin: Dann kommen wir zur Wahl. Wir wählen mittels Handerheben. Wer Gabi Blatter wählen will, kann das mittels Handerheben.
Gibt es Enthaltungen?

Wahl

Der Stadtrat wählt Gabriela Blatter per sofort bis 31 Oktober 2024 als stellvertretendes Mitglied für Salome Mathys in die GPK.

Präsidentin: Dann wurde Gabi Blatter als stellvertretendes Mitglied der GPK gewählt. Herzliche Gratulation.

2021.BSS.000055

3 **Wahlen in Schulkommissionen (Kirchenfeld-Schosshalde / Bümpliz / Länggasse-Felsenau)**

Präsidentin: Wir kommen zu den Wahlen in die Schulkommissionen Kirchenfeld-Schosshalde, Bümpliz, Länggasse-Felsenau. Ich erteile gerne der Kommission das Wort. Kann bitte jemand Barbara anmelden? Für die SBK – Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die SBK: Die SBK hat die Dossiers wie immer geprüft und kann euch alle Kandidierenden zur Wahl empfehlen. Und wir möchten auch noch den zurücktretenden Mitgliedern ganz herzlich für ihre Arbeit danken.

Präsidentin: Vielen Dank, Barbara. Dann kommen wir zur Wahl der Nominierten. Diese findet ihr im Vortrag. Für die Schulkommission Kirchenfeld-Schosshalde ist es Jonas Iff, für die Schulkommission Bümpliz Tomislav Pintaric, für die Schulkommission Länggasse-Felsenau Natascha Marty Zurkinden. Gibt es weitere Wahlvorschläge?
Wir wählen mittels Handerheben. Wer sie wählen will, kann das zeigen. Gibt es Enthaltungen?

Wahl

Der Stadtrat wählt folgende Personen mit Handerheben:
Schulkommission Kirchenfeld-Schosshalde: Jonas Iff
Schulkommission Bümpliz: Tomislav Pintaric
Schulkommission Länggasse-Felsenau: Natascha Marty Zurkinder

Präsidentin: Dann sind die 3 Personen in die Schulkommissionen gewählt. Herzliche Gratulation.

2021.BSS.000055

4 Wahlen in Schulkommissionen (Bethlehem)

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 4: Wahlen in die Schulkommission Bethlehem. Ich erteile der Kommission das Wort. Nein, sie verzichtet. Dann würden wir direkt zur Wahl kommen. Nominiert ist Robert Buchli für die GFL. Gibt es weitere Wahlvorschläge? – Dann wählen wir auch diese Person mit Handerheben. Gibt es Enthaltungen?

Wahl

Der Stadtrat wählt folgende Person mit Handerheben:
Schulkommission Bethlehem: Robert Buchli

Dann gratulieren wir auch dieser Person ganz herzlich zur Wahl.

2016.TVS.000024

5 Farbsack-Trennsystem; Anpassungen des Systems und weiteres Vorgehen

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum 5: Farbsack-Trennsystem: Anpassung des Systems und weiteres Vorgehen. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS – Laura Binz.

Laura Binz (SP) für die PVS: Wir haben erst vor kurzer Zeit ausführlich über das Farbsack-Trennsystem diskutiert und darüber, ob die Einführung sofort abgebrochen werden soll. Die Motion wurde abgelehnt, und jetzt liegen die Vorschläge des Gemeinderates zur Anpassung des Systems und zum weiteren Vorgehen vor. Die PVS hat das Geschäft am 2. Mai diskutiert. Ein neues Abfallentsorgungssystem soll eingeführt werden, weil das aktuelle System zwar funktioniert, aber im Hinblick auf verschiedene Elemente Handlungsbedarf besteht, so insbesondere hinsichtlich des Gesundheitsschutzes der Mitarbeitenden, die jeden Tag buchstäblich Tonnen zu schleppen haben. Weiter sind Quartiersammelstellen überlastet. Es gibt Lücken bei der Sammlung von Separatabfall. Aufgerissene Abfälle und unflexible Bereitstellungszeiten sind weitere Nachteile des heutigen Systems. Der Pilotversuch zu den Farbsäcken in Containern wurde 2017 nach dem Stadtratsbeschluss gestartet. 2021 hat die Bevölkerung der Einführung des Farbsack-Trennsystems mit allgemeiner Container-Pflicht zugestimmt. Damals ist man davon ausgegangen, dass 80% der Container auf privatem Grund platziert werden,

der Rest auf öffentlichem Grund. Im Februar 2023 hat die TVS informiert, dass sich die Einführung des Systems verzögert und weitere Abklärungen nötig sind.

Es hat sich bei detaillierten Abklärungen im Stadtteil 3 gezeigt, dass die ursprüngliche Annahme von 80% der Container auf privatem Grund zu optimistisch war und dass nur bei etwa 50% der Liegenschaften die Container im privaten Raum aufgestellt werden können. Eine Kompensation im öffentlichen Raum ist aufgrund der Nutzungsdichte nicht möglich. Deshalb ist die TVS zum Schluss gekommen, dass eine allgemeine Container-Pflicht nicht umsetzbar ist. Und deshalb liegt jetzt diese Vorlage vor mit Anpassungen am Entsorgungssystem. Wichtig ist, dass die Ziele bleiben: der Gesundheitsschutz der Mitarbeitenden und die Entlastung der Quartiersammelstellen. Als Anpassung wird eine Entkopplung der Container-Pflicht und des Farbsacktrennsystems in 2 gesonderte Teilelemente vorgeschlagen. Ziel muss es sein, möglichst viel Abfall in Containern bereitzustellen. Zum ersten Element der Container-Pflicht: Der Vorschlag zur Anpassung besteht in einer teilweisen statt einer allgemeinen Container-Pflicht. Bei Neu- und Umbauten gilt diese Container-Pflicht immer, auf privatem Grund gilt die Container-Pflicht, wenn die Standplätze ohne bauliche Massnahmen oder mit zumutbaren Massnahmen machbar sind. Es soll einen Container für Kehrrecht sowie für Karton und Papier geben. Die Maxime des angepassten Projekts ist: Jeder Container zählt. Die bisherigen Abfuhrhythmen bleiben bestehen, da die Entsorgung von losen Abfallsäcken und Papierbündeln und der Container parallellläuft. In der PVS haben wir die Parallelität der Systeme ausführlich diskutiert. Es wurde aufgezeigt, dass das parallele System schon heute funktioniert, also einerseits der Pilot mit dem Farbsack-Trennsystem in Containern, Grün-Container, eben Container, und parallel dazu lose Säcke und Papierbündel. Neu wird einfach mehr Entsorgungsgut in Containern bereitgestellt. Grün-Container bleiben wie bisher freiwillig und gehen auf eigene Kosten.

Zum zweiten Element, dem Farbsack-Trennsystem: Der Pilotversuch läuft wie schon gesagt seit 2017 und eine Mehrheit der Teilnehmenden begrüsst grundsätzlich die Einführung und die Weiterführung. Die vorgeschlagene freiwillige, kostenpflichtige Weiterführung des Pilots wird Rückschlüsse darauf geben, wie die zukünftige Nachfrage beim angepassten System sein könnte. Der Gemeinderat möchte im vorliegenden Geschäft prüfen, ob das angepasste System mit der teilweisen Container-Pflicht und freiwilligem Farbsack-Trennsystem juristisch, technisch und betriebswirtschaftlich umsetzbar ist. Die Resultate sind frühestens per Mitte 2025 zu erwarten. Falls die Machbarkeit eines oder beider Teilprojekte bestätigt wird, wird dem Stadtrat eine neue Vorlage unterbreitet und nötigenfalls auch eine neue Volksabstimmung durchgeführt. Dasselbe ist der Fall, wenn sich herausstellt, dass das System nicht machbar ist. Der gesprochene Investitionskredit ist praktisch noch nicht beansprucht worden. Vom Verpflichtungskredit sind circa 18% für Abklärungen primär im Stadtteil 3 verwendet worden. Die anstehenden vertieften Abklärungen in allen Stadtteilen können über die bestehenden Kredite finanziert werden. Es ist nicht ganz klar, wie viel es kosten wird, aber es wird keine bedeutende Inanspruchnahme des Investitionskredits nötig sein. In der PVS haben wir über mögliche Alternativen zur Container-Pflicht und zum Farbsack-Trennsystem diskutiert und gesehen, dass es keine realistischen, umsetzbaren Alternativen gibt. Zusätzliche Unterflursammelstellen sind zum Beispiel sehr teuer und belasten den öffentlichen Raum stark. Vakuumsysteme, die wir auch diskutiert haben, sind in nächster Zeit oder mittelfristig nicht umsetzbar. Die PVS hat zudem positiv erwähnt, dass die Direktorin TVS proaktiv und transparent über die Probleme bei der Umsetzung und die Fehler, die passiert sind, kommuniziert hat. Die PVS ist zum Schluss gekommen bzw. beantragt dem Stadtrat Kenntnisnahme davon, dass das Farbsack-Trennsystem nicht in der von den Stimmberechtigten 2021 beschlossenen Form umsetzbar ist, und das mit 9 zu 0 zu

1. Eine teilweise Container-Pflicht ist auch aus der Sicht der PVS die beste Option, um bestehende Probleme zu lösen. Die Kommissionsmehrheit ist mit 6 Ja- bei einer Nein-Stimme und 3 Enthaltungen der Ansicht gewesen, dass der Gemeinderat das angepasste Entsorgungssystem mit einer teilweisen Container-Pflicht prüfen soll.

Präsidentin: Danke, Laura. Wir sind bei den Fraktionsvoten, Alexander Feuz für die SVP.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich trage den Namen Cassandra zu Recht. Wenn ihr zurückgeht ins 2021, in die Sitzung vom 1. Juli, dann seht ihr: Die SVP hat neben einem Nichteintretensantrag diverse Rückweisungsanträge gestellt. Wir haben auf all die Problematiken hingewiesen: Topografie – an gewissen Orten geht es gar nicht –, juristische Probleme, Probleme des Ortsbildschutzes, des Strassenbildes und des Denkmalschutzes. Wir haben auf die Probleme hingewiesen, beispielsweise bei der Jubiläumsstrasse, wo die Vorgärten oberhalb des Trottoirs sind, auf Gebiete, wo es gar keine Vorgärten hat, wo ihr direkte Mittelliegenschaften habt. Und ich habe auch immer das Beispiel erwähnt, das wir im Stadtteil 4 gehabt haben. Die Quartierkommission hat es während anderthalb Jahren nicht fertiggebracht, einen Ersatzplatz für einen Container bei der Migros Egghölzli zu finden. Damals habe ich gesagt: Das wird wahrscheinlich nie funktionieren. Wir haben uns hier auch immer klar positioniert, auch zusammen mit der FDP. Ich möchte hier insbesondere Ursula Stöckli und Sibyl Eigenmann danken, die sich auch dafür eingesetzt haben, dass man mal sagen muss: Jetzt ist es genug. Ich glaube, jetzt müssen wir die Sache neu denken und reduzieren. Ich möchte immerhin erwähnen – das muss ich Marieke Kruit zugutehalten –, dass sie realisiert hat, dass es so eigentlich nicht geht, dass man hier etwas ändern muss. Aber wir sind im Gegensatz zur GFL eben der Meinung, man müsse hier eine ganz neue Lösung denken. Und ich komme wieder darauf zurück, was ich am 1. Juli 2021 gesagt habe: Ich bin nicht grundsätzlich gegen eine Containerlösung. Bei Neubauten, in neuen Arealen ist das eine gute Lösung. Damit haben die Hausverwaltungen Vorteile, die Hauseigentümer haben Vorteile. Man hat keine störenden Gerüche, weil die Leute irgendwie den Abfall in den Keller stellen und ihn dann vergessen, weil sie vielleicht noch in die Ferien gehen oder was auch immer. Und nachher stinkt es. Das ist eine gute Lösung. Aber in Altbauquartieren, wo man eben kleine Küchen hat, wo man vor allem eben vielleicht unter Umständen nur einen kleinen Abfallkesselraum hat, da habt ihr schlichtweg keinen Platz. Und deshalb sage ich: Wir müssen die Sache zurückweisen. Und ich muss ganz ehrlich sagen: Ich habe zuerst daran gedacht, einen Nichteintretensantrag zu stellen, damit die Sache vom Tisch ist. Und dann habe ich als Jurist selbst sagen müssen: Nein, das geht nicht. Das Volk hat es bewilligt und jetzt müssen wir eine Vorlage machen, die eben sinnvoll ist. Deshalb sind wir für einen Rückweisungsantrag, bei dessen Annahme man die Sache nachher noch einmal überarbeiten muss. Und ihr seht, worauf wir hinauswollen. Der Rückweisungsantrag ist recht einfach formuliert. Das ist jener von der SVP und der FDP: Das Geschäft sei zurückzuweisen unter der Auflage, das Projekt zu beenden und auf die Einführung einer Container-Pflicht zu verzichten. Das ist genau das, was entscheidend ist. Wir wollen keine Container-Pflicht und deshalb wollen wir hier eine Rückweisung und verlangen entsprechend auch eine neue Vorlage, die das klar kommuniziert. Ihr seht, ich verweise hier auf die Begründung. Diese will ich nicht noch einmal vorlesen, aber ihr seht die Problematik. Es hat nicht funktioniert und ich kann euch sagen – ich bin immer noch Mitglied in der Quartierkommission –, man wird immer keinen Nachbarn finden, der Freude daran hat, bei seiner

Liegenschaft einen Container zu haben, damit die Leute, die von der Ka-We-De oder vom Wylerbad zurückkommen, Bierfläschchen oder Abfall darin deponieren. Damit werdet ihr immer ein Problem haben. Das wird jahrelang verzögert werden. Ihr wisst, ich war damals ein bisschen zynisch. Ich habe damals einen Umsetzungsantrag mit Frist gestellt – ich glaube bis 2036 oder was auch immer –, weil ich die Rechtsstreitigkeiten bereits vorausgesehen habe. Das wäre eine einfache Möglichkeit. Und jetzt haben wir auch einen zweiten Rückweisungsantrag und dazu muss ich sagen: Ich kann auch gut damit leben, wenn ihr dem zustimmt. Darin heisst es auch, das Geschäft sei zurückzuweisen unter der Auflage, das Projekt auf die Neubauten zu beschränken, sodass einzig im neu geplanten Quartier eine Container-Pflicht für Neubauten vorgesehen werden kann. Das ist jetzt genau das, was ich sage: An neuen Orten ist es sinnvoll. Der Hauseigentümergeverband hat es leider etwas verkannt. Ich habe immer gesagt, das könne man in neuen Quartieren machen, in alten ginge es nicht. Leider haben sie uns damals nicht unterstützt. Hätten sie uns damals im Abstimmungskampf geholfen, wäre das Projekt vielleicht gescheitert. Aber eben, ihr wisst: Ich bin nicht unbedingt der Verbandsfunktionär. Auf Feuz haben sie damals nicht gehört. Aber das wäre für mich eine sinnvolle Möglichkeit gewesen, das zu machen. Ich habe auch offengelassen, ob wir ein Farbsack-Trennsystem oder was auch immer haben, das habe ich offengelassen in der Hoffnung, dass ihr diesem Antrag hier so zustimmen könnt.

Ich sage vielleicht noch kurz etwas zum GFL-Antrag. Als ich diesen zuerst gelesen habe, habe ich gedacht: Das ist ja gut. Erster Satz: "auf die Einführung des Farbsack-Trennsystems zu verzichten". Und nachher zweitens: "ein angepasstes Entsorgungssystem mit einer teilweisen Container-Pflicht vertieft zu prüfen". Und eben dort liegt genau wiederum der Hund begraben. Dann sind wir wieder genau gleich weit, dann kann man wieder 100-e und 1000-e Franken und 100-e Arbeitsstunden aufwenden, um zu schauen – es wurde vorhin gesagt, dass jeder Container, den wir haben, ein gewonnener Container sei –, im Kirchenfeld, in der Länggasse und in jeder Strasse. Man kann mit allen Hauseigentümern und Erbgemeinschaften sprechen und eruieren, ob sie das wollen oder nicht wollen. Wenn es um jeden Container geht, ist das für mich der falsche Ansatz.

Ich habe auch einmal einen Vorstoss eingereicht – der wurde auch beantwortet –, ob man statt der grossen Säcke vielleicht nur 60-Liter-Säcke haben sollte. Das kann man machen, dann muss man ein bisschen weniger schwer tragen. Das wäre wahrscheinlich auch eine Möglichkeit. Es ist mir natürlich auch klar, dass, wenn es kleinere Säcke gibt, diese dann gefüllt werden wie verrückt. Aber ich habe immer gesagt, der Fluch der bösen Tat hat angefangen, als ihr diese Gebühren gemacht habt. Und wenn der Sack halt kostet, dann stopft man halt möglichst viel rein, damit man möglichst wenig zahlen muss. Dort hat es angefangen. Aber ihr seht, der Antrag der GFL ist zwar gut gemeint, aber er entspricht mehr oder weniger dem, was der Gemeinderat in seinem Vortrag schreibt. Deshalb bin ich der Meinung, wenn ihr wirklich die Übung beenden wollt – ich appelliere hier insbesondere an die GLP –, dann wäre eigentlich unser Antrag der richtige, denn der sieht immer noch vor, das an neuen Orten zu machen und das ist sogar vorgesehen, denn in Neubaugebieten ist es sinnvoll, aber dass man darauf verzichtet, jetzt eben einen Kampf um jeden Container zu führen. Es gibt – das habe ich im Militär und im Zivilleben gelernt – die 80/20-Regel. Man kann mit extrem viel Aufwand versuchen, irgendwie etwas zu erreichen oder man kann vernünftig sein und sagen, wir investieren das Geld besser dort, wo es der Umwelt und der Natur etwas bringt, und nicht dort, wo ihr vor allem x Strassensitzungen macht mit Leuten, die die Container aus eigentlich begreiflichen Gründen nicht haben wollen. Ich danke euch, dass ihr unsere Anträge unterstützt. Merci.

Präsidentin: Merci, Alex. Dann kommt Lionel Gaudy für die Mitte-Fraktion.

Lionel Gaudy (Mitte) für die Fraktion: Ich glaube, dass die Mitte kein Fan von dem Farbsacktrennsystem ist, das ist hinlänglich bekannt. Genau gleich wie auch Alex Feuz und die SVP haben wir schon 2021 kritisiert, dass das grösstenteils nicht umsetzbar sein wird. Wir haben schon damals gesagt, dass in gewissen Quartieren der Vorgartenschutz in die Quere kommen wird. In anderen Quartieren, in anderen Strassen ist es aus anderen Gegebenheiten nicht möglich, überall einen solchen Container hinzustellen. Wir haben auch im Abstimmungskampf genau mit dieser Kritik probiert, gegen das zu kämpfen, sind damals leider gescheitert. Jetzt, zweieinhalb Jahre später, sind wir hier. Wir lesen in diesem Vortrag, dass der Kredit, der gesprochen wurde, als wir eine Volksabstimmung hatten, dafür eingesetzt wird, Abklärungen zu machen, vertiefte Abklärungen zu machen, wie wir immerhin noch einen kleinen Teil dieses Projekts umsetzen können. An dieser Stelle noch einmal ganz klar: Der Job, diese Abklärungen zu machen, sollte eigentlich im Vorfeld gemacht werden, bevor man in eine Volksabstimmung hineingeht, bevor man mit so einem Projekt in den Stadtrat kommt. Und nachher hat man genau die Situation, die wir jetzt haben. Wir haben einen Volksbeschluss, haben aber ein Projekt, das gar nicht umsetzbar ist. Und was machen wir jetzt? Es gibt den Vorschlag von der SVP und der FDP, dass wir es zurückweisen mit dem Auftrag, einen kleinen Teil davon trotzdem noch beizubehalten oder zurückweisen mit dem Auftrag, ganz darauf zu verzichten. Es gibt den Vorschlag der GFL, wonach man etwas daran ändern soll, nämlich auf das Farbsack-Trennsystem zu verzichten und nur noch die Container-Pflicht zu prüfen respektive einzuführen. Die Mitte ist der Meinung, wir sollten die Übung abbrechen. Wir werden zu diesem Geschäft Nein sagen. Wir werden alle Anträge bis auf den Antrag der GFL ablehnen, weil wir finden, dass wir es jetzt lange genug probiert haben, dass das Farbsack-Trennsystem nicht umsetzbar ist. Man kann es nicht einführen. Und da wäre es jetzt auch am Gemeinderat, Grösse zu zeigen und zu sagen: Gut, wir brechen jetzt hier ab. Dass bis jetzt erst 18% des Verpflichtungskredits gebraucht wurden, sollten wir als Chance sehen und nicht auch noch die restlichen 82% verbrauchen.

Wir haben hier ein Projekt, das wir nicht umsetzen können. Das Farbsack-Trennsystem ist immer noch der Name dieses Projekts. Es ist auch irreführend, wenn wir weiterhin davon sprechen, denn wir reden nur noch über eine Container-Pflicht. Dass das Farbsacktrennsystem zu teuer ist, hat ja auch der Gemeinderat eingesehen. Deshalb: Die Mitte wird das Projekt ablehnen, wird das Geschäft ablehnen. Wir sehen natürlich die Argumente des Rückweisungsantrags von der SVP und der FDP schon und gleichzeitig finden wir konsequenterweise: Wenn wir es nicht mehr wollen, dann müssen wir jetzt Nein sagen. Den GFL-Antrag nehmen wir an, denn, wenn es dann zur Abstimmung kommt, wäre es mit diesem immerhin ein bisschen weniger schlimm. Merci.

Präsidentin: Danke, Lionel. Das Wort hat Michael Rufer für die GFL-Fraktion.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Für ein Projekt mit einer Kredithöhe von plus/minus 10 Mio. Franken, und das noch finanziert über die Abfallgebühren, ist eigentlich schon viel zu viel diskutiert worden. Wir könnten deshalb das Geschäft jetzt einfach ganz gelassen an uns abperlen und die Verantwortlichen weiterarbeiten lassen. Aber es lässt sich eben doch nicht leugnen, das ganze Hin und Her rund um das neue Abfallsystem in der Stadt Bern hat inzwischen das Zeug zu einer Seifenoper, einer Never

Ending-Story mit überraschenden Volten in regelmässigen Abständen. Am Anfang war das Setting einigermaßen übersichtlich mit einem nicht ganz so ökologischen Farbsacksystem und eben dieser besagten Container-Pflicht – soweit die Ausgangslage. Dann haben aber die Irrungen und Wirrungen langsam ihren Lauf genommen. Die einen wollen und dürfen nicht so viele Container aufstellen, wie man bei der Stadt gerne möchte. Die anderen wollen und können sie nicht an jeder Strassenecke in Form einer Container-Ansammlung aufstellen. Es ist ein Bermuda-Dreieck, eine Hassliebe zwischen Stadtbevölkerung und Container, fast wie sie in jeder Telenovela vorkommt. Man ist aufeinander angewiesen und kann einander doch nicht so recht riechen. Bern oder zumindest das etwas älter gebaute Bern will die Container-Liebe nicht so richtig erwidern und führt seine Abfallhinterlassenschaften weiterhin lieber alle 3-4 Tage der ganzen Nachbarschaft vor und drapiert sie den Strassen entlang, und das vorzugsweise auch noch an den Feiertagen. Aber auch 2,5 Jahre nach der Abstimmung, die wir hatten, gibt man von Seiten Stadt das Ziel der Cohabitation mit den vielseitig geschundenen Containern jetzt noch nicht auf. Der Container soll noch einmal eine Charmeoﬀensive Richtung Berner Abfallherz starten. Die Solidaritätsaktion trägt jetzt den Namen "Jeder Container zählt". Das neue Abfallsystem der Stadt Bern soll so Form annehmen. Statt pro Quartier fährt man jetzt eine Eroberungsstrategie pro Haushalt oder pro Wohneinheit. Die einen nennen das jetzt Kompromiss oder Pragmatismus. Das darf man. Wir sagen dazu: die wirklich allerletzte Chance für das, was man einmal als Farbsack-Trennsystemen mit Container-Pflicht gestartet hat. Bis die Details dieser stark eingeschränkten Container-Pflicht geklärt sind, braucht es jetzt so ein ökologisches Goody wie das Farbsack-Trennsystem nicht mehr. Die Stadt streitet sich jetzt ernsthaft darum, wie man sich dem Kunststoffrecycling des Kantons anschliessen kann und wie man sich ganz darauf konzentrieren kann, das Geschäft irgendwie noch zu retten und vor allem auf den Boden zu bringen. Wie bei einer Seifenoper üblich ist auch hier nicht so ganz klar, wie und wann es weitergeht oder ob es in ein paar Monaten eine vermeintlich überwunden geglaubte Affäre gibt, also ein Problem, das um eine Ecke kommt. Der Gemeinderat wagt darum in seinem Vortrag auch keine Prognose, wann die Grundzüge dieses neuen Entsorgungssystems stehen könnten. Frühestens Mitte 2025 heisst es, aber was heisst das genau? Es kann eben wie in einer endlosen Soap Opera so kommen oder auch anders. So äussert sich der Gemeinderat auch zum Farbsacksystem. Es braucht jetzt einen neuen Container. Alle Säcke sind gebührenpflichtig und ob das Ganze irgendwann irgendwie wirtschaftlich betrieben werden kann, muss noch einmal geprüft werden. Um wenigstens hier ein bisschen die Komplexität zu nehmen, stellt die GFL, wie schon von den Vorrednern erwähnt, den Antrag, das Farbsacksystem jetzt zu sistieren und nicht in die geschrumpfte Containerlösung zu integrieren. So verliert man vor lauter Säcken und verschiedenen Containern zumindest nicht ganz den Überblick und kommt vielleicht ein bisschen schneller zum Ziel.

Wir sagen darum etwas zähneknirschend Ja zu dieser weiteren Volte und auch zum Antrag des Gemeinderats, damit wir dann irgendwann 2025 wirklich, wirklich wissen, ob jetzt die Container endlich die Berner Herzen erobert haben oder ob uns der Geduldsfaden dann definitiv und endgültig reisst. Wir lehnen alle anderen Anträge ab und hoffen auf Unterstützung für unsere GFL-Anträge.

Präsidentin: Merci, Michael. Als nächstes kommt Raffael Joggi für die AL/PdA-Fraktion.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Ich will hier nicht noch weitere Ausführungen machen zu dem Geschäft. Es ist schon vieles gesagt worden. Vieles teilen wir von der

AL/PdA-Fraktion auch. Im Unterschied zu den meisten Vorrednerinnen und Vorrednern finden wir das Farbsack-Trennsystem eigentlich gut. Ob es wirklich kommen soll und in welcher Form, ist für uns genauso unklar wie für die meisten hier. Aber wir möchten eigentlich jetzt nicht in dem Zustand, in dem wir jetzt sind, das Farbsack-Trennsystem aufgeben und auch nicht die Container teilweise einführen. Also, wir sind aber auch nicht zufrieden, wie eigentlich mit dem Geschäft oder mit dem Beschluss, den wir heute fällen sollen. Es scheint uns auch so, dass das Farbsacksystem, das jetzt als Pilot weiterläuft, dessen Nutzen aber irgendwie infrage gestellt ist, wenn die Container nicht kommen ... Wir finden natürlich auch, dass wenn die Container irgendwie nicht in der gewünschten Masse kommen, das ganze Gebilde einstürzt. Darum kommt unser Vorschlag, die Tischaufgabe – und das ist jetzt kompliziert: Auf dem Zettel, den ihr vor euch habt, ist – und das ist sicher dem geneigten Leser schon aufgefallen – zweimal die gleiche Begründung darauf. Es tut mir leid. Ich würde das jetzt noch einmal gründlich erklären. Also unseren Antrag zu Traktandum 5 von heute Mittag, den Rückweisungsantrag, in dem wir verlangen, man solle es zurückweisen und sie sollen wieder kommen, wenn sie eine Machbarkeitsstudie gemacht haben, getrennt für die beiden Projekte, haben wir zurückgezogen. Stattdessen ist es der Antrag, den ihr auf dem Pult habt zu Traktandum 5. Es ist im Prinzip der gleiche Text, aber als Änderungsantrag zum Beschlusssentwurf, den uns der Gemeinderat vorlegt, gedacht. Also Ziffer 3 würde ändern, und zwar durch den Text ersetzt, den wir hier geschrieben haben. Die Begründung ist dieselbe wie heute Mittag oder das, was ich euch jetzt sage. Wir finden eigentlich, sie sollten einerseits genug Zeit haben, um das auszuarbeiten. Wenn wir es jetzt zurückweisen, dann müssen sie nach 6 Monaten wiederkommen. Wir schlagen vor, dass sie nach 12 Monaten wiederkommen. Wichtig ist, dass sie das Geschäft aufsplitten, also in ein Farbsacksystem und in ein Containersystem, die Machbarkeitsprüfungen separat anschauen, denn das ist jetzt im Vortrag irgendwie alles so ein bisschen on hold und wir dürfen warten, bis dann irgendwann vielleicht etwas kommt oder auch nicht. Also, sie sollen jetzt 12 Monaten nützen, um uns einen konsolidierten Vorschlag zu machen für beide Systeme separat. Und wir möchten euch nahelegen, die Ziffer 3 durch den Text zu ersetzen. Das war jetzt etwas ein Gestärm. Es tut uns leid, dass das so kurzfristig gekommen ist. Wir sind halt eine kleine Fraktion und machen, was wir können. Und das nächste Mal wird es hoffentlich ein bisschen früher kommen und ein bisschen weniger chaotisch und mit der richtigen Begründung. Wir würden uns bedanken, wenn ihr diesem Änderungsantrag zustimmen könntet. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Raffael. Dann kommt Laura Binz für die SP-JUSO-Fraktion.

Laura Binz (SP) für die Fraktion: Für die SP-JUSO-Fraktion ist der Handlungsbedarf, der zur Einführung des Abfallentsorgungssystems 2021 geführt hat, immer noch der gleiche. Wir haben jetzt schon ein paarmal gehört, dass man von Grund auf alles neu denken sollte. Das wird aber nichts bringen, weil keine Alternativen am Horizont erkennbar sind, auch nicht am fernen Horizont. Deshalb sind wir der Ansicht, dass kleinere Schritte trotzdem einen Mehrwert bringen. An erster Stelle steht der Gesundheitsschutz der Mitarbeitenden, aber auch die Überlastung der Quartiersammelstellen, die sich in letzter Zeit noch verschärft hat. Die teilweise Container-Pflicht ist die einzig mögliche Lösung, um die gesundheitliche Belastung der Mitarbeitenden zu verringern. Für die SP-Juso-Fraktion ist die Trennung der 2 Teilelemente teilweise Container-Pflicht und Farbsack-Trennsystem richtig. Die Priorität liegt klar auf der Einführung der teilweisen Container-Pflicht, die viele Verbesserungen bringt und unbedingt eingeführt

werden sollte, falls nötig auch ohne das Farbsack-Trennsystem. Und trotzdem ist auch das Farbsack-Trennsystem relevant zur Entlastung von Quartiersammelstellen und für die weitere Erhöhung der Abfalltrennungsrates. Zudem wird es von den Teilnehmenden des Pilotprojekts sehr geschätzt. Wir sind deshalb der Ansicht, dass es richtig ist, die Umsetzbarkeit und Machbarkeit des Farbsack-Trennsystems jetzt unter angepassten Voraussetzungen mit der teilweisen Container-Pflicht zu prüfen, und basierend auf den Erkenntnissen dann zu entscheiden, ob es eingeführt werden soll oder nicht. Der Gemeinderatsvortrag sieht durchaus vor, dass ein Element umgesetzt wird und das andere nicht. Die SP-JUSO-Fraktion wird deshalb dem Prüfungsantrag, so, wie er vorliegt, grundsätzlich zustimmen.

Die Anträge sind alle nach unserer Fraktionssitzung gekommen und teilweise extrem knapp. Die Rückweisungsanträge lehnen wir klar ab und wir empfehlen ebenfalls Antrag 3 der GFL zur Ablehnung. Wie ausgeführt, macht es Sinn, die Entscheidung über die Weiterverfolgung des Farbsack-Trennsystems in der aktuellen Vorlage zu prüfen. Wir mögen keine Soap Operas, also, wir haben zumindest nicht gerne Soap Operas im Hinblick auf Abfallentsorgungssysteme. Wir basieren uns lieber auf Fakten. Was der Antrag der AL verlangt, ist eigentlich im Vortrag des Gemeinderats vorgesehen – eben die getrennte Behandlung der 2 Teilelemente. Der Antrag formuliert das noch expliziter – und dass eben die teilweise Container-Pflicht und das Farbsack-Trennsystem 2 getrennte Projekte sind. Daher können wir diesen Antrag zur Annahme empfehlen. Antrag 4 der GFL empfehlen wir ebenfalls zur Ablehnung. Die PVS kann sich jederzeit über die Geschäfte informieren lassen, und wir sehen keinen besonderen Nutzen darin, dies festzuschreiben.

Präsidentin: Danke, Laura. Katharina Gallizzi für die GB/JA!-Fraktion.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Ich rede jetzt nicht von einer Seifenoper. Aus meiner Sicht lässt sich das Geschäft am besten so zusammenfassen: Die Stadt hat sich eine fast unlösbare Aufgabe vorgenommen und ist leider daran gescheitert. Wir von der GB/JA!-Fraktion waren von Anfang an skeptisch, ob sich das Vorhaben wirklich bewältigen lässt, und haben dies schon in der Mitwirkung in der Kommission und auch im Stadtrat so gesagt.

Wir hatten auch regen Austausch mit der Verwaltung, die sich immer viel Zeit genommen hat – danke nochmals – für unsere kritischen Fragen. Und wenn ich etwas mitnehme aus diesen Diskussionen mit der Verwaltung, dann ist es eigentlich das wahnsinnige Feuer für dieses Geschäft, das mich immer sehr beeindruckt hat. Ich hatte das Gefühl, alle wollen einfach, dass es funktioniert und haben dabei die Fakten vielleicht ein bisschen gar schön geredet. In einem Punkt waren wir aber mit der Verwaltung immer einig, und auch mit dem Gemeinderat. Die Container-Pflicht für Abfallsäcke muss unbedingt umgesetzt werden. Menschen, die auf den Müllautos arbeiten, müssen täglich 100-e sehr schwere Abfallsäcke in einen Lastwagen hineinheben. Diese Arbeit entspricht zwar vielleicht einem Kindheitstraum. In Wirklichkeit ist sie aber extrem anstrengend und schädlich für die Gesundheit. Nicht nur das Heben von sehr schweren Lasten ist ein Problem. Es gibt auch die Verletzungsgefahr, wenn zum Beispiel spitze Gegenstände in diesen Säcken sind. Das ist für uns in der GB/JA!-Fraktion ein unhaltbarer Zustand und man muss alles daransetzen, dass der Gesundheitsschutz gewährleistet wird. Und das geht am besten mit der Container-Pflicht. Auch wenn die allgemeine Container-Pflicht jetzt nicht eingeführt werden kann, weil schlicht der Platz in dieser Stadt für so viele Container fehlt, möchten wir doch, dass alles darangesetzt

wird, dass die Teilpflicht so weitreichend wie möglich eingeführt wird. Ein Übungsabbruch der Container-Pflicht kommt für uns also nicht in Frage. Wir werden entsprechend die Rückweisungsanträge der FDP und der SVP ablehnen. Jetzt kommen wir noch zum zweiten Teil des Geschäfts: Farbsack-Trennsystem. Die Idee dahinter ist ja irgendwie bestechend. Man trennt Wertstoffe bequem zu Hause und dann kann man sie vor dem Container im Haus entsorgen. Dadurch wird der Gang zur Sammelstelle überflüssig. Es gibt keine Probleme mehr mit überfüllten Sammelstellen und wild Parkieren davor. Noch nie war Recycling so einfach. Darum wird ganz Bern in Zukunft den Abfall trennen. Und das Beste daran ist: Die Ökobilanz des neuen Systems ist erst noch besser als die des alten. Das Leben wird also um vieles einfacher und angenehmer und obendrauf auch noch grüner. Das ist die Theorie. Leider ist die Realität meistens etwas komplizierter. Die vielzitierte verbesserte Ökobilanz des Systems würde sich nur einstellen, wenn 80% der Haushalte in Bern sich an dem System beteiligen würden. Und der Nutzen dieser Ökobilanz – das hat die Studie gezeigt, die man an der Fachhochschule gemacht hat – rührt eigentlich vor allem daher, dass man davon ausgeht, dass die Leute mit den Autos zu diesen Entsorgungsstellen fahren, und dass, wenn man das Abfalltrennsystem einführt, man diese Autofahrten reduzieren kann. Es geht also weniger um die Wertstoffverwendung als um die Einsparung von Benzin, wenn die Leute weniger Auto fahren. Die Trennung der Wertstoffe hingegen, das haben wir schon bei der Einführung gesagt, könnte zum Teil sogar schlechter werden, zum Beispiel bei den Flaschen, die man nicht mehr nach Farben trennen würde, was dann dazu führt, dass man das nicht mehr als Flaschenglas brauchen kann. Und das ist ein Rückschritt gegenüber dem heutigen System. All diese Fragen stellen sich jetzt aber eigentlich gar nicht mehr, denn wie schon gesagt, die Ökobilanz des Farbsack-Trennsystems fusst vor allem darauf, dass Fahrten reduziert werden können. Und das ist nur möglich, wenn das System mehr oder weniger flächendeckend eingeführt werden kann. Jetzt hat sich aber eben gezeigt, dass man nicht überall Container einführen kann, das heisst, es ist unmöglich, das System flächendeckend einzuführen. Der Gemeinderat schlägt jetzt vor, den Farbsack-Pilot weiterlaufen zu lassen und daran herumzudenken, wie das Farbsacksystem doch noch teilweise oder gebietsweise oder vielleicht ein bisschen umgesetzt werden könnte. Dabei ist doch eigentlich klar, dass ein Nebeneinander von 2 Systemen weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll ist. Wenn das Farbsacksystem nur teilweise eingeführt werden würde, dann müssten die Müllautos einerseits die Farbsäcke abholen und gleichzeitig muss man noch mehr Fahrten haben, um zu den Entsorgungsstellen zu gehen. Das heisst, es gibt mehr Fahrten. Und auch, was angedacht war, dass man nachher die Gebührensäcke weniger abholen geht, wird auch nicht funktionieren, weil nicht alle Leute einen Farbsack zu Hause haben und es deshalb es nicht bei allen Leuten den Müll reduzieren könnte. Wir fürchten also, dass es im Endeffekt dazu führen würde, dass es mehr anstatt weniger Fahrten gäbe. Auch der Bau und die Auslastung einer Trennanlage für die Farbsäcke, denn das müsste man ja auch noch irgendwie machen, würde, wenn die Farbsäcke nicht überall eingesammelt werden, schwieriger ökologisch und ökonomisch, aber vor allem ökonomisch zu realisieren. Das heisst, die Wahrscheinlichkeit, dass so eine Anlage wirklich in der Nähe Berns gebaut wird, wird auch kleiner, was auch wieder bedeutet, dass man die Farbsäcke irgendwohin weit weg führen müsste und dann gibt es wieder mehr Fahrten. Also aus all diesen Überlegungen heraus sind wir davon überzeugt, dass wir das Abfallrecycling noch einmal anders denken müssen. Die Rahmenbedingungen haben sich jetzt, nachdem man gemerkt hat, dass man die Container nicht überall einführen kann, grundsätzlich geändert und die ursprünglichen Annahmen stimmen einfach so nicht mehr.

Es ist deshalb nicht sinnvoll, an diesem Farbsack-Trennsystem festzuhalten. Vielmehr man sollte den Fächer noch einmal ganz neu öffnen. Wir werden deshalb den Anträgen der GFL zustimmen, denn sie eröffnen die Möglichkeit, sich unter Einbezug dieser neuen Rahmenbedingungen noch einmal zu überlegen, was das Schlauste für das Abfallrecycling ist, wenn man eben nicht auf allgemeine Container überall in der Stadt zurückgreifen kann. Zudem sind wir, wie eingangs erwähnt, überzeugt, dass die Umsetzung der Container-Pflicht allerobere Priorität haben muss und dass mit dem Verzicht auf das Farbsack-Trennsystem der Fokus auf die Einführung dieser Pflicht gelegt werden kann. Wir werden entsprechend dem Geschäft zustimmen und die GFL-Anträge annehmen.

Präsidentin: Danke, Katharina. Dann kommt Irina Straubhaar für die GLP/JGLP/EVP-Fraktion.

Irina Straubhaar (GLP) für die Fraktion: Ich nehme es gerade vorweg: Wir als GLP/JGLP/EVP-Fraktion unterstützen den Antrag des Gemeinderates zum weiteren Vorgehen betreffend Farbsack-Trennsystem und Container-Pflicht. Wie hier schon mehrfach erwähnt, halten wir es noch immer für eine erschreckende Fehlleistung, dass die Probleme mit dem neuen Entsorgungssystem erst so spät identifiziert werden konnten. Wir sind auch immer noch der Meinung, dass eine saubere Abklärung im Vorfeld die Herausforderungen früher an den Tag hätte befördern müssen. Jetzt geht es aber darum, nach vorne zu schauen und nicht zu zürnen. Wir sind der Ansicht, dass der Gemeinderat und insbesondere die zuständige Gemeinderätin sich ernsthaft mit den Schwierigkeiten auseinandergesetzt haben und ein pragmatisches weiteres Vorgehen präsentieren. Es erscheint uns sinnvoll, das Farbsack-Trennsystem und die Einführung der Container-Pflicht weiterzuverfolgen, sodass möglichst viele der anvisierten Ziele erreicht werden können. Wir erwarten aber auch vom Gemeinderat, dass er in dieser Angelegenheit vorwärtsmacht und dem Stadtrat möglichst rasch fundierte und umsetzbare Lösungen präsentiert. Dementsprechend lehnen wir die Rückweisungsanträge der SVP ab. Was die Anträge der GFL betrifft, so lehnen wir aus folgenden Gründen beide ebenfalls ab: Den Antrag mit den 3 Forderungen halten wir für unnötig. Wir sehen die von der GLF genannten Forderungen als schon erfüllt an. Das Farbsack-Trennsystem wird im Moment nicht breit eingeführt. Die Container-Pflicht, die teilweise Container-Pflicht, wird ohnehin geprüft und der Gemeinderat wird zu gegebener Zeit mit einer neuen Vorlage in den Stadtrat gekommen. Den zweiten Antrag mit der halbjährlichen Informationspflicht halten wir ebenfalls nicht für sinnvoll, weil dies ein Beüben der Verwaltung ist und grundsätzlich dann informiert werden soll, wenn es einen neuen Planungsstand gibt. Sonst hat die PVS immer noch die Möglichkeit, die zuständige Gemeinderätin einzubestellen für eine Information. Zum Antrag der AL/PdA können wir nicht wirklich Position beziehen, weil er so kurzfristig und mit einer falschen Begründung kam, auch wenn diese mündlich nachgeholt wurde. Wir konnten diesen leider nicht seriös prüfen und müssen ihn deshalb ablehnen.

Präsidentin: Merci, Irina. Dann kommt Ursula Stöckli für die FDP/JF-Fraktion.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Einmal mehr sind wir wieder beim Farbsack. Es ist eine Never Ending-Story. Es ist als Soap Opera bezeichnet worden. Man könnte es aber auch bezeichnen als Artikel, der in einem Onlineshop blumig beschrieben wurde. Es hat ganz viele super Bewertungen, ein Preis wurde festgelegt, zwar ein bisschen

teuer, aber es soll extrem gut sein, und es hat eine Form und eine Farbe und die Leute haben gefunden: Das bestellen wir doch.

Wir sind jetzt im Jahr 2024. Man wollte es ab Mitte 2022 im ersten Stadtteil einführen. Wir haben jetzt schon 2 Jahre Verspätung, das wissen wir alle. Man hat festgestellt: Man kann es nicht umsetzen. Das wissen wir ebenfalls. Es ist hinten und vorne nicht mehr das, worüber in dieser Volksabstimmung abgestimmt wurde. Es entspricht nicht mehr dieser Vorlage und im Vergleich zum Onlineshop hat das Produkt eine andere Farbe, eine andere Form. Den Preis hat man im Moment noch belassen. Die Bewertungen, sagt man auch immer, seien noch gleich gut, aber neue sind keine mehr dazugekommen, und es ist einfach nicht mehr das. Weshalb ist das Farbsack-Trennsystem nicht wie ursprünglich geplant umsetzbar? Ich gehe jetzt nicht auf Details ein. Aber eine Zahl ist schlicht und einfach erschreckend. Die Abklärungen, die man durch ein externes Büro gemacht hat, haben doch gezeigt, dass es bei 80% der Liegenschaften in der Stadt möglich sein soll, dass die Container dort stehen können – 80% der Liegenschaften in der Stadt. Ich bitte euch, wie kann man zu solch einem Schluss kommen? Wer entweder in dieser Stadt aufgewachsen ist oder auch nur einen Stadtteil minimalst kennt, hätte einfach sagen müssen: Das ist unmöglich. Ihr könnt 10 Minuten durch den "Breitsch" laufen und ihr seht: Es ist bei 80% nicht möglich, statt: Es ist bei 80% möglich. Man wollte Mauern, Gartenzäune, Gartenmauern, Treppen öffnen. Man wollte das alles aufmachen. Ich kann mich immer noch nicht erholen. Ich verstehe nicht, wie man zu einem solchen Schluss kommen konnte. Wir haben immer gesagt, und wir haben es schon von Anfang an gesagt: Wenn man bei den Liegenschaften so einen Container hinstellt, dann geht das in der Regel zu Lasten eines Veloabstellplatzes. Parterre-Wohnungen haben den Container unter der Nase, unter dem Fenster und es stinkt. Es war schlicht und einfach in dieser Volksabstimmung, in diesem Abstimmungsbüchlein ein völliges Wunschdenken und absolut fernab der Realität. Man hat jetzt festgestellt, dass bei mindestens der Hälfte, das heisst, mehr als bei der Hälfte der Liegenschaften die Platzierung auf dem Privatgrund nicht oder nicht in verhältnismässiger Art und Weise durchgeführt werden kann. Das heisst aber auch, dass es keine flächendeckende Container-Pflicht gibt und die Standplätze überhaupt nicht möglich sind. Man behilft sich jetzt mit "Jeder Container zählt" etwas. Und das ist vielleicht für eine Weihnachtsaktion, bei der jeder Rappen zählt, ein guter Slogan. Hier finde ich es bei einem 10 Mio.-Projekt doch etwas bescheiden. Man hat jetzt das Ziel, das Entsorgungssystem anzupassen. Man will das quasi trennen: einerseits Container, andererseits Farbsäcke. Das heisst, es sind jetzt schon 2 Projekte statt 1 und es entspricht definitiv nicht mehr dem Abstimmungsergebnis und der Abstimmungsvorlage. Katharina hat es gesagt, das mit den Fahrten ist das eine, das andere ist das mit den Fahrzeugen. Man wollte ja extra Fahrzeuge beschaffen oder man müsste die Fahrzeuge beschaffen, die eben den Müll und die Säcke nicht so stark pressen, damit man nachher die Farbsäcke sortieren kann – von Hand, notabene – und damit dort nachher der Inhalt eben nicht verpresst ist. Jetzt haben wir weder noch. Sendet ihr jetzt die Fahrzeuge, die normal Abfall pressen oder schickt ihr die Fahrzeuge, die nicht pressen für die paar Farbsäcke, die wir haben? Die Farbsäcke will man vielleicht sein lassen. Aber es ist einfach hinten und vorne ein Geknorz und es ist überhaupt nicht mehr das, was eigentlich gedacht war. Und selbst zu dem, was gedacht war, konnten wir nie Ja sagen, absolut nie. So, wie es heute ange-dacht ist und was man anpassen will, das hätte man alles zusammen machen können ohne das Projekt. Man hätte doch einfach den Leuten und den Hauseigentümern und Hauseigentümerinnen sagen können: Wir unterstützen euch mit einem Container. Man hätte dort eine Lösung finden können. Eigentlich das, was man jetzt so hinknorzt, hätte

man machen können, ohne das riesige Projekt, ohne Pilotversuch und ohne Abstimmung. Nachher: Man prüft auch, ob eine weitere Volksabstimmung nötig ist. Ja, selbstverständlich. Ich bin nicht Juristin, aber es entspricht eigentlich nicht mehr dem, worüber man abgestimmt hat. Dann: Das mit den Autos habe ich schon gesagt. Dass es nicht mehr dem entspricht, habe ich auch gesagt. Wer die Stadt nur ein bisschen kennt, hat von Anfang an gesehen, dass das so nicht durchführbar ist. Fazit: Das Projekt entspricht nicht mehr der Abstimmungsvorlage. Zweitens ist es einfach ein Geknorz. Ich bleibe dabei. Und man verbiegt sich und verbiegt sich und verbiegt sich, nur damit man nicht abrechnen muss. Es wäre viel ehrlicher, praktischer und befreiender für alle, wenn man das Projekt abrechnen und neu aufgleisen würde.

Die FDP/JF-Fraktion sagt immer noch Nein zu diesem Projekt. Sie sagt Ja zum Gesundheitsschutz der Mitarbeitenden, das haben wir immer gesagt. Ja zu einem innovativen Gesundheitsschutz, zum Beispiel mit Exoskeletten und Robotern und das liegt nicht mehr Jahre in der Zukunft. Das ist da. Und das ist anwendbar. Ja zu einem innovativen Gesundheitsschutz und Nein zu einem verkorksten Farbsack-Trennsystem.

Präsidentin: Danke, Ursula. Wir sind bei den Einzelvoten. Da ist Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Ein Entsorgungssystem, das auf dem Papier, in der Theorie sehr schön aussieht, von dem man eigentlich sagen könnte, es sei logisch, dass wir das so umsetzen wollten, denn es habe ja fast nur Vorteile, bei dem man aber im Vorfeld zu wenige Abklärungen gemacht hat mit den Quartieren, mit den Einwohnern, das nachher in der Praxis überhaupt nicht umsetzbar ist. Wir haben immer gewarnt davor, dass es nicht überall möglich ist – aus topografischen, räumlichen Angelegenheiten. Es ist schon ein paarmal gesagt worden: Die Stadt ist über Jahre entstanden. Man hat eine Altstadt, man hat Neubauten. Wir in Wittikofen erfüllen eigentlich das schon alles, was das Abfallsystem will. Wir haben Container in Wittikofen. Wir haben aber auch viel Grünfläche in Wittikofen. Wir haben auch genug Parkplätze in Wittikofen. Es ist halt einfach nicht jedes Quartier gleich und die Erfahrung zeigt eben, dass man gerade in der Altstadt eine Container-Pflicht nicht umsetzen kann.

Jetzt ist die Frage: Will man mit den Hauseigentümern noch streiten, indem man eine Container-Pflicht einführt? Wenn jemand gezwungen wird, einen Container zu haben, den er nicht will, da wird er sich doch vehement wehren, damit der Container nicht kommt. Ursula Stöckli hat es vorhin gesagt: Wozu braucht es immer so eine Bevormundung der Bürger? Wir könnten ganz einfach sagen, dass wir den Quartieren, die Container wollen, helfen, einen Containerplatz zu erstellen, im Quartier, eine Lösung zu finden, vielleicht mit den Quartierkommissionen. Und die Stadt zahlt vielleicht auch den Container noch, völlig losgelöst von irgendwelchen Strukturen, die sehr kompliziert sind – einfach umsetzbar, gesunder Menschenverstand und ein Entsorgungssystem, das halt nicht flächendeckend ist, das halt vielleicht in verschiedenen Quartieren massgeschneidert angepasst ist, das wäre wahrscheinlich zielführend. Deshalb, sage ich, sollte man den Übungsabbruch machen, sich neu orientieren und vor allem die Handlungsfreiheit der Bürger respektieren und hören, was sie in ihrem Wohnquartier wollen. Besten Dank.

Präsidentin: Danke, Thomas. Dann sind wir beim Votum des Gemeinderats. Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Direktorin TVS: Ich danke, Laura Binz für das gute Vorstellen dieses Geschäfts. Mit dem ursprünglich geplanten System haben wir den grossen Wurf versucht, mit dem wir alle Probleme des bestehenden Entsorgungssystems auf einmal lösen könnten. Es hat sich aber leider gezeigt, dass dies in Bern nicht einfach umsetzbar ist. Wir wollen deshalb aus diesen Fehlern wirklich auch lernen und jetzt pragmatisch das Machbare umsetzen. Dafür brauchen wir aber eben ein bisschen Zeit. Container sind in anderen Städten auch in der Schweiz die Standardlösung in der Abfallbereitstellung. Halten wir uns doch pragmatisch an das, was an anderen Orten funktioniert. Flexibel ausgestaltet und ohne direkte Koppelung mit dem Farbsack wird das auch in Bern funktionieren. Davon bin ich überzeugt.

Ich kann den Unmut über die Umsetzungsprobleme wirklich verstehen. Ich bedaure es ausserordentlich, dass wir das ursprünglich geplante System eben nicht ohne unverhältnismässige Eingriffe einführen konnten und dass auch Fehler bei der Ausarbeitung der Vorlage passiert sind. Aber wir brauchen jetzt Lösungen. Nichts machen ist wirklich keine Option. Ja, wir haben ein gutes funktionierendes Entsorgungssystem, aber wir haben grössere Probleme, die wir ernst nehmen und anpacken müssen, und zwar eben die gesundheitliche Belastung der Beladerinnen und Belader. Es wurde schon mehrmals gesagt: Überquellende Sammelstellen, enge Bereitstellungszeitfenster, von Tieren aufgerissene Säcke und Schwierigkeiten, neue Quartierentsorgungsstellen zu realisieren. Auch wenn die Einführung der Container-Pflicht weniger weit umgesetzt werden kann als ursprünglich gedacht, so sind doch mit dem angepassten und flexibleren System grössere Verbesserungen möglich. Der Gesundheit unserer Beladerinnen und Belader helfen wir mit jedem zusätzlichen Container, nicht erst mit einem perfekten System. Jeder Container bedeutet weniger Heben. Eben: Jeder Container zählt. Das Farbsack-Trennsystem und vor allem die Container-Pflicht, die damit verbunden ist, sind wirklich kein Luxusprojekt. Sie sind vielmehr nötig, um eben den Problemen des heutigen Systems auch begegnen zu können. Wenn jetzt einfach ein Übungsabbruch beschlossen wird, stehen wir immer noch mit den gleichen Problemen da, aber ohne Lösungen. Und das will der Gemeinderat vermeiden und das will der Gemeinderat jetzt auch angehen. Aber es ist so, wir müssen über die Bücher, Anpassungen sind nötig. Wir wollen ein angepasstes System ausarbeiten, das eben die Defizite, die es heute gibt, möglichst behebt. Dazu gibt es jetzt erste Lösungsansätze, die man euch ja auch dargelegt hat. Es sind erste Lösungsansätze und eben noch keine fixen Lösungen. Es braucht noch eine eingehende Prüfung, an der wir weiterarbeiten möchten. Und dann werden wir euch zu einem späteren Zeitpunkt die definitive Lösung oder Lösungsansätze präsentieren können. Ja, wir haben aus den Fehlern gelernt. Wir brauchen wirklich genügend Zeit, um eine sorgfältige Prüfung und auch eine sorgfältige Begehung in diesen Quartieren zu machen. Aber das Ziel bleibt unverändert, und zwar ein flexibles System zu schaffen, das eben auf lokale Gegebenheiten Rücksicht nimmt. Dann noch ein paar Worte zu den parallelen Systemen. Hier hat es in der letzten Debatte im Stadtrat, aber auch in den Medien ein bisschen ein Durcheinander gegeben. Und da sind Äpfel mit Birnen vermischt worden. Eine Kombination der Entsorgung von Kehricht und Papier und Karton mit oder ohne Container gibt es schon heute und das funktioniert wirklich problemlos. Das ist also nichts Neues und das hat sich auch sehr bewährt. Eine Kombination mit einer teilweisen Container-Pflicht mit dem zusätzlich freiwilligen Farbsack-Container – diese Kombination möchte der Gemeinderat eben jetzt vertieft prüfen, insbesondere ob eben eine solche Extratour, wie wir sie schon bei der Grünabfuhr haben, finanziell und betrieblich trag- und umsetzbar ist. Das müssen wir eben sorgfältig prüfen. Eine Kombination von Hol- und Bring-Systemen ist im Vorfeld der Abstimmung bereits unter Einbezug auch des Finanzinspektorats ernsthaft geprüft und als machbar

befunden worden. Aber sicher werden wir auch da noch einmal ein Auge darauf haben. Der Gemeinderat bittet euch dann auch, uns die nötige Zeit zu geben, um die skizzierten Abklärungen zu machen und euch dann ein überarbeitetes, angepasstes Entsorgungssystem mit einer teilweisen Container-Pflicht zu präsentieren.

Vielleicht braucht es dann wirklich auch noch einmal eine Volksabstimmung. Aber das können wir zum heutigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Dann noch zu den Anträgen der SVP/FDP. Der Gemeinderat bittet euch, diese Anträge abzulehnen. Wir wollen ja eben eine flexible Container-Pflicht machen und dort einführen, wo es eben machbar ist. Zudem muss euch einfach auch bewusst sein, dass wir hier diesen Übungsabbruch eben nicht einfach so machen können. Vielmehr ist das schlussendlich in der Kompetenz der Stimmbevölkerung. Wir würden also viel Zeit und auch Geld verlieren und eine Abstimmung forcieren über den Abbruch, der aus meiner Sicht einfach wirklich nicht viel bringt. Es ist besser, das Geld in eine gute, flexible Lösung bei der Container-Pflicht zu investieren. Dann noch zum zweiten Antrag der SVP/FDP. Bei Neubauten wird in der Regel schon auf Container gesetzt. Das habt ihr auch erwähnt. Das Abfallreglement sieht das zwar mit einer Kann-Formulierung vor, die allgemeine Handhabung ist aber so: Bei Überbauungsordnungen, aber auch bei Baubewilligungsverfahren wird die Container-Pflicht explizit von der Stadt verlangt. Dann noch zum Antrag der GFL. Ja, natürlich könnt ihr heute beschliessen, auf den Farbsack zu verzichten und nur den Teil der Container-Pflicht weiter zu planen. Der Gemeinderat hat ja auch vorgesehen, diese beiden Geschichten zu entkoppeln und primär vor allem diese teilweise Container-Pflicht voranzutreiben, denn das bringt die dringend nötige Entlastung unserer Mitarbeitenden. Seit 2021 läuft auf freiwilliger Basis der Pilotversuch mit den Farbsäcken. Die Rückmeldungen sind wirklich positiv. Bei einer Weiterführung des Farbsack-Trennsystems wird es kostenpflichtig. Das lässt Rückschlüsse zu, ob die Nachfrage weiterhin gegeben ist oder eben auch nicht. Es lässt sich auch abschätzen, ob das ökologisch, aber auch ökonomisch und technisch überhaupt umsetzbar ist. Der Gemeinderat würde diese Prüfung gerne noch machen und erst dann einen Entscheid fällen.

Wenn eine Mehrheit heute findet, dass wir auf den Farbsack verzichten sollen, werden wir andere Ansätze suchen müssen, wie wir die überquellenden Sammelstellen entlasten können. Fokussieren würden wir uns in diesem Fall aber in erster Linie auf die flexiblen Container-Pflicht und dann noch zum Antrag der AL/PdA: Ja, wir können natürlich den Farbsack getrennt von der Container-Pflicht prüfen und eine Vorlage ausarbeiten. Das geht ja in die gleiche Richtung wie der Gemeinderatsvortrag. In 12 Monaten ist das natürlich schon sehr sportlich, aber wir werden natürlich bemühen, das in dieser Zeit abklären zu können. Der Gemeinderat bittet euch, der Vorlage so zuzustimmen.

Präsidentin: Merci, Marieke. Wir werden zuerst über die Anträge abstimmen, und, weil es auch noch die Tischvorlagen hat, würde ich zuerst sagen, wie wir abstimmen werden. Es hat insgesamt 5 Anträge. Zuerst werden wir den Antrag 1 und 2, also die beiden Rückweisungsanträge der SVP gegenüberstellen und dann über den obsiegenden.

Dann stimmen wir über Antrag 3 der GFL ab und nachher werden wir den Antrag von der AL/PdA und der GFL, also der letzte Antrag der GFL, gegenüberstellen, dann den obsiegenden Antrag dem Antrag des Gemeinderats und dann noch über den obsiegenden Antrag abstimmen.

Aber ich werde euch hindurchführen. Wir starten mit der Gegenüberstellung des Antrags 1, das heisst, das Projekt zu beenden und auf die Container-Pflicht zu verzichten. Dann könnt ihr Grün drücken. Für Antrag 2, auch ein Rückweisungsantrag, in dem es

darum geht, das Projekt darauf zu beschränken, in neu geplanten Quartieren die Container-Pflicht einzuführen, könnt ihr Rot drücken. Also: Rückweisungsantrag 1 ist Grün und Antrag 2 ist Rot. Und wer sich enthalten will, drückt Weiss.

Anträge

1 SVP, FDP:

Rückweisungsantrag:

Das Geschäft sei zurückzuweisen unter der Auflage, das Projekt zu beenden und auf die Einführung einer Containerpflicht sei zu verzichten.

2 SVP, FDP:

Rückweisungsantrag:

Das Geschäft sei zurückzuweisen unter der Auflage das Projekt darauf zu beschränken, dass einzig in neu geplanten Quartieren eine Containerpflicht für Neubauten vorgesehen wird.

Abstimmung Nr. 004

2016.TVS.000024: Antrag 1 vs. Antrag 2

Antrag 2 obsiegt

Ja	17
Nein	48
Enthalten	6

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist Rückweisungsantrag 2. Jetzt stimmen wir ab über den Antrag 2.

Abstimmung Nr. 005

2016.TVS.000024: Antrag 2

Ablehnung

Ja	19
Nein	53
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir stimmen ab über Antrag 3. – Moment. Es ist anders, als ich es am Anfang gesagt habe. Wir werden zuerst den Antrag 3 der GFL dem Antrag 4 von der AL/PdA gegenüberstellen, also den Antrag 3 der GFL ist Grün und der Antrag der AL/PdA ist Rot. Wer sich enthält, drückt Weiss.

Antrag

3 GFL

3. Er beauftragt den Gemeinderat,

- auf die Einführung des Farbsack-Systems zu verzichten,
- ein angepasstes Entsorgungssystem mit einer teilweisen Containerpflicht vertieft zu prüfen und ihm zu gegebener Zeit eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten

4 AL/PdA:

Anpassungsantrag (neue Formulierung von Ziffer 3 Beschlussesentwurf): Er beauftragt den Gemeinderat, die bisherige Vorlage in ein Geschäft zum Farbsack-Trennsystem und ein Geschäft zur teilweisen Containerpflicht aufzutrennen, die jeweilige Machbarkeit vorgängig zu klären und die zwei separaten Geschäfte dem Stadtrat innerhalb von 12 Monaten vorzulegen.

Abstimmung Nr. 006

2016.TVS.000024: Antrag 3 vs. Antrag 4

Antrag 4 obsiegt

Ja	30
Nein	42
Enthalten	0

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der Antrag der AL/PdA. Wir machen jetzt eine Gegenüberstellung des Antrags 4, also jenes der AL/PdA, und des Antrags des Gemeinderats. Der Antrag der Fraktion AL/PdA ist jetzt Grün und der Antrag des Gemeinderates ist Rot. Wer sich enthält, drückt Weiss.

Abstimmung Nr. 007

2016.TVS.000024: Antrag 4 vs. Antrag des Gemeinderats

Antrag 4 obsiegt

Ja	58
Nein	10
Enthalten	1

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der Antrag der AL/PdA-Fraktion. Jetzt stimmen wir ab über den Antrag der AL/PdA-Fraktion.

Abstimmung Nr. 008

2016.TVS.000024: Antrag 4

Annahme

Ja	47
Nein	20
Enthalten	4

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag zugestimmt Und jetzt stimmen wir zum Schluss noch ab über den letzten Antrag der GFL, in dem es darum geht, dass der Gemeinderat halbjährlich die PVS informiert.

Antrag

5 GFL:

Der Gemeinderat informiert die PVS halbjährlich über den Stand der Arbeiten und die Erkenntnisse zu einem angepasstes Entsorgungssystem mit einer teilweisen Containerpflicht; erstmals im November 2024.

Abstimmung Nr. 009

2016.TVS.000024: Antrag 5

Ablehnung

Ja	34
Nein	37
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Und zum Schluss stimmen wir ab über den Antrag des Gemeinderats in der so bereinigten Form.

Abstimmung Nr. 010

2016.TVS.000024: Bereinigter Antrag des Gemeinderates

Annahme

Ja	52
Nein	16
Enthalten	3

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen.

2020.SR.000233

6 Stellvertretungsregelung im Stadtrat: Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1) und Reglement vom 16. Mai 2004 über die politischen Rechte (RPR; SSSB 141.1); Teilrevision (Abstimmungsbotschaft); 1. Lesung

Präsidentin: Dann kommen wir jetzt zu Traktandum 6: Stellvertretungsregelung. Ich möchte gerne nochmals darauf hinweisen, wie wir nachher vorgehen. Wir haben nämlich eine neue Regelung seit diesem Jahr. Wir werden über alle Anträge schon in der ersten Lesung abstimmen, und wenn ihr auf die zweite Lesung verzichten wollt, müssten Zweidrittel der Anwesenden zustimmen. Dann erteile ich gerne der Kommission das Wort. Für die SBK – Bettina Jans-Troxler.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die SBK: Endlich liegen uns die Anpassungen der Gemeindeordnung (GO) und des Reglements über die politischen Rechte vor, die eine Stellvertretungsregelung im Stadtrat ermöglichen werden; endlich in Bezug auf die Relevanz durch häufige Absenzen im Stadtrat vor allem durch Mutterschaft. Gerade jetzt fehlen in unserer Fraktion wieder 2 Mitglieder aus diesem Grund. Die Einführung war einmal auf den 1. Januar 2025 vorgesehen. Voraussichtlich wird es nicht ganz auf den Termin reichen. 2020 ist eine breit abgestützte Motion eingereicht worden, die am 19. Mai 2022 deutlich mit 65 Ja-Stimmen gegen 4-Neinstimmen bei einer Enthaltung erheblich erklärt wurde und jetzt umgesetzt werden soll. Eine zweite Motion aus dem Jahr 2016 von AL/GPB-DA/PdA+, GLP wurde ebenfalls erheblich erklärt, aber knapper mit 39 Ja, 26 Nein bei 5 Enthaltungen. Darin war auch eine Stellvertretung bei kurzen Absenzen vorgesehen, was vom Gemeinderat nicht in die vorgeschlagene Änderung aufgenommen wurde. Aufgrund der deutlichen Überweisung im Stadtrat 2022 gehe ich

nicht mehr auf die grundsätzlichen Argumente für eine Einführung einer Stellvertretungsregelung ein, sondern konzentriere mich auf die konkret geplante Umsetzung. Die Stadtkanzlei hat uns eine Regelung vorgeschlagen mit folgenden Eckpunkten: Eine Stellvertretung ist bei längerfristiger Verhinderung eines Stadtratsmitglieds möglich. Eine Begründung ist nicht nötig. Es gibt keine Beschränkung auf bestimmte Gründe. Stellvertretungen dauern mindestens 3 und höchstens 6 Monate. Pro Legislatur darf sich ein Stadtratsmitglied während maximal 12 Monaten vertreten lassen. Die Bestimmung der Vertretung erfolgt nach dem gleichen Verfahren wie beim Nachrücken. Die Anzahl der möglichen Stellvertreter*innen wird nicht beschränkt. Der Verzicht auf die Wahrnehmung einer Stellvertretung ist definitiv, was vor allem für die Parteien wichtig ist, damit sie nicht jedes Mal wieder allen Verzichtserklärungen nachrennen müssen. Der Verzicht auf die Wahrnehmung einer Stellvertretung bedeutet aber nicht gleichzeitig auch den Verzicht auf das Nachrücken beim Ausscheiden eines Stadtratsmitglieds. Man kann also auf eine Stellvertretung verzichten, aber zu einem späteren Zeitpunkt trotzdem in den Stadtrat nachrücken. Stellvertretende Stadtratsmitglieder können nicht Einsitz in das Büro oder in eine Kommission des Stadtrats nehmen. Die SBK schlägt euch eine andere Lösung vor. Ich komme nachher zu den Anträgen. Die Dauer der Stellvertretung wird dem vertretenen Mitglied an die Amtsdauer angerechnet. Die SBK findet die vorgeschlagene Lösung der Stadtkanzlei im Grossen und Ganzen sehr gut. Sie ist einfach und klar und sollte keine Probleme in der konkreten Umsetzung machen. Dies ist insbesondere wichtig, weil keine Begründung für Stellvertretungen gefordert wird. Die Stellvertretungsregelungen in anderen Parlamenten zeigen, dass eine Beschränkung auf gewisse Gründe nicht sinnvoll ist, weil eine solche entweder zu ausschliesslich ist oder es zu unklar ist, was darunterfällt und wie das überprüft werden sollte. Eine Stellvertretung ist zum Beispiel auch hilfreich für Studierende, die ein Auslandssemester machen oder es könnte helfen, wenn jemand zum Beispiel kranke Angehörige pflegt. Darum findet die SBK die Regelung ohne Begründung sinnvoll, insbesondere weil die Dauer auf 3 bis maximal 6 Monate eingegrenzt ist. Die Einführung der Stellvertretungsregelung erfordert Anpassungen in der Gemeindeordnung wie auch im Reglement über die politischen Rechte und beides erfordert eine Volksabstimmung. Entsprechend liegt uns auch der Entwurf einer Abstimmungsbotschaft vor. Falls die Stadt Bern die Stellvertretungsregelung einführt, würden die Berner Stadträtinnen und Berner Stadträte nicht von der geplanten neuen Regelung zum Erwerbssersatz auf nationaler Ebene profitieren, bei der geplant ist, dass der Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung durch die Teilnahme an Ratssitzungen nicht verlorengehen soll. Würden die Berner Stadträtinnen während des Mutterschaftsurlaubs zukünftig an einer Stadtratssitzung teilnehmen, würden sie auch in Zukunft ihren Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung verlieren, weil diese Regelung nicht für Parlamente mit Stellvertretungsmöglichkeit gilt.

Ihr seht in der Synopsis, dass 2 Artikel, 41 und 42, in der Gemeindeordnung ergänzt und ein neuer Absatz 53a im Reglement über die politischen Rechte hinzugefügt werden soll. Beim Reglement über die politischen Rechte liegt ein SBK-Antrag vor. Das ist der Antrag 19. Die Kommission war der Ansicht, dass Stellvertretende zwar nicht in die Aufsichtskommissionen und in parlamentarische Untersuchungskommissionen sollen Einsitz nehmen können, entgegen dem Vorschlag der Stadtkanzlei aber schon in Sachkommissionen; das, weil es für Fraktionen manchmal nicht einfach ist, alle Kommissionssitze, inklusive die Stellvertretenden, zu besetzen.

Die SBK hat mit dem einen Änderungsantrag der Vorlage, der die Stellvertretung betrifft, einstimmig zugestimmt und empfiehlt auch euch, die Stellvertretungsregelung wie

vorliegend anzunehmen. Ihr seht in der Antragsliste, dass es noch weitere Änderungsanträge der SBK und der FIKO zur Gemeindeordnung gibt. Der Ursprung dieser Anträge liegt beim Ratssekretariat, und es sind Dinge, die sich schon länger angesammelt haben, die in der Gemeindeordnung nicht mehr aktuell sind, die aber nur mit einem Volksentscheid geändert werden können. Die SBK wie auch die FIKO empfehlen euch nach ausführlicher Diskussion unter Beizug des Juristen Martin Buchli auch noch, diese Anträge anzunehmen. Der Einwand der Stadtkanzlei war, dass die Vermischung verschiedener Themen in der Revision der Gemeindeordnung den Grundsatz der Einheit von der Materie verletze und besser in 2 unterschiedlichen Vorlagen dem Stimmvolk vorgelegt werden soll. Die baldige Einführung der Stellvertretungsregelung könnte gefährdet sein, wenn Stimmrechtsbeschwerden eingereicht würden wegen Verletzung der Einheit der Materie. Die SBK hat allerdings das Risiko aufgrund von Erfahrungen als gering eingestuft und die Abstimmung in 2 einzelnen Vorlagen als unverhältnismässig eingeschätzt. Die Anträge zuhanden des Stadtrats sind mit einem Stimmenverhältnis von 8 oder 9 Ja-Stimmen bei einzelnen Nein-Stimmen oder Enthaltungen überwiesen worden. Konkret beinhalten die Anträge einzelne Änderungen zur Umsetzung des Sprachleitfadens der Stadt Bern und ein paar Aktualisierungen von Begriffen oder Vereinfachungen. Die Anträge 1 und 2 sind sprachliche Anpassungen. Mit dem Antrag 3 zu Artikel 44 soll der Name unserer Stadtrats-Dienststelle von Ratssekretariat zu Parlamentsdiensten geändert werden, weil der Name bei anderen Parlamenten üblich ist und besser das Aufgabenportfolio unserer Dienstleistungsstelle abbildet. Antrag 4 aktualisiert die Zuständigkeiten des Stadtrats. Zu der Ombudsperson, die bis jetzt erwähnt war, und die Ombudsperson und ihre Vertretung, sind unterdessen die Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz und die Finanzkontrolle dazugekommen. Deshalb ist es einfacher, in der GO die Verantwortung für die Leitungen der verwaltungsunabhängigen Dienststellen festzuschreiben. Antrag 5 klärt die Finanzkompetenzen und Zuständigkeiten im Verfahren für die Erstellung des AFP mit Budget für die Dienststelle Stadtrat, was momentan in der GO mit der aktuellen Formulierung nicht klar der Fall ist. Antrag 10 – die Anträge dazwischen wird nachher die FIKO begründen – schliesslich ändert den Begriff "Rechtsbeistand" zu "Rechtsvertretung". Antrag 13 ersetzt den Begriff "Krippen" mit "Kindertagesstätten" und die Anträge 16 und 17 sind wiederum sprachliche Anpassungen respektive die Umbenennung des Ratssekretariats in Parlamentsdienste. Im Weiteren stellt euch die SBK die Anträge, die Abstimmungsbotschaft wie auch den Namen des Geschäfts auf die zweite Lesung hin den neuen Gegebenheiten anzupassen. Das hiesse natürlich: Wenn wir diese Anträge jetzt annehmen, braucht es zwingend eine zweite Lesung, weil das ja nicht Sinn machen würde. Ich weiss aber nicht, ob wir darüber noch abstimmen. Wir sehen es nachher. Ich möchte an dieser Stelle noch der Stadtkanzlei für die Ausarbeitung der guten Stellvertretungsregelung und dem Ratssekretariat – zukünftig wahrscheinlich dann den Parlamentsdiensten – für die Erarbeitung dieser zusätzlichen Anträge danken. Merci.

Präsidentin: Danke, Bettina. Für die FIKO – Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die FIKO: Ich werde jetzt nicht direkt auf die Stellvertretungsregelung eingehen, sondern lediglich auf die Anträge, die euch im Rahmen des Finanzkontrollorgans von der FIKO vorgelegt werden. Also, man hat das geteilt. Die SBK hat einen Teil der Anträge und die FIKO jene, die vor allem GO-Teile umfassen, die aktualisiert werden sollen, um die Finanzkontrolle. Ich fange an bei Antrag 4. Dieser ist von beiden Kommissionen gestellt worden. Es ist genauso, wie meine Vorrednerin gesagt

hat. Es geht eigentlich an mehreren Stellen darum, dass man nicht eine Liste aufführt mit allen verwaltungsunabhängigen Dienststellen wie eben die Ombudsstelle oder die Finanzkontrolle, sondern dass wir es in der GO quasi so abstrahieren, dass es auch für eine 5. oder 6. solche Dienststelle nachher nicht wieder eine GO-Teilrevision braucht. Also wir abstrahieren einfach von der konkreten Dienststelle und haben dann einfach die Liste aller Dienststellen, die nicht dem Gemeinderat, sondern eigentlich uns angegliedert sind. Es gibt aus Sicht der FIKO auch noch mehr Anträge, die eigentlich dieses Themenfeld umfassen. Antrag 6 spricht von Nachkrediten. Das ist möglicherweise noch der Kontroverseste. Hier ist aber zu erwähnen: Bei Antrag 6 also geht es darum, dass der Stadtrat oder eine seiner Kommissionen Nachkredite beschliessen kann. Es ist noch nicht bestimmt, ob und wie genau diese Nachkredite beschlossen werden. Das ist wichtig. Also, für jene Leute, die das Gefühl haben, es sei jetzt nicht nötig, dass die Kommissionen diese beschliessen: Das ist jetzt hier einfach allgemein formuliert, um es nachher im GRSR (Geschäftsreglement des Stadtrats) detailliert regeln zu können. Also, es geht eigentlich hier nur darum, sich quasi alle Türen offen zu halten, um es einfach zu sagen. Antrag 7 wäre nachher eigentlich der Nachvollzug der bereits gängigen Praxis bei anderen verwaltungsunabhängigen Dienststellen. Also es ist tatsächlich so, dass Nachkredite solcher Dienststellen bis zu 50'000 Franken vom Büro beschlossen werden und, wenn sie höher sind, vom Stadtrat. Also, hier ist eigentlich nichts Kontroverses drin, sondern es wird eigentlich das, was jetzt schon gelebt wird, die Praxis, festgeschrieben, und zwar für alle solchen Organe. Antrag 8: Absatz 4 würde gestrichen, weil so, wie es jetzt hier noch steht, müssten wir nachher eigentlich mit dem Budget der verwaltungsunabhängigen Dienststellen zum Gemeinderat gehen, was ja nicht sein kann, denn die sind ja genau gemeinderatsunabhängig. Entschuldigung. Es geht um die Ziele im Budget. Ihr seht, Absatz 4 ist eben zu streichen, weil einfach die Kompetenz für die Dienststelle nicht mehr beim Gemeinderat liegt. So ist das zu verstehen. Antrag 12 der FIKO betrifft wieder das Budget. Hier geht es darum, die fehlenden quasi Differenzierungen zu erfassen für die Dienststellen, von denen auch die Finanzkontrolle eine ist. Ich gehe jetzt da nicht im Detail noch darauf ein, die Begründungen könnt ihr lesen. Es ist einfach immer dasselbe Schema. Man muss das halt einfach durch die einzelnen Artikel, wo das vorkommt, hindurch nachvollziehen. Antrag 14 ist wiederum eine kleine Korrektur, damit es übereinstimmt. Ihr könnt es lesen. Es ist wiederum ein Detail. Es war auch nicht kontrovers. Alle diese Anträge sind mit grosser Mehrheit oder keinen Gegenstimmen angenommen worden. Dann noch Antrag 15. Der ist vielleicht ein bisschen schwieriger zu verstehen. Hier geht es eigentlich darum, dass mit Absatz 4 quasi eine Ausnahme geschaffen wird, damit die verwaltungsunabhängigen Dienststellen ausgenommen sind von den ersten 3 Absätzen, und dass das nachher in den spezifischen Reglementen geregelt werden soll. Wenn man das nicht ändern würde, wäre es eigentlich für diese Dienststellen immer noch so, dass der Gemeinderat beschliessen würde. Das wäre also auch unstimmig. Und das wäre von der reinen Systematik her alles im Zusammenhang mit der Finanzkontrolle. Wie die SBK auch, schlagen wir vor, dass uns bis zur zweiten Lesung, wenn es denn eine geben sollte, die Abstimmungsbotschaft vorgelegt werden soll mit diesen Anträgen drin. Genau damit über die Fragen, wie es dargestellt ist, sozusagen noch einmal befunden werden kann. Wir erachten das als sinnvoll. Auch das ist mehrheitlich angenommen worden. Das wäre alles. Merci vielmals.

Präsidentin: Danke vielmals, Raffael. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Tom Berger für die FDP/JF-Fraktion.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Als Miteinreichender der ursprünglichen Motion habe ich mich eigentlich sehr auf den Tag gefreut, an dem wir das Geschäft endlich zuhänden der Volksabstimmung verabschieden können. Und ich sage ganz bewusst "endlich". Denn wenn man sich vor Augen führt, wie viele Personen, seit wir die Motion einmal überwiesen hatten, in der Zwischenzeit Abwesenheiten hatten, die nicht notwendig gewesen wären, beziehungsweise über eine Stellvertretung hätten aufgefangen werden können, dann ist die Frist einfach viel zu lange. Was jetzt aber aus dem Geschäft gemacht wurde und dass man damit in Kauf nimmt, dass das Geschäft noch einmal um mehrere Monate verzögert wird, erachtet unsere Fraktion als sehr bedenklich. Aber fangen wir einmal von vorne an. Die Arbeit in einem Milizparlament ist mit vielen Hürden verbunden. Bei der Frage nach der Vereinbarkeit des Einsitzes in einem Rat wie hier mit den anderen Verpflichtungen des Lebens, sei es die Familie, sei es der Beruf, seien es andere zivilgesellschaftliche Engagements oder irgendetwas gehen häufig die Personen vergessen, die aus diesen Nichtvereinbarkeitsgründen überhaupt auf eine Kandidatur verzichten und sich gar nicht erst aufstellen lassen. Wir alle hier, die in diesem Rat sitzen, haben eigentlich schon mal die erste Unvereinbarkeitshürde überwunden, indem wir es offenbar geschafft haben, das Amt noch mit unserem restlichen Leben zu verbinden. Aber auch bei denen, die es nachher einmal in den Rat hineingeschafft haben, ist die Fluktuationsrate derart hoch, dass glaube ich allen klar ist, dass es Massnahmen braucht, um die Vereinbarkeit von einem Milizmandat mit dem restlichen Leben zu verbessern. Eine Stellvertreterregelung allein löst das Problem natürlich nicht gänzlich, aber es ist ein ganz wichtiger Schritt in die richtige Richtung für eine bessere Vereinbarkeit. Unsere Fraktion begrüsst sehr, dass man sich bei der Ausarbeitung der Vorlage auf die sogenannte Motion 2020 und eben nicht auf die Motion 2016 abgestützt hat. Die Motion 2016 hätte ein Modell eines Quasi-Suppleantensystems gefordert, mit dem wir von Sitzung zu Sitzung hätten entscheiden können, ob man kommt oder ob man sich stellvertreten lässt. Einer solchen Regelung haben wir schon bei der Abstimmung über die Motion nicht zugestimmt und hätten jetzt auch der Vorlage in dieser Form nicht zugestimmt. Wir erachten es als sehr sinnvoll, dass eine Stellvertretung mindestens 3 Monate und maximal 6 Monate dauern soll, dass man sich innerhalb einer Legislatur bis zu 12 Monate stellvertreten lassen kann, bringt eigentlich potenziell die Situation mit sich, dass sich jemand während einer Legislatur viermal 3 Monate stellvertreten lassen kann. Das finden wir nicht wirklich ideal. Jetzt könnt ihr fragen, wieso wir keinen Antrag gestellt haben. Wir haben darauf verzichtet. Aus unserer Sicht wäre es eigentlich sinnvoller gewesen, man hätte gesagt, man könne sich höchstens zweimal pro Legislatur und pro Ratsmitglied stellvertreten lassen, denn, wie gesagt, viermal 3 Monate – das ist dann doch gerade ein bisschen viel. Obwohl wir ursprünglich im Vorstoss gefordert haben, dass die Stellvertretung nur in begründeten Fällen und in definierten Fällen zur Anwendung kommen soll, finden wir den jetzigen Vorschlag, dass auf eine Begründung verzichtet werden kann, sehr sinnvoll. Was die Verwaltung und der Gemeinderat in der ursprünglichen Vernehmlassungsantwort als Begründung angegeben haben, hat uns eingeleuchtet. Ich nenne einfach ein Beispiel von vielen. Nehmen wir das Beispiel des gesellschaftlichen Tabuthemas der psychischen Gesundheit, das leider immer noch viel zu stark stigmatisiert ist. Nehmt ein Ratsmitglied, das einfach keine Energie mehr hat, jeden zweiten Donnerstagabend hier in den Rat zu kommen, das vielleicht eine Auszeit braucht und eben vielleicht eigentlich nur eine temporäre Auszeit, das vielleicht während 3 Monaten noch einmal das Leben ordnen kann und sich noch einmal überlegen kann, ob die Energie zurückkommt oder nicht. Solch ein Ratsmitglied würde nachher quasi zu einem Outing gezwungen werden,

indem man nachher ein Arztzeugnis beim Ratssekretariats vorlegen müsste. Das erachten wir als nicht angemessen. Das macht die Möglichkeit, sich stellvertreten zu lassen, nicht niederschwellig, so, wie es eigentlich sein sollte. Und entsprechend finden wir es korrekt, dass man keine Begründung angeben muss. Man braucht einfach eine Auszeit. Punkt. Jetzt stellt sich die Frage, wer nachher eine Stellvertretung übernehmen darf. Spannend ist ja, dass im Moment 3 Gemeinden im Kanton Bern zeitgleich an einer Stellvertreterregelung arbeiten: Biel, Burgdorf und Bern. In Burgdorf sind sie weiter. Sie dürfen bereits am 9. Juni definitiv über die Einführung abstimmen. Das Burgdorfer Modell sieht vor, dass jeweils nur die ersten zwei Nachrückenden für eine Stellvertretung in Frage kommen. Eine solche Regelung hätten wir als Fraktion FDP-Jungfreisinn als zu einschränkend betrachtet. Wir begrüssen es, dass alle Personen, die auf einem nachrutschenden Platz auf der Liste sind, für eine Stellvertretung infrage kommen. Diese Personen haben sich ursprünglich zur Wahl gestellt. Sie haben von den Wählerinnen und Wählern Stimmen erhalten und ihr befristeter Einsitz hier im Parlament ist demokratisch legitimiert. Wir finden es aber nicht sinnvoll, dass bei einer Stellvertreterregelung das Nachmeldeverfahren zur Anwendung kommen soll. Entsprechend werden wir den Antrag 18 der Mitte annehmen. Wir differenzieren in der Vorlage ganz bewusst zwischen Nachrutschen und Stellvertretung. Dass es beim Nachrutschen vorkommen kann, dass man am Ende der Liste ankommt, ist zwar aussergewöhnlich, aber das passiert und ich kann mir an dieser Stelle leider den Kommentar nicht verkneifen, dass ich es schon ein bisschen speziell finde, wenn eine Partei bei den Wahlen 25 Personen zur Wahl aufstellt, von denen 19 der 25 gar nicht bereit sind, das Amt anzunehmen, worauf nachher ein Nachmeldeverfahren zur Anwendung kommen muss. Und ihr wisst, dass das nicht ein fiktives Beispiel ist, das ich jetzt gerade gemacht habe. Nehmen wir also die Situation, wenn eine Partei 25 Leute aufstellt, wovon 19 gar nicht in den Rat kommen wollen. Wenn diese nachher noch für den Rest der Legislatur viermal 3 Monate 4 verschiedene Leute hierhin schicken könnten, die sie nachmelden; Leute, die gar nicht zur Wahl gestanden sind, die gar nie Stimmen bekommen haben müssen, erachten wir als nicht demokratisch. Auch entsprechend bitten wir euch, den Antrag 18 der Mitte anzunehmen.

Zu den restlichen Anträgen. Es gibt Anträge, die eine rein sprachliche Anpassung verlangen oder bei denen es darum geht, die Gemeindeordnung so anzupassen, dass sie den in der Zwischenzeit gefallenen Beschlüssen entspricht oder einfach auch wieder in sich schlüssig ist. Es ist der Verwaltung hoch anzurechnen, dass man hinter den Kulissen notwendige Anpassungen gesammelt hat und sie nun an die dargelegte Teilrevision der Gemeindeordnung knüpft.

Es gibt noch einen Antrag weiter, den wir annehmen werden. Es ist der Antrag der Tischaufgabe. Auch hier: Es ist grundsätzlich etwas bemühend, wenn wir ein Geschäft haben, zu dem es eine Vernehmlassung gibt, das in mehreren Kommissionen teils mehrmals behandelt wurde und dann findet man trotzdem erst 24 Stunden vor der Stadtratssitzung doch noch etwas, das man anpassen sollte. Aber den Antrag AL/PdA gemäss Tischvorlage werden wir annehmen. Wir erachten es als korrekt, dass der einmalige Entscheid, auf eine Stellvertretung zu verzichten, nicht definitiv sein soll. Noch einmal: Wir differenzieren bewusst zwischen Nachrutschen und Stellvertreten. Und ja, es kann sein, dass man vielleicht im ersten Jahr der Legislatur in einer Lebenssituation ist, wo man keine Stellvertretung übernehmen möchte und im letzten Jahr der Legislatur 3 Jahre später wäre das vielleicht möglich.

Die anderen Anträge der AL/PdA lehnen wir ab. Und ich hoffe, dass es nicht allzu emotional wird bei mir. Aber ich bin kein Jurist und ob ein Geschäft der Einheit der Materie entspricht oder nicht, kann ich nicht beurteilen. Das ist, glaube ich, auch nicht meine

Aufgabe hier. Aber wir als Fraktion FDP-Jungfreisinn lehnen diese Anträge aus einer demokratiepolitischen Überlegung ab. Gehen wir nochmals zurück an den Ursprung des Geschäfts. Wir haben eine Motion eingereicht. Wir haben mit dieser Motion verlangt, dass die Gemeindeordnung in einem spezifischen Punkt so angepasst wird. Diese Vorlage ist in eine öffentliche Vernehmlassung gegangen. Alle konnten sich dazu äussern. Leider habe ich den Vernehmlassungsbericht nicht gefunden, wo ich hätte nachschauen können, wer dort überhaupt mitgemacht hat und wie. Dass man dann aber plötzlich, wenn das Geschäft in die Kommission kommt, das Gefühl hat, dass man an dieser Gemeindeordnung X, Y und Z auch noch gerade anpassen könnte, wenn man ja ohnehin gerade dabei ist, erachten wir wirklich als falsch. Und es ist allen anderen Fraktionen sehr hoch anzurechnen, dass sie auch in einem Wahljahr darauf verzichten, eine solche spezifische Teilrevision der Gemeindeordnung nicht zu missbrauchen, um einfach breite Wünsche hineinzubringen, was man sonst noch machen könnte. Ich bitte euch, die Anträge der AL/PdA abzulehnen. Ihr könnt jederzeit eine Motion oder sogar eine parlamentarische Initiative machen und dann wird auch diese Sache möglich sein. Noch ein letzter Satz. Dass die Anträge dazu führen könnten, dass es eine zweite Lesung braucht und dass wir, wie gesagt, noch einmal monatelang auf die Stellvertreter-Regelung warten müssen, erachten wir als äusserst bedauerlich. Und ich bitte euch wirklich eindringlich, diesen Antrag abzulehnen, damit wir auf eine zweite Lesung verzichten können.

Präsidentin: Merci, Tom. Dann kommt Alex Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Zuerst möchte ich den beiden Kommissionsreferenten danken für ihre Referate. Ich habe die sehr gut gefunden. Ich werde zuerst eine kurze Zusammenfassung geben und nachher gehe ich kurz auf die einzelnen Punkte ein. Vielleicht rasch vorab: Die SVP unterstützt ganz grossmehrheitlich – wir haben nichts gegen die Stellvertretungsregelung – das Geschäft. Ich kann auch sagen: Wir unterstützen die Tischvorlage der AL/PdA mit der Wahrnehmung der Stellvertretung, dass das nicht ein Nachrücken ist. Ich komme später darauf zurück. Für uns ist auch klar, darauf komme ich nachher dann ein bisschen detailliert zurück, dass man es eben jetzt in dieser Vorlage so machen soll, wie die FIKO es auch vorschlägt, dass man alle diese Änderungen auf den Tisch bringen soll. Ich komme zuerst ein bisschen zum Juristischen. Die Stadtkanzlei sieht das anders. Die Stadtkanzlei ist der Meinung, wir hätten ein grosses Dilemma, wenn wir einerseits textliche Anpassungen machen und andererseits die Stellvertretungsregelung. Ich sehe es gleich wie der Hausjurist Kollege Bucheli, der sagt, es sei problemlos. Es gibt viele Gemeinden, die immer bei Revisionen auch noch gewisse formelle Sachen mitnehmen. Und ihr könnt auch beruhigt sein. Ich bin ja durchaus einer, der kämpft und Beschwerden und Einsprachen macht. Ich bin durchaus ein Kämpfer, aber ich werde mich also nicht wegen einer redaktionellen Anpassung bemühen, werde also meinen Computer und meinen Drucker nicht für solche Sachen bemühen, denn das ist nicht ein Punkt, bei dem ich ein Dilemma habe. Das sind rein textliche Nachführungen und ich schaue es wirklich als das an. Es ist unproblematisch, wenn wir noch reine Sachen hineinnehmen, die man grammatikalisch oder so anpassen muss. Da fällt nicht einmal der Feuz in ein Dilemma. Etwas anderes wäre es, wenn wir jetzt beispielsweise in der GO-Revision sagen würden, wir regelten die Stellvertretung, erhöhen aber gleichzeitig die Anzahl der Gemeinderatsmitglieder auf 7. Das wären jetzt 2 Fragen, bei denen man sagen muss, da kann man in guten Treuen verschiedener Meinung sein. Das sollte man nicht zusammen machen. Aber ich weiss, ein Antrag wird eingereicht werden. Ich habe durchaus Sympathie für diesen Antrag,

auch für andere Dinge, die man durchaus mit dieser Richtlinienmotion will. Das sehen wir genau gleich. Wir stellen hier keine Anträge, weil wir wissen: Wenn wir sie stellen, werden sie sowieso abgelehnt. Wir werden uns aber auch erlauben – und das kann ich schon vorausschicken, denn wir sind ja der Meinung, wenn wir jetzt das Geschäftsreglement ändern und das Zeug der GPK drin sein soll –, einen Antrag auf Stellvertretung zu machen. Darin sind wir uns in der Fraktion nicht ganz einig. Das lege ich ganz klar offen. Aber wir sind der Meinung, dass man auch in der FIKO und in der GPK die Möglichkeit haben soll, eine Stellvertretungsregelung zu haben. Denn ich sage immer: Es ist wichtig, dass gerade die kleinen Fraktionen dort vertreten sind. Und wenn mal jemand nicht dort sein kann, soll man das machen. Ich bin der Meinung, ein gewählter Stadtrat kann mit der Vertraulichkeit durchaus umgehen. Bei einem PVS-Geschäft oder einem SBK-Geschäft gibt es auch ein Kommissionsgeheimnis. Das muss man also durchaus so anschauen. Wir sind ja der Meinung, dass man IT-Geschäfte allenfalls einer Kommission zuweisen sollte oder dafür eine Fachgruppe von ausgewählten Leuten haben sollte, die das in einem Ausschuss prüfen. Und wir sind der Meinung, dass man schauen sollte, ob man allenfalls eine mangelhafte Antwort bei Vorstössen zurückschicken kann, dass man die anschauen muss. Wir werden also 4 Anträge einreichen. Einen können wir eventuell sogar interfraktionell machen. Das wären jetzt Sachen, bei denen ich der Meinung bin, das könnte man dann nicht gleichzeitig mit den anderen textlichen Anpassungen machen. Da hätten wir eben hier dann doch Differenzen. Aber ich komme noch einmal zurück. Also die Anpassungen, die wir hier vorschlagen, das ist für mich mehr ein Prestige-Denken der Stadtverwaltung, wenn man nachher sagt: Nein, wir wollen das nicht, man muss das separat machen. Ich sehe dort juristisch kein Problem, lasse mich also darauf behaften. Der Kollege Bucheli sieht dort auch kein Problem. Ich habe immer gesagt: 2 Juristen, 3 Meinungen. Aber ich sage also trotzdem: Eine Beschwerde oder Anfechtung wegen textlichen Anfechtungen käme wahrscheinlich nur von jemandem, der ein bisschen querulatorisch veranlagt ist.

Das wäre zum einen. Ich komme jetzt zu dieser Vorlage, bei der ich ganz ehrlich sagen kann, ich war immer jemand, der sich für Stellvertretungsregelungen eingesetzt hat; gerade für die kleineren Fraktionen. Ich habe mich dann noch in dieser Sonderkommission NSB22 (Projekt Neue Stadtverwaltung Bern 2022) dafür eingesetzt – und das ist ja nachher auch so gekommen –, dass man auch in einer SBK, in einer PVS und in der RWSU eine Stellvertretung hat. Das habe ich immer als sinnvoll angeschaut. Ich betrachte das als eine meiner besseren Taten im Stadtrat, dass man dort diese Lösung machen konnte. Ich finde das durchaus sinnvoll. Und ich bin wirklich der Meinung, es gebe wirklich Konstellationen, seien diese beruflich oder gesundheitlich, in der jemand längere Zeit weg ist und vor die Entscheidung gestellt ist: Trete ich jetzt zurück oder nehme ich einen Stellvertreter? Ich finde die Stellvertretungslösung auch unter einem anderen Gesichtspunkt gut: Der Stellvertreter kann nachher schauen: Gefällt mir das? Es ist in der Regel jemand, der kandidiert hat, der wahrscheinlich vorne auf der Liste steht, der das machen kann. Und dann sieht der gerade, ob das etwas ist, das ihn interessiert oder nicht. Und vielleicht merkt er dann: Du, das ist gar nichts, was mir Spass macht. Und dann ist es einfacher, wenn der vielleicht nach einer Stellvertretung zur Überzeugung kommt: Ich habe es jetzt einmal gesehen, ich will es nicht machen. Das ist besser, als dass wir dann ständig Trial-and-Error haben. Ich finde, das ist die offenere Lösung. Ich schaue Stellvertretungen insofern auch sinnvoll als Schulung an, um die Leute einzubinden in die politische Arbeit. Es ist dann die Sache der Fraktionen, der Fraktionspräsidenten, dass man die Leute geschickt einführt. Vielleicht sind sie ja teilweise auch nachrückend oder was auch immer. Leute, die vielleicht früher politische Erfahrungen gesammelt haben, sei das in anderen Stadträten, in anderen Parlamenten

oder Leute, die schon einmal im Stadtrat waren, bei denen ist die Einführung natürlich einfacher. Darum sind wir relativ offen. Ich gehe jetzt nicht auf alle Detailpunkte ein. Aber es ist für mich auch klar, dass der Antrag der AL/PdA mit der Stellvertretungsregelung mir wirklich sinnvoll scheint. Ich sage immer, wenn man so lange Vorlagen hat in einer Kommission, dann gerät manchmal etwas unters Eis. Und dann finde ich es immer noch besser, dass wir heute eine Tischvorlage haben, als dass wir gar nicht darüber diskutieren. Also wir sehen keinen Grund, dass man das bekämpfen sollte. Ich sehe es im Gegenteil als sinnvoll an. Ich habe das Gefühl, es gibt eben durchaus auch Gründe, wenn plötzlich jemand überraschend ausfällt durch einen schweren Unfall und der zweite macht eine Weltreise oder gerade eine Weiterbildung oder was auch immer, dann hat er in seiner Lebensplanung nicht damit gerechnet, nachzurutschen, weil der andere irgendeinen dummen Skiunfall hat und 3 Monate ausfällt oder was auch immer. Dort soll man doch die nötige Flexibilität haben. Darum sind wir hier positiv. Ich bin gespannt, denn die FDP hat noch gesagt, dass sie gewisse Anträge der AL/PdA nicht unterstützen. Ich habe jetzt vor allem diesen gesehen – das Stellvertretungsreglement – als Tischvorlage. Sonst kommen wir allenfalls im Rahmen der weiteren Debatte darauf zurück.

Ich habe die Redezeit eingehalten. Ich wünsche jenen, die jetzt zu Abend essen oder die Führung im Stadttheater machen, einen guten Abend. Und ich habe mich auf jeden Fall für heute Abend, da es vegetarisches Essen gibt, mit der nötigen Fleischportion ausgerüstet. Ich musste gestern bereits vegetarisch essen. Ich habe heute also Salami dabei.

Präsidentin: Herzlichen Dank, Alex, du hast da gerade eine gute Überleitung gemacht. Wir machen an dieser Stelle Pause und wir treffen uns um 20.30 Uhr wieder.

Schluss der Sitzung: 18.59 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

03.09.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

04.09.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20.35 bis 22.35 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Franziska Geiser	Szabolcs Mihalyi
Janina Aeberhard	Thomas Glauser	Niklaus Mürner
Timur Akçasayar	Muriel Graf	Barbara Nyffeler
Debora Alder-Gasser	Lukas Gutzwiller	Mehmet Özdemir
Ruth Altmann	Bernadette Häfliger	Florence Pärli Schmid
Emanuel Amrein	Bernhard Hess	Halua Pinto de Magalhães
Ursina Anderegg	Thomas Hofstetter	Simone Richner
Mirjam Arn	Matthias Humbel	Claudio Righetti
Oliver Berger	Seraphine Iseli	Mirjam Roder
Tom Berger	Ueli Jaisli	Sarah Rubin
Natalie Bertsch	Bettina Jans-Troxler	Michael Ruefer
Lea Bill	Anna Jegher	Mahir Sancar
Laura Binz	Raffael Joggi	Judith Schenk
Gabriela Blatter	Nora Joos	Nicole Silvestri
David Böhner	Barbara Keller	Chandru Somasundaram
Michael Burkard	Ingrid Kissling-Näf	Ursula Stöckli
Francesca Chukwunyere	Fuat Köçer	Irina Straubhaar
Milena Daphinoff	Nora Krummen	Bettina Stüssi
Sibyl Eigenmann	Anna Leissing	Michael Sutter
Nik Eugster	Corina Liebi	Johannes Wartenweiler
Alexander Feuz	Maurice Lindgren	Lukas Wegmüller
Jelena Filipovic	Simone Machado	Janosch Weyermann
Sofia Fisch	Denise Mäder	Marcel Wüthrich
Katharina Gallizzi	Esther Meier	Paula Zysset
Lionel Gaudy	Daniel Michel	

Stadtrat entschuldigt

Debora Alder-Gasser	Salome Mathys	Tanja Miljanovic
Lena Allenspach	Matteo Micieli	Dominic Nellen
Gabriela Blatter		

Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Reto Nause SUE	Marieke Kruit TVS
--------------------------	----------------	-------------------

Stadtkanzlei

Nadine von Vivis, Juristische
Mitarbeiterin

Ratssekretariat

Jacqueline Cappis, Stv. Leiterin Ratssekretariat	Mago Flück, Ratsweibel	Cornelia Stücker, Sekretariat
--	------------------------	-------------------------------

2020.SR.000233**6 Stellvertretungsregelung im Stadtrat: Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1) und Reglement vom 16. Mai 2004 über die politischen Rechte (RPR; SSSB 141.1); Teilrevision (Abstimmungsbotschaft); 1. Lesung**

Präsidentin: Liebe Kolleg*innen, willkommen zurück aus der Pause. Wir können die Sitzungen jeweils erst starten, wenn wir beschlussfähig sind. Kommt doch bitte jeweils um 20.30 Uhr pünktlich wieder zurück. Wir machen weiter mit den Fraktionserklärungen. Für die GFL-Fraktion, Marcel Wüthrich.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Fraktion: Zuerst einmal, ganz herzlichen Dank an das Stadttheater für den Empfang, den wir haben geniessen dürfen und ich kann bestätigen, dass sich auch die karnivorsten Mitglieder von unserem Stadtrat zu helfen gewusst haben und sich prächtig verköstigt haben. Gut, jetzt zum Thema: Endlich soll es eine Stellvertretungsregelung geben. Es ist am 28. April 2016 gewesen, an meinem allerersten Sitzungstag im Stadtrat, als ich, die Motion im 2016 – die im Vortrag erwähnt worden ist, für ein Stellvertretungssystem –, habe mitunterzeichnen können. Während meiner bisherigen 8 Jahre im Stadtrat hätte ich mir unterdessen ein paarmal gewünscht, dass ich mir ein Timeout hätte gönnen können, weil ich die Beanspruchung als Milizpolitiker phasenweise als übermässig hoch empfunden habe und die verschiedenen Termine mein Leben angefangen haben zu diktieren. Es sind also nicht nur offensichtliche Abwesenheitsgründe wie Mutterschaft, Krankheit, Unfall oder auch Ausbildung im Ausland, sondern sich bei einem mehrmonatigen Timeout vertreten zu lassen, hilft sehr oft die strapazierte Work-Politics-Life-Balance von uns Stadtratsmitgliedern zu verbessern. Wir begrüssen grundsätzlich – wir von der GFL-Fraktion – die vorgesehene Stellvertretungsregelung im Stadtrat, auch wenn wir in der Vernehmlassung leicht andere Positionen eingenommen haben. Insgesamt sind diese Vorschläge, die auf dem Tisch liegen, aber ausgewogen und sie bedeuten eine klare Verbesserung, um veränderten Lebenssituationen der Stadtratsmitglieder gerecht zu werden. Wir von der GFL-Fraktion unterstützen darum die Neuregelung gemäss dem Artikel 53a im RPR, das ist das Reglement über die politischen Rechte. Und es spricht für sich, dass eine konkrete...

Die Präsidentin bittet um Ruhe.

Marcel Wüthrich (GFL) setzt sein Votum fort: Es spricht für sich, dass nur eine konkrete Lösung im RPR – am Anfang ist es ein Antrag gewesen, jetzt sind es 3 Anträge – eingegangen ist. Wir erachten die Möglichkeit, dass stellvertretende Ratsmitglieder auch in Sachkommissionen Einsitz nehmen können als hilfreich, insbesondere für die kleineren Fraktionen und wir unterstützen den Antrag 19 der SBK. Der Antrag 18 der Mitte, bei fehlenden Ersatzleuten das Nachmeldeverfahren nicht zuzulassen, unterstützen wir ebenfalls und auch den Antrag der AL-PdA als Tischvorlage unterstützen wir. Ich begründe es nicht weiter, denn das hat Tom Berger vor der Pause schon sehr gut gemacht. Zusätzlich zur Erklärung im RPR wird jetzt aber auch eine Ergänzung der Gemeindeordnung (GO) nötig. Das sind die Artikel 41 und 42 und damit ist jetzt offenbar die Büchse der Pandora für weitergehende Anträge geöffnet worden und die Einheit der Materie ist auch nicht mehr so klar gegeben. Trotzdem, unter anderem, weil sie politisch nicht von schwerwiegendem Charakter sind, unterstützen wir die Anträge der FIKO und auch die sprachlichen Anpassungen der SBK, zum Beispiel zur Umbenennung des Ratssekretariats in Parlamentsdienste, zu weiteren marginalen Anpassungen und zu geschlechtsneutraleren Formulierungen ausser in 2 Fällen, weil wir gewisse

Bedenken haben bei den SBK-Anträgen 2 und 17. Neu soll es "Verursachendenprinzip" und "verursachendengerecht" heissen. Ich habe im städtischen Sprachleitfaden nachgeschaut und beim Tipp 7, wo es darum geht, zusammengesetzte Begriffe anders definieren zu können, sehen wir, dass die Umsetzung jetzt doch ein bisschen unglücklich formuliert worden ist. Zudem ist das bekannte "Verursacherprinzip" ein juristischer Begriff. Insbesondere im Artikel 2 des eidgenössischen Umweltschutzgesetz steht dieser Begriff und ähnliches gilt auch für das Wort "verursachergerecht". Die GFL-Fraktion lehnt darum die zwei Anträge 2 und 17 grossmehrheitlich ab. Das Traktandum lautet bekanntlich Stellvertretungsregelung im Stadtrat. Dass die AL-PdA die dafür notwendige GO-Revision zum Anlass nimmt, einen gewichtigen, sachfremden Antrag Nummer 11 in die Vorlage hineinzuschmuggeln – auch wenn sie das als separate Frage in einer Volksabstimmung zur Vorlage stellen wollen –, empfinden wir schon auch als recht dreist. Wenn schon die Erhöhung von 5 auf 7 Gemeinderatsmitglieder gefordert wird, dann möchte ich persönlich beispielsweise auch die Frage zur Umstellung vom Proporz- ins Majorzverfahren auf der Agenda sehen und das alleine bringt sicher wieder eine Reihe von weiteren Abklärungen mit sich. Solche weitgehenden Anträge gehören seriös abgeklärt, im Rahmen eines regulären parlamentarischen Vorstosses. Für die Motivation dieses Anliegens haben wir grundsätzlich Sympathien und deshalb könnte man sich auch vorstellen, dort mitzumachen. Aber ganz unabhängig vom Inhalt lehnen wir den Antrag heute ab.

Dann zur beantragten Abschaffung der Richtlinienmotion, das wäre der Antrag 9 ebenfalls von AL/PdA. Da einfach zur Erinnerung, dass das Instrument der Motion dazu da ist, den Gemeinderat zu beauftragen, ein Reglement oder eine Finanzvorlage zu erarbeiten, bei der die Regelung in die Kompetenz des Stadtrates fällt. Welche Kompetenzen das sind, das regelt die GO, nämlich das sind alle Aufgaben, die in der GO nicht dem Stadtrat oder einem anderen Organ zugeschrieben werden. Das ist Artikel 93, Absatz 1 der GO. Das Problem liegt nicht nur beim Gemeinderat und der legt tatsächlich seinen Beurteilungsspielraum für Richtlinienmotionen zu breit aus, sondern das liegt vor allem auch beim Stadtrat selber, der sich immer wieder weigert, sich selber zu kontrollieren und formal falsche Vorstösse zulässt und sich nebenbei auch noch gerade einen gigantischen Pendenzenberg aufgebaut hat. Würde der Stadtrat den Weg zur Selbstbeschränkung wählen und dem Büro die Kompetenz geben, formal falsche Vorstösse zurückzuweisen, dann wäre die Richtlinienmotion de facto abgeschafft. Aber es braucht halt Mut und den Willen zu mehr inhaltlicher Kompetenz, nämlich durch mehr formale Kompetenz. Wenn man die Richtlinienmotion in der GO abschaffen will, dann müsste man die Kompetenzregelung zwischen Stadtrat und Gemeinderat ändern und sicher nicht primär den Artikel 59. Und im Übrigen bleibt es den Motionärinnen und Motionären unbenommen, vom Gemeinderat eine als Richtlinie deklarierte Motion in ein Postulat umzuwandeln. Wir lehnen deshalb auch den AL/PdA-Antrag ab. Und wenn es so weit kommt, wie ich es gesagt habe, dann schlägt die GFL-Fraktion auch den Verzicht auf eine zweite Lesung vor, nämlich damit die Stellvertretungsregelung, auch im Interesse einer verbesserten Work-Politics-Life-Balance für uns Stadtratsmitglieder, rechtzeitig zur neuen Legislaturperiode in Kraft treten kann.

Präsidentin: Danke, Marcel. Dann hat das Wort Natalie Bertsch für die GLP/JGLP/EVP-Fraktion.

Natalie Bertsch (GLP) für die Fraktion: Ich freue mich, mein erstes Votum im Stadtrat zu einer Herzensangelegenheit zu halten, nämlich die Vereinbarkeit von Leben, Arbeit und politischem Engagement. Das Thema ist bei uns in der Fraktion auch hochaktuell.

Wir ihr sehen könnt, sind bei uns links und rechts die Sitze frei, weil Debora und Salome Mutterschutz haben und für die nächsten Sitzungen ausfallen werden und das ohne Ersatz. Ein politisches Amt kostet Energie und Zeit und ist in manchen Lebenssituationen schwieriger zu vereinbaren als in anderen und das unabhängig vom Geschlecht. Ich kenne dies persönlich nur zu gut. Allerdings hat es bei uns eine Stellvertretungsregelung zu Hause gebraucht, damit Maurice und ich, beide gemeinsam an Stadtratsitzungen teilnehmen können, da unsere beiden Söhne mit 4 und 2 Jahren doch noch zu jung sind, um allein zu Hause zu bleiben. Wir haben eine gute Lösung gefunden und hoffen, dass sie weiter funktionieren wird. Dennoch bleibt ein Stadtratsmandat insbesondere für alleinerziehende Eltern eine grosse Herausforderung, obwohl genau ihre Stimmen dem politischen Prozess guttun würden. Die vorgeschlagene Stellvertretungsregelung im Stadtrat erscheint uns ein guter Weg, um den Konflikt zwischen persönlicher Verwirklichung und wirken im politischen Amt sowie den berechtigten Anspruch der Wähler*innen auf kontinuierliche Repräsentation zu lösen. Wir stimmen allen Anträgen der SBK und FIKO zu. Die Anträge der AL dagegen sind aus unserer Sicht etwas sachfremd und auch zu kurzfristig eingetroffen, um seriös geprüft zu werden und wir werden sie deshalb ablehnen. Wir möchten bei der Stellvertretungsregelung, insbesondere 2 Punkte positiv hervorheben. Aus liberaler Sicht unterstützen wir, dass keine Begründung für eine Stellvertretung genannt werden muss. Der Grund für eine Stellvertretung sei es Mutterschutz, Krankheit, aber auch Trauer oder einfach die Chancen in Ausbildung oder Beruf, ist immer sehr persönlich. Sich in einer solchen Situation rechtfertigen oder beweisen zu müssen, ist ein unnötiger Eingriff in die Privatsphäre. Auch soll diese Regelung mit einem Vorschussvertrauen umgesetzt werden und nicht vorbeugend für eventuelle Missbräuche, Mehraufwand bei der Verwaltung generieren. Wir freuen uns, dass der Vorschlag der GLP, dass sich ein Stadratsmitglied pro Legislatur während maximal 12 Monaten vertreten lassen darf, umgesetzt wurde. Dies verspricht maximale Flexibilität und minimalen administrativen Aufwand, zumal Ersatz aus der bestehenden Wahlliste genutzt wird. Nach all dem Lob noch 2 kritischere Bemerkungen: Ich habe es heute Morgen nachgeschaut. 1972 sind die ersten 10 Frauen in den Stadtrat gezogen und heute genau 52 Jahre später, diskutieren wir eine Lösung zur Stellvertretung, die nicht nur Frauen betrifft, aber die Frauen insbesondere betrifft. Besser spät als nie, aber dennoch der Aufruf weiter an kreativen Lösungen in diesem wichtigen Bereich zu arbeiten. Ein weiterer Punkt ist, dass die nationale Regelung des Erwerbsersatzgesetzes nicht vereinbar ist mit der Stellvertretungsregelung, das heisst wenn jemand nach der Geburt des Kindes am Stadtrat teilnehmen will und auf eine Stellvertretung verzichten möchte, dann verliert sie den Anspruch auf Erwerbsentschädigung. Wir bedauern dies, aber dafür muss national eine andere Lösung gefunden werden. Auf städtischer Ebene sehen wir derzeit keinen besseren Weg als die Stellvertretungsregelung. Merci für ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Danke, Natalie. Dann hat das Wort Barbara Keller für die SP-JUSO.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Die Mitglieder des Stadtrates sollen sich künftig bei längerfristigen Verhinderungen, das heisst mindestens 3 und höchstens 6 Monate, vertreten lassen können. Das Ziel der neuen Regelung ist, die Vereinbarkeit eines Parlamentsmandat mit Familie und Beruf zu verbessern. Viele von uns sind gefordert, Berufsleben, Familie, Politik und vielleicht noch ein anderes Engagement unter einen Hut zu bringen. Unser Stadtratsmandat bindet viel Zeit und Ressourcen, was eine enorme Herausforderung sein kann. Das kann dazu führen, dass man gesundheitlich, beruflich oder aus privaten Gründen ausfällt. Heute ist es so, dass eine Person, die zum Beispiel

ein Kind bekommt, nicht ersetzt wird und eine Vakanz entsteht. So fehlen auch heute mehrere Leute, weil sie eben im Mutterschaftsurlaub sind. Andernfalls würden diese Personen ihre Mutterschaftsentschädigung heute noch, automatisch verlieren. Man wird quasi vor die Wahl gestellt, will man seine Fraktion durch eine Abwesenheit schwächen, weil man eben mehrere Monate ausfällt, oder will man die Politik ganz aufgeben und aus dem Stadtrat zurücktreten. Die SP-JUSO-Fraktion spricht sich ganz klar für die Stellvertretungsregelung und somit für die vorliegende Vorlage aus. Wenn ein gewählter Stadtrat oder eine gewählte Stadträtin für längere Zeit verhindert ist, infolge Mutterschaft, Krankheit oder sonstigen privaten oder beruflichen Gründen, muss es doch eine Möglichkeit geben, sich vertreten zu lassen. Damit können wir die Politik in der Stadt Bern ein bisschen zugänglicher und auch inklusiver gestalten.

Ich komme jetzt zu den Anträgen: Wir werden alle SBK-Anträge, ausser Antrag 19 – zu dem komme ich dann nachher noch einmal –, annehmen. Bei den übrigen Anträgen geht es um sprachliche Anpassungen, bei denen es darum geht, den Sprachleitfaden der Stadt Bern umzusetzen. Es geht darum, Begriffe richtig zu gendern, um Aktualisierungen und Vereinfachungen. All diese Anträge können wir annehmen. Jetzt komme ich zum Antrag 19 der SBK. In der Vorlage des Gemeinderates ist vorgesehen, dass die stellvertretenden Stadtratsmitglieder nicht Einsitz im Büro oder in den Kommissionen des Stadtrates nehmen können. Der SBK-Antrag will diese Regelung aufweichen und schlägt vor, dass die Vertretung in Sachkommissionen möglich sein soll. Hier folgt die SP-JUSO-Fraktion dem Gemeinderat. Für die Stellvertretungen in den Sachkommissionen haben wir bereits Stellvertreter gewählt. Aus unserer Sicht macht es keinen Sinn, diese Vertretungen hier noch einmal zu übersteuern. In den Kommissionen ist es wichtig, dass eine gewisse Kontinuität vorhanden ist, damit sich die Leute wirklich vertieft mit den Themen befassen können. Zu den FIKO-Anträgen: Diese behandeln angesammelte Änderungen zum Thema Organisation und Finanzen. Hier werden wir ebenfalls alle Anträge annehmen, ausser Antrag 6. Wir haben den in der Fraktion lange und ausführlich diskutiert. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir es sinnvoll finden, wenn Nachkredite immer durch den Stadtrat kommen. Somit werden das Parlament und auch die Öffentlichkeit transparent über die Nachkredite informiert. Für uns ist es doch wichtig, dass es eine gewisse Rechenschaftspflicht gibt, wenn es eben zu einem Nachkredit kommt. Ein weiterer Punkt ist, dass wir die Kommissionssitzungen nicht in der Fraktion vorbesprechen, Stadtratssitzungen, aber so schon. Uns scheint es wichtig, dass die Meinungsbildung bei Nachkrediten in der Fraktion möglich ist, auch wenn man nicht in einer Kommission sitzt.

Ich komme jetzt noch zu den Anträgen der AL-PdA: Wir wollen den Antrag 9 annehmen. Hier geht es darum, die Richtlinienmotion als Instrument abzuschaffen. Richtlinienmotionen betreffen den Kompetenzbereich der Exekutive und sind deshalb gegenüber richtigen Motionen für den Gemeinderat nicht bindend. Das heisst, wird eine Richtlinienmotion erheblich erklärt, liegt es im Ermessen des Gemeinderates, ob er irgendetwas macht oder nichts. Aus unserer Sicht, spricht aber nichts dagegen, dieses Instrument zu streichen, weil ein Postulat eigentlich als Prüfauftrag genau das gleiche auslösen soll, wie eine Richtlinienmotion. Hier gibt es zudem den Vorteil, dass der Prüfungsbericht angenommen oder abgelehnt werden kann, und das gibt es eben bei der Richtlinienmotion nicht. Wir sind dafür die Kompetenzen des Stadtrates zu stärken und nehmen deshalb den Antrag an. Zu Antrag 11 der AL/PdA: Es ist kein Geheimnis, dass die SP-JUSO-Fraktion befürwortet, den Gemeinderat von 5 auf 7 Mitglieder zu vergrössern. Einzelne Direktionen sind sehr umfangreich geworden und erfüllen eine Anzahl von wichtigen Aufgaben, die kaum unter einer Direktion zu vereinbaren sind. Wir haben den Willen für die Vergrösserung des Gemeinderates auch bereits ausgedrückt, indem wir

eine Planungserklärung formuliert haben. Da hat aber der Gemeinderat bisher nichts gemacht. Wir haben auch nichts mehr gehört, was das Anliegen betrifft. Deshalb werden wir in den nächsten Wochen eine Motion einreichen, die den Gemeinderat auffordert, eine entsprechende Vorlage vorzulegen. Die Frage jetzt aber auch noch in dieser Revision zu behandeln, wo die Einheit der Materie – wie ihr von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern bereits gehört habt –, angezweifelt wird, erscheint uns nicht sinnvoll. Wir möchten die Frage der Grösse des Gemeinderates separat diskutieren können. Wir haben auch das Gefühl, dass es wahrscheinlich sogar eine Vernehmlassung brauchen wird. Wir werden den Antrag deshalb heute ablehnen, was nicht heisst, dass wir nicht für 7 Gemeinderät*innen sind. Aber heute konzentrieren wir uns auf die wichtige Vorlage der Stellvertretungsregelung, und den Erfolg der Vorlage heute hoffentlich zuhänden der Stimmbevölkerung zu verabschieden.

Präsidentin: Merci, Barbara. Als nächste kommt Franziska Geiser für die GB/JA!-Fraktion.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Die Fraktion GB/JA! ist froh, dass das Stellvertretungsreglement jetzt ausgearbeitet ist und hoffentlich bald in Kraft tritt. Vereinbarkeit ist ein Thema, das wahrscheinlich für alle von uns etwas Schwieriges ist. Die meisten von uns haben Berufe, haben Kinder, engagieren sich in Vereinen oder Verbänden, haben zu tun mit älteren Freund*innen, Nachbar*innen. Vereinbarkeit ist aber nicht nur für uns aus persönlichen Gründen wichtig, es geht bei diesem Thema auch um eine demokratie-politische Frage. Wer kann überhaupt ein politisches Mandat übernehmen? An welchen gesellschaftlichen, politischen, sozialen Bedingungen ist das Privileg politisch Einfluss zu nehmen geknüpft? Das Stellvertretungsreglement ist in Bezug auf diese Frage sicher kein Wundermittel. Unser Parlament bleibt eine ziemlich ausschliessende Institution. Grundsätzlich natürlich für alle Menschen ohne Schweizer Bürger*innenrechte, aber auch für Armutsbetroffene, für Menschen mit Behinderungen, für alleinerziehenden Eltern ist die Hürde, in einem Parlament mitzuarbeiten hoch. Jetzt gegen Ende der Legislatur wird die Vereinbarkeit vor allem wieder in Bezug auf die hohe Fluktuation diskutiert. Natürlich ist die fehlende Vereinbarkeit nicht der einzige Rücktrittsgrund, aber es sind trotzdem einige, die genau aus diesem Grund zurückgetreten sind. Und ja, die Mutterschaft muss kein Grund für einen Rücktritt sein, sie ist es aber halt doch häufig. Wir hoffen, dass das Stellvertretungsreglement die Mütter und Eltern dazu motiviert, einen Mutter- oder Elternschaftsurlaub zu beziehen und im Rat zu bleiben. Wir finden es aber auch gut, dass das Reglement offen ist in Bezug auf die Gründe einer Stellvertretung. Ein Stadtratsmandat wird so auch besser mit beruflichem Engagement und Weiterbildungen vereinbar sein. Es gibt natürlich auch traurige Gründe, die eine Stellvertretung nötig machen könnten. Eine Krankheit oder die Pflege von kranken Angehörigen oder Freund*innen. Wir sind sehr zufrieden damit, wie das Stellvertretungsreglement jetzt ausgestaltet wurde. Die Mindestdauer ist zwar höher als in der Motion von 2020 gefordert, 3 Monate als Mindestdauer ergeben aber Sinn. Bei 2 Monaten müsste sich die vertretende Person für ziemlich wenige Sitzungen einarbeiten, je nachdem, wenn noch Ferien in diesen 2 Monaten liegen. Gut finden wir auch, dass sich ein Ratsmitglied auch mehrmals pro Legislatur vertreten lassen kann. Kinder zum Beispiel können ja auch mehrmals pro Legislatur auf die Welt kommen. Auch gut finden wir, dass diese Stellvertretungen analog zum Nachrücken in den Stadtrat ausgestaltet sind. Die Chance besteht so, dass die stellvertretende Person selber einmal Ratsmitglied wird, das heisst im besten Fall kann eine Stellvertretung gleichzeitig auch eine Einführung in die spätere Ratsarbeit sein. Auch sinnvoll finden wir, dass die Fraktion,

die keine Ersatzleute mehr auf ihrer Liste hat, nachnominieren können. Das kann vor allem für kleinere Fraktionen entscheidend sein. Auch der Mechanismus, dass die Stellvertretungsdauer nur dem vertretenen Ratsmitglied an die Amtsdauer anzurechnen ist, gibt Sinn. Diese Stellvertretung findet auch während der Amtszeit des Ratsmitglieds statt.

Wir hoffen, dass die Umsetzung jetzt zügig voran geht, und dass das Stellvertretungsreglement sehr bald in Kraft tritt. Der SBK-Antrag, der fordert, dass Stellvertreterinnen und Stellvertreter in den Fachkommissionen Einsitz nehmen können, lehnen wir ab. Barbara Keller hat es schon gesagt, es gibt ja für die Fachkommissionen ein Stellvertretungssystem, deswegen ist es nicht nötig, das wie doppelt zu machen. Auch den Antrag der Mitte lehnen wir ab. Wir finden es sinnvoll, dass auch ein Stellvertreter nachnominiert werden kann. Wie ich schon gesagt habe, kann das für kleine Parteien entscheidend sein. Wir lehnen alle SBK-Anträge ab und wir lehnen auch alle FIKO-Anträge ab. Inhaltlich sind wir mit all diesen Anträgen einverstanden. Bei der Diskussion in der Fraktion sind uns aber Unstimmigkeiten aufgefallen. Ohne vertiefte Suche, sondern einfach so beim darüber schauen, haben wir gesehen, dass zum Beispiel die genderneutrale Umformulierung manchmal vermerkt ist, manchmal halt auch nicht. Deshalb möchten wir lieber den Weg einschlagen, die ganze Gemeindeordnung (GO) auch redaktionell zu überarbeiten, und zwar so sorgfältig, dass die Arbeit nachher wieder für ein paar Jahre erledigt ist. Wir wollen vor allem verhindern, dass die Abstimmung um das Stellvertretungsreglement verzögert wird. Auch die AL/PdA-Anträge lehnen wir ab. Die Fraktion GB/JA! hat selber schon gefordert, dass diese Richtlinienmotion abgeschafft wird. Das geht halt wegen übergeordnetem Recht nicht. Dass der Gemeinderat wieder auf 7 Personen erweitert wird, finden wir auch gut. Wir finden es aber demokratie-politisch ein wenig eigenartig, wenn eine solche Forderung einfach in eine Reglementsänderung gepackt wird, die ein ganz anderes Thema beinhaltet. Da braucht wahrscheinlich schon noch so ein bisschen eine breitere Diskussion. Auch den neuen Antrag der AL/PdA lehnen wir ab, denn wir hatten keine Zeit mehr, darüber zu sprechen. Das heisst, wir nehmen das Stellvertretungsreglement an. Wir lehnen alle Anträge ab und hoffen, dass es so bald in Kraft treten kann.

Präsidentin: Danke, Franziska. Dann kommt Raffael Joggi, für die AL-PdA-Fraktion.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Die AL/PdA-Fraktion begrüsst die Stellvertretungsregelung, so wie sie jetzt gekommen ist. Es ist eine lange Forderung von uns mit der Motion im 2016, die wir im April damals eingereicht haben. Dann hat man einen ersten Wurf gewagt. Der wird jetzt von Einzelnen ein bisschen als unvollständig charakterisiert. Es ist immerhin schon eine Weile alt und es ist tatsächlich auch in unserem Sinn, wie das Projekt gediehen ist, und wir sind sehr zufrieden mit der Ausgestaltung, wie das jetzt kommt. Es ist uns eigentlich auch sehr wichtig, dass es nun zügig und ohne Umschweife umgesetzt wird. Ich glaube, etwas, was wir gegenüber Einigen im Rat nicht so eng sehen, ist, das mit der möglichen Verzögerung durch eine Stimmrechtsbeschwerde oder durch etwas, was eigentlich immer passieren kann. Auch wenn wir uns heute nicht entschliessen können, das in einer ersten Lesung zu verabschieden, gehen wir davon aus, dass sich das nachher um 3 bis maximal 6 Monate verzögern würde. Wir glauben eigentlich jetzt schon, dass es sportlich wäre, wenn es am 1. Januar so kommen würde, dass es überhaupt noch reichen würde, selbst wenn wir es heute verabschieden würden. Gerade die Anträge, die da zum Teil drin sind, da kann man sich darüber streiten, das sind längst nicht alle vielleicht gleich wichtig oder vielleicht teils

ein bisschen zu weit gegriffen sind, aber es hat durchaus jetzt gerade von der Kommission Anträge, wo wir finden, dass jetzt die Gelegenheit ist, in einer GO-Teilrevision die zu machen. Stellt euch vor, wir würden wieder 8 Jahre warten für eine GO-Teilrevision oder 5 Jahren oder 3 Jahren auch, es ist einfach tatsächlich wohl eine Notwendigkeit, dass man die GO immer mal wieder updatet, dass man die revidiert, und das sehen wir als Fraktion eigentlich als essenziell an.

Wie auch immer, wir haben eigentlich 3 Themen, auf die hier auch schon viel darauf eingegangen worden ist. Wir haben 3 Anträge eigentlich oder Antragsgruppen. Ich fange mit dem am wenigsten kontroversesten an, das nehme ich einmal an, gemäss den Voten, die wir jetzt gehört haben und das ist der kurzfristigste gewesen. Noch einmal Entschuldigung, dass der so kurzfristig gekommen ist. Ich gehe jetzt da nicht mehr gross auf die Details ein. Für uns als kleine Partei ist es sicher sehr zu begrüßen, wenn wir uns nicht nur einmal für eine Stellvertretung entscheiden können und diese ausschliessen, sodass wir nachher nie mehr für die Legislatur eine Stellvertretung annehmen können. Der Antrag, wie wir ihn stellen, würde heissen, man wird jedes Mal immer wieder neu gefragt. Das würde auch ein bisschen dem Antrag der Mitte zum Teil zumindest ein bisschen Entgegenkommen mit ihrer Befürchtung, was heissen würde, dass zumindest in Bezug auf Stellvertretungen nicht so schnell müssten Nachmeldungen gemacht werden. Ja, ihr wisst, was ich meine. Genau, ich würde dazu nicht mehr vielmehr sagen. Nachher, sicher schon ein bisschen kontroverser, ist der mit der Richtlinienmotion zu streichen. Da gibt es einiges zu sagen. Jetzt gerade einmal zu meiner Vorrednerin, also im Gegensatz zu dem Antrag, der das GB gestellt hat vor 5 Jahren, ist es nicht so, dass jetzt jede Motion plötzlich eine echte Motion sein soll. Das wäre tatsächlich das Zerschneiden der Gewaltenteilung. Das geht so natürlich nicht. Was wir wollen, ist, dass nur noch echte Motionen, Motionen sind. Und wenn man jetzt nach vorne zu Tom Berger geht beispielsweise, zum Vizepräsidenten, und dann in diesem Moment eine klassische Richtlinienmotion einreicht, dann würde es dort eigentlich heissen, nach einer schnellen Prüfung – und das kann man schnell prüfen –, das ist nämlich ein formales Kriterium: "Hey, wandle es in ein Postulat um." Das ist nämlich ein Postulat oder man schreibt es um. Und jetzt komme ich zum Kernpunkt dieses Problems mit dieser Richtlinienmotion. Wir können uns schon, wie Marcel sagt, eigentlich selber etwas zurücknehmen, aber es ist aus dem Votum selbst heraus noch nicht ganz klar geworden, was formal das Kriterium eigentlich ist zu einer Richtlinienmotion. Wenn ihr eine Richtlinienmotion zu einer echten Motion machen wollt, müsst ihr einfach das Sätzchen hinschreiben vor den Punkten, dass ihr fordert, dass eine rechtliche Grundlage geschaffen werden soll und nicht etwa, dass eine Massnahme ergriffen werden soll oder es soll über 300'000 Franken ausgegeben werden für eine Massnahme zu finanzieren, dann wird es eine echte Motion. Also ich behaupte einmal, dass ich in mehr oder weniger 30 Sekunden weiss, ob es eine echte Motion sein wird oder eine Richtlinienmotion. Ich glaube nicht, dass es ein politischer Entscheid ist. Ich glaube jetzt auch nicht, dass sich der Gemeinderat hier sukzessive mehr Spielraum bei der Interpretation, ob das eine Richtlinienmotion ist, gibt. Es ist tatsächlich ein formelles Kriterium und die Tatsache, dass das hier im Rat scheinbar noch nicht alle wissen und auch heute Abend vielleicht noch etwas Neues gerade vorher gelernt haben, ist eigentlich schon Grund genug, die Richtlinienmotion zu beerdigen, denn es ist einfach eine Unsicherheit da. Die Leute verstehen nicht, wie sie eine echte Motion machen können zum Teil. Und in jedem Fall, ist einfach eine Richtlinienmotion ein schlechteres Postulat, weil ein Postulat könnt ihr wenigstens noch zurückweisen. Eine Richtlinienmotion ist ein Begründungsbericht und der landet im "Dungeon" des Erlacherhofs und vermodert dort bis am Ende seiner Tage je nachdem. Der Gemeinderat muss bei einer Planungserklärung

wenigstens noch sagen, dass er sie nicht macht. Bei einer Richtlinienmotion können wir reden. Es ist medienwirksam, hier sozusagen durchdiskutiert worden – Stichwort Ratseffizienz –, aber es ist nicht klar, ob überhaupt irgendetwas, irgendwann gemacht wird. Das ist im völligen Ermessen des Gemeinderates. Und wenn wir dem Gemeinderat etwas nahelegen wollen, dass er das macht, dann ist das Postulat, das geeignete Instrument. Wir müssen uns nicht 2 analoge Instrumente leisten, wenn wir sie nicht differenzieren können. Also ich bitte euch, es wäre wirklich eine clevere Lösung, die Richtlinienmotion zu streichen. Ich glaube, der Rat wird wirksamer, wir werden das Postulat auch aufwerten. Es ist nämlich nicht automatisch immer nur ein Bericht, ein Postulat. Es ist durchaus eine Massnahme zu prüfen in dem Moment. Und ich glaube, dass wenn man heutzutage eine Massnahme geprüft haben will, dann muss eine Motion vor dran stehen, sonst springt auch der Gemeinderat nicht mehr an, weil man sonst eine Richtlinienmotion gemacht hätte. Sie sehen, es ist diffus und es wird hin und her geschoben. Aus meiner Sicht spricht nichts dagegen, wenn wir ein Postulat und eine echte Motion haben und nichts zwischendrin. Merci zu dem.

Merci zu dem, der kontroverseste ist sicher die Gemeinderatsmitgliederzahl auf 7 Mitglieder zu erhöhen. Es ist ganz klar für uns und aus dem vorher Gesagten, Punkto Stellvertreterreglement eigentlich auch ersichtlich, dass wir das natürlich nur wollen, wenn das redaktionell in der Abstimmungsbotschaft getrennt ist. Das ist sonnenklar, dass das nicht zusammengehört und das soll sicher nicht das Projekt dieser GO-Teilrevision, mit diesen redaktionellen Sachen, der Stellvertretungssachen und allenfalls der Richtlinienmotion behindern, denn das ist eine Entscheidung, im Gegensatz zu der anderen Sache, von Tragweite. Wenn wir das heute Abend nicht machen, das sehe auch ich, dann kann man es in einem gründlicheren Vernehmlassungsprozess machen. Wir sind davon ausgegangen, dass der Rat hier grossmehrheitlich dafür ist, den Gemeinderat auf 7 Mitgliedern aufzustocken. Wir finden, man kann das redaktionell so trennen, 2 Abstimmungsfragen daraus machen und darum haben wir das hier eingebracht. Wird das nicht angenommen, ist es nicht schlimm. Man kann eine parlamentarische Initiative daraus machen. In dem Sinn, und wir freuen uns, wenn ihr die Streichung annehmt, damit man mehrmals Stellvertretung machen kann, wenn man sie abgelehnt hat. Wir freuen uns sehr, wenn ihr die Richtlinienmotion streicht und wenn ihr den Gemeinderat auf 7 erhöhen wollt, heute Abend umso besser. Merci vielmals.

Präsidentin: Merci, Raffael. Dann kommt Milena Daphinoff für die Mitte-Fraktion.

Milena Daphinoff (Mitte) für die Fraktion: Es freut mich ausserordentlich, dass mein letztes Votum hier eins ist, das mich eigentlich seit meinem aller ersten Stadtratsjahre begleitet, als ich schwanger geworden bin. Ich habe 2 Kinder bekommen in diesen letzten 8 Jahren und beide Male ist das Thema der Stellvertretung ein riesiges Thema gewesen, das ich mit unzähligen, mittlerweile teilweise oder mehrheitlich auch nicht mehr anwesenden Stadträtinnen und Stadträten diskutiert habe und mit dem Ratsbüro. Und am Schluss sind wir zu dem Vorstoss gekommen, wo jetzt heute zu dieser Überweisung geführt hat, zu dem grossmehrheitlich, Gott sei Dank, von uns allen hier im Rat unterstützten Vorstoss, wo rein von dieser Elternschaft weggekommen ist, hin zu einer Stellvertretungsregelung, wie wir sie heute haben. Weil wir anerkennen, heute im 2024, dass wenn wir die Vereinbarkeit nicht nur von Beruf und Familie, sondern von Politik, Familie und Beruf und von unserer Anwesenheit hier im Rat hochhalten möchten, dass essenziell ist, dass wir uns darüber unterhalten, wie man sich vertreten lassen kann und es ist schön zu sehen, dass da jetzt politisch Einheit herrscht auf allen Seiten.

In dem Sinn sind wir, ich glaube, in diesen 8 Jahren einen riesigen Schritt weitergekommen. Wir sind ja auch dahin weitergekommen, dass wir gemerkt haben, es geht nicht nur um Mütter, es geht auch um Väter, es geht um Krankheiten, es geht um potenzielle Unfälle, die passieren können. Es gibt ganz viele Gründe, warum jemand plötzlich ausfallen kann und man kann dann von einem Tag auf den anderen vor die Frage gestellt werden: "Ja, wer vertritt den Wählerwillen? Wer vertritt mich hier im Parlament? Wer drückt den Knopf und was hat das für einen Effekt auf den Rat?" Ergo begrüßen wir als Mitte-Fraktion enorm die heute gefundene Einigung. Diese Stellvertreterregelung variiert natürlich ein wenig vom Wortlaut, den wir in der Motion hatten. Das ist aber durchaus okay. Wir stehen weiterhin voll und ganz dahinter. Ursprünglich wäre es eine Absenz gewesen von 2 bis 4 Monaten. Jetzt hat man sich geeinigt auf 3 bis 6 Monate. Wir sind froh, dass es eine Mindestdauer hat. Wir sind froh, dass es eine maximale Dauer hat, dass es so nicht ein Jekami werden kann, sondern eine gewisse Ordnung hat. Jetzt haben wir heute zahlreiche Anträge, die noch vorliegen. Ich möchte relativ kurz werden und einfach grundsätzlich sagen, dass wir alle sprachlichen Änderungen, ob jetzt von der FIKO oder der SBK annehmen werden. Für uns ist das alles in Ordnung. Vielleicht zu den eigenen Anträgen ganz kurz: Wir haben einen Antrag eingereicht, der verhindern möchte, dass man einfach ganz beliebig Nachnominieren kann. Das hat der Grund dahingehend, dass wir doch möchten eine gewisse Spielregelung auch da aufrechterhalten. Es gehen Leute auf eine Liste, die sich nominieren, die möchten Stadtrat werden und in der Reihenfolge der Berücksichtigung, wie das wäre, wenn jemand aus dem Stadtrat zurücktritt, sollen auch diese angefragt werden. Ursprünglich im Motions-text haben wir eigentlich nur den ersten und den zweiten Listenplatz gewollt. Wir finden es durchaus okay, dass jeder auf dieser Liste angefragt werden darf. Vielleicht will der Erste oder der Zweite nicht oder wohnt nicht mehr in Bern oder was auch immer für Gründe es gibt. Aber wir haben jetzt doch 1-2 spezielle Fälle kürzlich gehabt, die demokratische Fragen aufgeworfen haben und wir finden es nicht okay, wenn dann die Liste fertig ist, dass man dann einfach ad Infinitum und in völliger Willkür oder was auch immer, von der Partei kann Nachnominieren. Denn dann haben wir dann plötzlich Fälle, dass eine Partei findet, verzichtet doch alle und dann können wir den, aus dem und dem Grund 2 Monate in den Rat schicken. Das wäre wiederum schon ein bisschen demokratisch heikel, und diese Situation wollen wir nicht. Also bleiben wir doch ganz konkret bei der Liste und gehen der Reihe nach für Stellvertretungen und da gebe ich meinen Kollegen der AL-PdA Recht, dann ist es durchaus auch im Sinn, dass man sagen kann, vielleicht zweimal oder vielleicht hat man das im ersten Jahr nicht können, aber dann im dritten Jahr kann man. Lieber so, als dass eine Partei dann einfach sagen kann: "Ja, nein, unsere Liste kann jetzt gerade nicht" und wir nominieren irgendjemanden nach. Aus diesem Grund werden wir den Antrag der AL/PdA unterstützen und bitten um Unterstützung für unseren eigenen.

Wir möchten aber heute Abend – es geht jetzt natürlich um die Gemeindeordnung –, wir möchten auch, dass man nicht zu viel vermischt. Gerade in Bezug auf die Richtlinienmotion haben wir sehr viele Sympathien für dieses Anliegen. Wir haben aber auch grosse Bedenken, dass man plötzlich Dinge torpedieren könnte, wie die Stellvertretungsregelung, wenn man das jetzt noch hineinnimmt. Insofern sind wir dort nicht geschlossen. Meine Kollegin, Sibyl Eigenmann wird dazu noch ein separates Votum halten. Ja, wir möchten da nicht allzu viel vermischen und aus dem Grund, ist auch der Antrag von 5 auf 7 Gemeinderatsmitglieder zu erhöhen jetzt für uns heute am Abend kein Thema. Aber ich danke allen herzlich, in allen Fraktionen, die dazu beigetragen haben, dass wir heute diese Stellvertretungsregelung hoffentlich so in Kraft setzen lassen können. Auch wenn es eine zweite Lesung braucht, dann braucht es halt die Zweite.

Es wäre aber schön, wenn wir es heute verabschieden könnten, denn es sind schon 8 Jahre vergangen und es wäre schön, wenn es nicht noch weitere 8 bräuchte. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Merci vielmals, Milena. Dann kommt Sibyl Eigenmann ebenfalls für die Mitte-Fraktion. Okay, gibt es noch weitere Fraktionsvoten? Dann sind wir bei den Einzelvoten. Sibyl Eigenmann.

Sibyl Eigenmann (Mitte), Einzelvotum: Ich möchte noch schnell ein Einzelvotum halten zum ganzen Reglement und auch noch ein bisschen den Mahnfinger aufheben. Während der ganzen Diskussion ist mir etwas ein bisschen vergessen gegangen, nämlich Parlamentarierin oder Parlamentarier zu sein, ist kein Selbstzweck. Man möchte das eigentlich nicht um sich zu verwirklichen, sondern man ist Volksvertreterin oder Volksvertreter, als man gewählt wurde. Man ist von den Wählerinnen und Wählern in den Rat gewählt worden, um die Meinung und die Positionierungen der Wählerinnen und Wählern hier im Rahmen von einer Fraktion im Stadtrat so einzubringen. Wenn man diesen Gedanken zu Ende führt, dann haben eigentlich Sabbaticals, Weltreisen und Auslandsemester keinen Platz mehr, während dieser Zeit wo man Volksvertreterin oder Volksvertreter ist. Es bedeutet nämlich nichts anderes, dass man die Prioritäten des Wählers und der Wählerin weniger wichtiger legt. Man wurde zwar demokratisch gewählt, man hat einen Aufwand betrieben, ist einmal in den Rat hineingesessen, aber irgendwann hat man wie gefunden, ich habe jetzt eigentlich lieber etwas anderes vor. Ich möchte jetzt lieber ein bisschen eine Auszeit nehmen und ich rede jetzt da nicht von Mutterschaft oder von Krankheiten, das ist unbestritten, da sind wir uns alle einig. Ich möchte einfach den Mahnfinger erheben, dass es nicht ein bisschen ein Jekami wird, sondern, dass man sich bewusst ist, welches Privileg, dass wir haben und wen wir eigentlich da vertreten, eben nicht sich selber, nicht seine Hobbys und nicht eben, dass es gerade einmal Spass machen kann, dabei zu sein, sondern dass man den Wählerwillen vertritt. Insofern, in dem in dem Sinne, auch unser Antrag, dass man eben doch noch irgendwo so ein bisschen den demokratischen Willen weiterhin abbilden, wenn man eine Stellvertretung im Rat ernannt und dann auf der Wahlliste bleibt und nicht einfach irgendjemand, der gerade zufälligerweise auch noch passen könnte in diesen 3 bis 6 Monaten nominiert. Danke vielmals, dass sie im Sinne der Qualität und der Glaubwürdigkeit des Stadtrates unseren Antrag diesbezüglich annehmen.

Dann möchte ich noch ein Votum halten zum Antrag der AL-PdA zu der Richtlinienmotion. Ich finde es super, ich habe es zuerst falsch verstanden, aber ich bin auch froh um das Votum von Raffael Joggi. Es ist etwas extrem wichtiges eigentlich. Die Frage ist, ob es jetzt heute Abend Platz hat oder ob es in diesem Geschäft hinein Platz hat. Ich bin sofort bereit, mit dir noch einen Vorstoss zu unterschreiben, nachzureichen mit dem gleichen Inhalt, denn ich finde wirklich, dass wir hier drin viel zu viele Richtlinienmotionen haben, und man versteht den Unterschied auch nicht. Und schlussendlich ist nachher der Gemeinderat schuld, wenn er sagt, es sei eine Richtlinienmotion, nein, das ist er nicht. Es ist einfach so, es ist eigentlich wie ein Instrument, das zu viel ist. Raffael Joggi hat es sehr schön erläutert. Ich hoffe, ihr habt zugehört. Es ist nämlich wirklich so, dass das Postulat für so etwas da ist, wo wir eigentlich keine Kompetenz haben, und es ist in der Vergangenheit immer wieder vorgekommen, sehr oft, dass wir da etwas als Richtlinienmotion durchgewunken haben und die Medien haben das nachher aufgenommen als Schlagzeilen: "Der Stadtrat will... Der Gemeinderat will..." und das ist einfach nicht wahr. Wenn wir eine Richtlinienmotion hier durchwinken, heisst das einfach

noch gar nichts und dann müssen die Medien auch nicht mehr so reisserische Schlagzeilen verfassen, wie das man jetzt den Kapitalismus überwinden oder wir schaffen den oder den ab. Denn es liegt immer noch in der Kompetenz des Gemeinderates und das kann wirklich für Verwirrung sorgen und insofern bin ich da voll Feuer und Flamme, folgen aber meiner Fraktion heute Abend, dass wir das nicht in diesem Rahmen behandeln wollen. Merci vielmals.

Präsidentin: Merci, Sibyl. Dann gibt es weitere Einzelvoten? Alex Feuz.

Alexander Feuz (SVP) Einzelvotum: Nur ganz kurz als Einzelsprecher. Marcel Wüthrich hat mich aufmerksam gemacht auf gewisse Bestimmungen, die ich wirklich grammatikalisch grauenhaft schlecht finde. Wir werden dort auch sagen, die sollte man nicht reinnehmen. Ihr erinnert euch, ich habe – schon etwa vor mehreren Wochen oder Monaten – immer gesagt, die textliche Gleichstellung ist ein Blödsinn. Wir haben das immer abgelehnt. Der Fluch der blöden Tat, die Texte sind praktisch nicht mehr lesbar. Ich möchte das hier noch präzisieren, ihr hättet damals gescheiter unserem Antrag zugestimmt, dann hätten wir diese Probleme jetzt nicht. Aber ich sage euch auch klar, ich gehe davon aus, dass das relativ chancenlos ist und deswegen werde ich trotzdem keine Beschwerde einreichen, wenn die Stadt plötzlich das Gefühl hat, das sei der Grund. Ich finde es nach wie vor einen Blödsinn. Ich hoffe, wir werden eine Mehrheit finden, damit wir das auch in eine etwas lesbare Form haben können. Der zweite Punkt: Ich möchte hier auch Sibyl Eigenmann unterstützen, dass bei der Problematik der Richtlinienmotion. Ich habe nie eine Menge Motionen durchgebracht, aber eine habe ich durchgebracht mit Mario Imhof zusammen, sogar zweimal. Nämlich die Neuengass-Passage, dass man die wieder zudecken soll. Sie ist immer durchgekommen. Der Gemeinderat hat sich darum foutiert und es ist wirklich, wie Raffael Joggi gesagt hat – diese Formulierung gefällt mir –, im Dungeon des Erlacherhofs schlummert sie jetzt und vermodert. Darum bieten wir Hand, wie auch immer die Lösungen sind. Ich habe das schon im ersten Votum gesagt. Danke.

Präsidentin: Merci, Alex. Dann hat jetzt für den Gemeinderat Alec von Graffenried das Wort.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Merci für die Debatte. Ich glaube, ich habe aus dieser Debatte heraus verstanden, was eigentlich auch keine Überraschung ist, dass ihr die Stellvertretungsregelung wollt. Stimmt das? Ihr wollt die Stellvertretungsregelung, und wenn ich es auch richtig verstanden habe, sagt ihr: "Ihr wollt die Stellvertretungsregelung rasch." Stimmt das so? Wir sind eigentlich gut unterwegs gewesen. Klar, es ist bei der Motion ein bisschen sehr lange gegangen. Die Motionen aus dem Jahr 2016 und aus dem Jahr 2020 sind halt, leider Gottes, erst vor 2 Jahren überwiesen worden. Aber vor 2 Jahren sind die Motionen überwiesen worden und nachher hat man eigentlich ein sauberes Verfahren durchgeführt. Man hat ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt. Alle Parteien haben der Vorlage zugestimmt. Man hat eine sehr saubere Vorlage ausgearbeitet. Man hat nachher eine Vorprüfung durchgeführt beim AGR und man hat nachher die Vorlage euch vorlegen können und es ist eine sehr gute Vorlage. Es ist möglich, Raffael Joggi hat gesagt zügig und ohne Umschweife, dass ihr die Stellvertretungsregelung zügig und ohne Umschweife haben könnt, aber dann dürft ihr nachher nicht diese Vorlage noch mit irgendwelchen anderen Sachen anreichern. Wir haben eine Abstimmungsbotschaft, wir haben eine Vorprüfung vom AGR. Es ist alles bereit, wir können die Abstimmung ansetzen auf den September und wir können

die Stellvertretungsregelung auf die neue Legislatur hin in Kraft setzen. Das wäre eine saubere Sache, aber wegen sprachlichen Anpassungen und wegen weiteren Anpassungen verzettelt und verzögert ihr das Verfahren und es wird länger gehen. Andere Städte überholen uns, Burgdorf und Thun überholen uns mit der Stellvertretungsregelung und die Stadt Bern, weil wir es jetzt ein bisschen kompliziert machen, wird die Vorlage herauszögert und also frühestens im nächsten März werden wir darüber abstimmen können und dann ist das Inkrafttreten vielleicht Ende 2025 möglich, anstatt dass man es sauber auf den 1. Januar in Kraft setzen könnte. Es geht nicht um Herrn Bucheli, und es geht nicht um den Wetterbericht. Vielmehr ist es Martin Buchli, ein guter Jurist und er wurde gefragt: "Ist die Einheit der Materie verletzt oder ist die Einheit der Materie nicht verletzt?" Er hätte sich dazu geäußert, wenn ihr ihn gefragt hättet, was ihr machen sollt, damit es möglichst rasch geht. Er hätte gesagt: "Beschränkt euch auf die Stellvertretungsregelung." Bringt die Stellvertretungsregelung als Vorlage, lasst darüber abstimmen und nachher habt ihr sie. Darum habe ich nicht verstanden, wie dringlich die anderen Anliegen sind, die ihr jetzt auch noch in die Vorlage hineingepackt habt. Genau, es geht nicht um ein Ratsreglement. Es geht nicht um eine Verordnung, es geht um unsere Gemeindeordnung. Und diese Gemeindeordnung ist unser Grundgesetz. Das ist unsere Gemeindeverfassung, wie die Bundesverfassung, wie die Kantonsverfassung, wie das deutsche Grundgesetz. Das ist unsere Gemeindeverfassung. Das ist das oberste Gesetz, das wir haben und bei diesem Gesetz lohnt es sich, besonders sorgfältig in der Gesetzgebung zu sein, um zu gewährleisten, dass es nicht widersprüchlich ist. Das ist einfach auch ein bisschen peinlich, wenn wir ausgerechnet in der Gemeindeordnung anfangen zu "pfudern" und in redaktionellen Übungen mit Anträgen, die irgendwann am Nachmittag eingereicht worden sind, und wir dann probieren, unser Grundgesetz, unsere Gemeindeverfassung anzupassen. Wir haben dafür ein sauberes Verfahren. Wir haben auch das saubere Verfahren durchgespielt für die Stellvertretungsregelung. Wir haben es aber nicht für den ganzen Rest durchgespielt und das ist einfach nicht seriös. Das muss ich euch sagen, das ist nicht seriös, das ist nicht seriöse Gesetzgebungsarbeit und ihr seid auch verpflichtet. Mit eurer Wahl habt ihr euch verpflichtet, dass ihr auch sorgfältig legiferiert und nicht unsorgfältig arbeitet. Also wenn der Stadtrat heute Anträge annimmt, die nicht Bestandteil der ursprünglichen Regelung sind oder sich nicht auf die Stellvertretung beschränken, dann wird der Gemeinderat noch einmal dazu Stellung nehmen können und dann finden wir, dass ihr eine zweite Lesung durchführen solltet. Das würde natürlich das Verfahren noch einmal verzögern. Aber je nachdem, wie ihr die Anträge annehmt, werden ihr sowieso noch eine zweite Lesung machen müssen oder zumindest die Abstimmungsbotschaft noch einmal beraten müssen. Ich sage auch etwas zu den einzelnen Anträgen. Es wurde tatsächlich die Büchse der Pandora geöffnet mit diesen Anträgen. Es sind teilweise tatsächlich nur kleine Anträge, aber ihr seht ja jetzt, was alles daherkommt bei diesen Anträgen. Vielleicht zur Richtlinienmotion: Man kann die Richtlinienmotion gerne haben oder nicht, aber es ist wichtig, dass man sie versteht. Wie richtig gesagt wurde, ist es nicht kompliziert, und Sie können diese Richtlinienmotion schon abschaffen. Es gibt andere Parlamente, die das haben, dort sind es unechte Motionen, die unzulässig sind, aber es gibt einfach einen neuen Konflikt hier drin und das ist der Konflikt mit eurem Vizepräsidium. Ihr wisst haargenau, wie viel diskutiert wird, schon nur wegen kleinen Anfragen. Es ist leichthin zu sagen, ja, dann werden sie einfach nicht entgegengenommen vom Vizepräsidium, also viel Vergnügen damit. Er hat zwar keine persönliche Erklärung abgegeben, aber ich finde, fragt einmal alle Ratspräsidien, die vorher auch einmal Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten waren, ob sie das eine spannende Aufgabe für ein Rats-Vizepräsidium finden würden, den Ratsmitgliedern zu

erklären: "Sorry, das ist eine unechte Motion. Diese können wir leider nicht als Motion entgegennehmen." Ich finde, das ist eine Herkulesaufgabe und seid vorsichtig, ob ihr so eine Herkulesaufgabe dem Rats-Vizepräsidium anlasten wollt. Hier stellt sich hingegen schon auch wieder die Frage der Einheit der Materie. Oder die Einheit der Materie ist sehr leicht zu beantworten. Wenn über eine Vorlage abgestimmt wird, wird dann nachher noch über die Stellvertretungsregelung abgestimmt oder es wird dann eben über eine Frage wie die Richtlinienmotion oder noch schlimmer, es wird dann über die Frage 7 statt 5 Gemeinderäte abgestimmt. Wenn ihr 7 statt 5 hineinschreiben würdet, also ich kann euch schwören, dann wird nur über 7 statt 5 geredet und es wird nicht über die Stellvertretungsregelung geredet. Es wird wohl auch nicht mehr über die Richtlinien gesprochen, wenn sie auch noch drin wäre. Aber es wird nur noch über 7 statt 5 gesprochen. 7 statt 5 ist eine von den politisch sehr stark kontrovers diskutierten Fragen, die hier anstehen. Der Gemeinderat ist bereit, euch eine Vorlage zu 7 statt 5 vorzulegen, aber wir würden diese vorbereiten. Wir würden auch eine saubere Übergangsbestimmung dafür vorsehen, die jetzt fehlt. Es ist einfach, ich muss es sagen, nicht eine sorgfältige Arbeit, die hier vorgelegt wird für unsere Gemeindeverfassung.

Wir würden das sorgfältig vorbereiten, wir würden eine Vorlage vorlegen, die umsetzbar ist, wo man ja oder nein sagen kann und über die man auch eine Diskussion führen kann. Ich finde das unwürdig, wenn jetzt einfach die 7 statt 5-Frage hier in einem Nebensatz erledigt werden soll. Das ist auch unwürdig, denn wir wollen die Frage wirklich seriös diskutieren und es ist auch wichtig, dass wir sie seriös diskutieren. Wir werden sie seriös diskutieren. Wir haben gesagt, wenn die Fusion mit Ostermundigen gekommen wäre, hätten wir die Vorlage gemacht, jetzt ist die Fusion nicht gekommen. Es ist jetzt wie die Grundlage weg. Wenn der Vorstoss kommt, bereitet den Vorstoss vor, macht einen breiten Vorstoss und schaut dafür, dass er früh traktandiert wird. Dann kommt eine solche Vorlage. Der Gemeinderat ist mit Sicherheit bereit. Wir haben nicht darüber geredet, aber ich glaube – schaue hier nach hinten, Marieke nickt –, der Gemeinderat ist bereit, so eine Vorlage einzubringen. Gut, dann habt ihr noch so Elemente drin. Ich weiss ja nicht, ob sie angenommen werden, die Anträge. Der Antrag 15 der FIKO mit den abweichenden Ausgaben-Zuständigkeiten: Wir sagen, der ist unzulässig. Das AGR wird uns den herausstreichen, wir werden den in die Vorprüfung geben. Das AGR wird sagen: "Oh, sorry, den könnt ihr nicht bringen." Wir werden wieder zurückkommen. Also es gibt einfach eine Verzögerung ohne Ende. Macht es doch so, wie es angedacht gewesen ist, macht ein rasches Verfahren, dass wir die Stellvertretungsregelung haben. Der SBK-Antrag oder der Antrag der Mitte, das sind Anträge, bei denen man dafür oder dagegen sein kann. Das ist eure Stellvertretungsregelung. Ich finde wichtig, dass ihr euch dazu äussert. Zu diesen Anträgen könnt ihr entscheiden, verzichtet aber darauf, die Vorlage mit anderen Themen zu beladen und zu belasten. Ihr werdet sie dadurch einfach nur verzögern und das ist natürlich schade. Wenn ihr die Stellvertretungsregelung rasch wollt, auf die nächste Legislatur, dann lehnt ihr alle anderen Anträge ab, die nicht das Stellvertretungssystem betreffen. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Danke, Alec. Raffael, ich habe das Gefühl, er hat inhaltlich Bezug genommen und dich nicht persönlich angesprochen. Darum geht das leider nicht. Wir kommen zu den Abstimmungen. Wir haben viele Anträge. Einfach, dass ihr das schon wisst, der Antrag, der heute eingegangen ist von der AL-PdA, der wird nach dem Antrag 18 drankommen. Ich werde es noch einmal sagen. Ich werde auch nicht bei jedem Antrag ein Stichwort sagen. Ich habe es vorher durchgeschaut, es macht einfach keinen Sinn, wenn ich einzelne Wörter sage. Sondern nehmt doch alle die Antragsliste hervor – ab Seite 3 –, und wir gehen jetzt hier jeden Antrag durch. Und wir werden auch über jeden

Artikel und Absatz abstimmen. Einen Moment schnell. Gut, wir stimmen ab. Wir fangen an bei dem SBK-Antrag, Nummer 1.

Antrag

1 SBK:

Art. 5 Gleichstellung von Frau und Mann **der Geschlechter**

¹ Die Stadt fördert, insbesondere als Arbeitgeberin, die tatsächliche Gleichstellung ~~von Frau und Mann~~ **der Geschlechter**. ² Sie setzt sich für eine angemessene Vertretung beider **der** Geschlechter in den städtischen Behörden ein.

Abstimmung Nr. 011

2020.SR.000233: Antrag 1

Annahme

Ja 53

Nein 18

Enthalten 1

Präsidentin: Ich kann schon verkünden, dass der Antrag angenommen ist. Dann kommen wir zum SBK-Antrag Nummer 2.

Antrag

2 SBK:

Art. 8 Umweltschutz

¹⁻³ [unverändert]

⁴ Kosten aus der Belastung der Umwelt sind in der Regel nach dem Verursacher**nden**-prinzip zu tragen.

Abstimmung Nr. 012

2020.SR.000233: Antrag 2

Annahme

Ja 36

Nein 34

Enthalten 2

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Dann stimmen wir ab über Artikel 41 Absatz 1 und 2.

Abstimmung Nr. 013

2020.SR.000233: Artikel 41, Absatz 1 und 2

Annahme

Ja 72

Nein 0

Enthalten 0

Präsidentin: Ihr habt den Artikel einstimmig angenommen. Wir stimmen ab über den Artikel 42.

Abstimmung Nr. 014

2020.SR.000233: Artikel 42

Annahme

Ja	71
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt auch den Artikel einstimmig angenommen. Wir stimmen ab über den Antrag der SBK, Nummer 3.

Antrag

3 SBK:

Art. 44 ~~Ratssekretariat~~ **Parlamentsdienste**

¹ Dem Stadtrat ~~steht~~ **stehen** zur Erfüllung seiner Aufgaben ~~die~~ ein ~~Ratssekretariat~~ **Parlamentsdienste** zur Verfügung.

² Der Stadtrat umschreibt die Aufgaben ~~des Ratssekretariat~~ **der Parlamentsdienste** im Geschäftsreglement.

³ ~~Das Ratssekretariat~~ **Die Parlamentsdienste** ~~ist~~ **sind** in der Erfüllung ~~seiner~~ **ihrer** Aufgaben nur dem Stadtrat verantwortlich.

Abstimmung Nr. 015

2020.SR.000233: Antrag 3

Annahme

Ja	56
Nein	13
Enthalten	1

Präsidentin: Dieser Artikel ist angenommen. Wir sind beim Antrag Nummer 4 der FIKO und der SBK.

Antrag

4 FIKO und SBK:

3. Abschnitt: Zuständigkeiten

Art. 47 Wahlen

¹ Der Stadtrat wählt:

a. [unverändert];

b. ~~die Ombudsperson und ihre Vertretung~~ **die Leitungen der verwaltungsunabhängigen Dienststellen;**

c. [unverändert];

d. [unverändert];

e. ~~die Ratssekretärin oder den Ratssekretär~~ **[aufgehoben].**

² [unverändert]

Art. 95 Geschäfte der Stimmberechtigten und des Stadtrats¹ Der Gemeinderat bereitet die Geschäfte der Stimmberechtigten und des Stadtrats vor und stellt Antrag. Ausgenommen sind:

a. Wahl des ~~Ratsbüros~~ **Büros des Stadtrats**, der Kommissionen des Stadtrats, ~~des Ratssekretariats sowie~~ **der Leitungen der verwaltungsunabhängigen Dienststellen.**

b. [unverändert];

c. [unverändert].

² [unverändert]

Abstimmung Nr. 016

2020.SR.000233: Antrag 4

Annahme

Ja	57
Nein	14
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den angenommen. Wir sind bei Antrag Nummer 5 der SBK.

Antrag

5 SBK:

Art. 49 Geschäftsreglement

¹ Der Stadtrat gibt sich in endgültiger Zuständigkeit ein Geschäftsreglement.

² Dieses regelt namentlich die Bildung von Fraktionen, das **Büro des Stadtrats** ~~Ratsbüro~~, die Kommissionen, ~~das Ratssekretariat~~ **die Parlamentsdienste**, die Fristen für die Behandlung parlamentarischer Vorstösse durch den Gemeinderat, **die Finanz- und die Nachkreditskompetenzen sowie die Zuständigkeit für die Erstellung des Entwurfs des Jahresberichts, des Budgets und des Aufgaben- und Finanzplans der Dienststelle Stadtrat** und die Sitzungsgelder sowie die Entschädigungen.

Abstimmung Nr. 017

2020.SR.000233: Antrag 5

Annahme

Ja	59
Nein	13
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den angenommen. Wir sind bei Antrag Nummer 6 FIKO.

Antrag

6 FIKO:

Art. 52 Nachkredite

¹ Der Stadtrat **oder eine seiner Kommissionen** beschliesst Nachkredite zu Hauptkrediten,

a. die von ihm oder von den Stimmberechtigten beschlossen wurden;

b. die vom Gemeinderat beschlossen wurden, falls die Nachkredite zusammen mit dem Hauptkredit einen Betrag ergeben, der die Zuständigkeit des Gemeinderats übersteigt.

² Der Stadtrat **oder eine seiner Kommissionen** beschliesst Nachkredite von mehr als 200 000 Franken zu Globalkrediten der Dienststellen **des Gemeinderats**.

Abstimmung Nr. 018

2020.SR.000233: Antrag 6

Ablehnung	
Ja	34
Nein	37
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt das abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 7 FIKO.

Antrag

7 FIKO:

(neu) ³ Über Nachkredite der verwaltungsunabhängigen Dienststellen und des Stadtrats beschliesst bis 50 000 Franken das gemäss jeweiligem Reglement zuständige Organ. Darüber hinaus gehende Nachkredite sind dem Stadtrat vorzulegen.

Abstimmung Nr. 019

2020.SR.000233: Antrag 7	
Annahme	
Ja	59
Nein	13
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den angenommen. Wir stimmen ab über Antrag Nummer 8, auch von der FIKO.

Antrag

8 FIKO:

Art. 54 Budget

¹ Der Stadtrat verabschiedet zuhanden der Stimmberechtigten jährlich das Budget. Dieses enthält einen Globalkredit je Dienststelle.

² Er berät den Aufgaben- und Finanzplan (AFP). Dieser enthält insbesondere:

- a. die strategischen Eckwerte der Finanzplanung;
- b. die finanzielle Planung des Gemeinderats;
- c. die Planungen der Direktionen und Dienststellen;
- d. die übergeordneten Ziele je Dienststelle;
- e. die Planungen der Sonderrechnungen.

³ [unverändert]

⁴ ~~Der Gemeinderat kann für einzelne Dienststellen auf übergeordnete Ziele verzichten, wenn er dafür über keinen oder wenig Entscheidungsspielraum verfügt.~~

Abstimmung Nr. 020

2020.SR.000233: Antrag 8	
Annahme	
Ja	58
Nein	13
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir sind bei Antrag Nummer 9 der AL/PdA.

Antrag

9 AL/PdA:

Art. 59 Motion

Die Motion beauftragt den Gemeinderat, dem Stadtrat den Entwurf zu einem Reglement oder Beschluss des Stadtrats oder der Stimmberechtigten zu unterbreiten oder eine andere Massnahme im Zuständigkeitsbereich des Stadtrats zu treffen. ~~Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt der Motion der Charakter einer Richtlinie zu.~~

Abstimmung Nr. 021

2020.SR.000233: Antrag 9

Ablehnung

Ja	22
Nein	42
Enthalten	5

Präsidentin: Ihr habt den abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 10 der SBK.

Antrag

10 SBK:

Art. 83 Gemeinderat und Stadtverwaltung

¹⁻² [unverändert]

³ Der Gemeinderat hat das Recht, an den Befragungen teilzunehmen und Ergänzungsfragen zu stellen. Er kann sich durch einen **Rechtsbeistandvertretung** vertreten lassen.

⁴ Der Gemeinderat oder seine **Rechtsbeistandvertretung** kann Einsicht nehmen in Gutachten, Berichte und Einvernahmeprotokolle der Untersuchungskommission.

⁵ Die Teilnahme an den Befragungen und die Akteneinsicht können dem Gemeinderat und seinem **Rechtsbeistandvertretung** vorübergehend verweigert werden, wenn dies im Interesse der Untersuchung unerlässlich ist. Auf so erhobene Beweismittel kann nur abgestellt werden, wenn der wesentliche Inhalt dem Gemeinderat eröffnet wird und er sich dazu äussern und Beweismittel nennen konnte.

⁶ [unverändert]

Abstimmung Nr. 022

2020.SR.000233: Antrag 10

Annahme

Ja	53
Nein	19
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den angenommen. Wir sind bei Antrag Nummer 11 der AL/PdA.

Antrag

11 AL/PdA:

Art. 87 Zusammensetzung

Dem Gemeinderat gehören mit dem Stadtpräsidenten oder der Stadtpräsidentin ~~fünf~~ **sieben** Mitglieder an.

Abstimmung Nr. 023

2020.SR.000233: Antrag 11

Ablehnung

Ja	14
Nein	55
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt den abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 12 der FIKO.

Antrag

12 FIKO:

Art. 94a Budget

¹ Der Gemeinderat erarbeitet den Budgetentwurf **für seine Dienststellen. Er nimmt darin die Budgetentwürfe der verwaltungsunabhängigen Dienststellen und der Dienststelle Stadtrat auf.**

^{1bis} Er bezeichnet die Dienststellen und weist diesen eine oder mehrere Produktgruppen zu.

² Er stellt sicher, dass die Leistungen **seiner Dienststellen** in Bezug auf Menge, Qualität und Wirkung den beschlossenen Vorgaben entsprechen.

³ Er setzt die dafür erforderlichen Führungsinstrumente ein und sorgt dafür, dass die Verwaltung die wesentlichen Daten über Leistung, Qualität und Kosten erfasst.

Abstimmung Nr. 024

2020.SR.000233: Antrag 12

Annahme

Ja	58
Nein	13
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Dann sind wir bei Antrag Nummer 13 der SBK.

Antrag

13 SBK:

Art. 100 Rechtsetzung

¹ [unverändert]

² Der Gemeinderat regelt in Verordnungen folgende Sachgebiete:

- a. Organisation der Stadtverwaltung;
- b. Erhebung von Entgelten für nicht hoheitliche Leistungen wie die Überlassung von Räumen, Material und immateriellen Gütern sowie für Dienstleistungen;
- c. Betrieb und Benützung städtischer Einrichtungen wie Heime, ~~Krippen~~ **Kindertagesstätten**, Schulen und Bauten, Strassen, Erholungs-, Freizeit- und Sportanlagen, unter Vorbehalt der Gebühren;

³⁻⁶ [unverändert]

Abstimmung Nr. 025

2020.SR.000233: Antrag 13

Annahme

Ja	58
Nein	13
Enthalten	0

Präsidentin: Den Antrag habt ihr angenommen. Wir sind bei Antrag Nummer 14 der FIKO.

Antrag

14 FIKO:

Art. 101a Jahresbericht

¹ Der Gemeinderat erstellt den Jahresbericht.

² Dieser besteht aus:

- a. dem Geschäftsbericht des Gemeinderats;
- b. der Berichterstattung zur Entwicklung der Aufgaben und Leistungen;
- c. der Jahresrechnung;
- d. der Berichterstattung über ~~seine~~ die Direktionen und Dienststellen sowie der Sonderrechnungen;
- e. **der Berichterstattung der verwaltungsunabhängigen Dienststellen.**

³ Die Jahresrechnung richtet sich nach dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell der Kantone und Gemeinden (HRM2).

Abstimmung Nr. 026

2020.SR.000233: Antrag 14

Annahme

Ja	59
Nein	13
Enthalten	0

Präsidentin: Den Antrag habt ihr angenommen. Wir sind bei Antrag Nummer 15 der FIKO.

Antrag

15 FIKO:

Art. 102 Ausgaben

¹ Der Gemeinderat beschliesst neue Ausgaben bis zur Höhe von 300 000 Franken. ~~Vorbehalten bleiben abweichende Vorschriften in anderen Reglementen der Stimmberechtigten.~~

² Unabhängig von der Höhe der Ausgaben beschliesst der Gemeinderat alle gebundenen und alle ihnen gleichgestellten Ausgaben (Artikel 141). Solche Ausgabenbeschlüsse bringt er dem Stadtrat zur Kenntnis, sofern sie als neue Ausgaben ihrer Höhe nach in dessen Zuständigkeit gefallen wären.

³ Der Gemeinderat beschliesst:

- a. Nachkredite zu den von ihm beschlossenen Hauptkrediten, soweit die Summe aller Kredite seine Zuständigkeit nicht übersteigt (Art. 52 Abs. 1 Bst. b);

b. Nachkredite zu Globalkrediten der Dienststellen bis zum Betrag von 200 000 Franken.

⁴ **Den Absätzen 1 bis 3 vorbehalten bleiben abweichende Vorschriften in anderen Reglementen der Stimmberechtigten, dem Geschäftsreglement des Stadtrats und den Reglementen der verwaltungsunabhängigen Dienststellen.**

Abstimmung Nr. 027

2020.SR.000233: Antrag 15

Annahme

Ja	52
Nein	14
Enthalten	6

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir sind bei Antrag Nummer 16 der SBK.

Antrag

16 SBK:

Art. 122

¹ Die Stadtkanzlei:

a. [unverändert]

b. wirkt bei der Rechtsetzung mit und besorgt die Veröffentlichung von Erlassen, soweit dazu nicht ~~das Ratssekretariat des Stadtrats~~ **die Parlamentsdienste** zuständig ~~ist~~ **sind**;

c. ist Stabsstelle des Gemeinderats und Verbindungsstelle ~~zum Ratssekretariat des Stadtrats~~ **zu den Parlamentsdiensten**;

d. [unverändert]

e. [unverändert]

f. [unverändert]

²⁻³ [unverändert]

Abstimmung Nr. 028

2020.SR.000233: Antrag 16

Annahme

Ja	59
Nein	13
Enthalten	0

Präsidentin: Den habt ihr angenommen. Wir sind bei Antrag Nummer 17 der SBK.

Antrag

17 SBK:

Art. 135 Führung des Finanzhaushalts

¹ Der Finanzhaushalt ist wirtschaftlich, konjunktur- und verursacher**nd**engerecht zu führen.

² [unverändert]

Abstimmung Nr. 029

2020.SR.000233: Antrag 17

Annahme

Ja	39
Nein	31
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Jetzt stimmen wir ab über Artikel 53a, Absatz 1 und 2.

Abstimmung Nr. 030

2020.SR.000233: Artikel 53a Absatz 1 und 2

Annahme

Ja	72
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Absatz und den Artikel angenommen. Jetzt machen wir eine Gegenüberstellung, die nicht auf unserer Liste ist, aber das ist nach dem neuen Reglement so, dass wir Anträge, den bisherigen oder der mit einem Artikel konkurrieren oder besser gesagt mit dem Vorschlag des Gemeinderates konkurriert, wir gegenüberstellen, das heisst, wenn ihr die linke Spalte des Gemeinderates wollt, dann drückt ihr Grün und wenn ihr den Mitte-Antrag Nummer 18 wollt, drückt ihr Rot, wenn ihr enthaltet Weiss.

Antrag

Antrag 18 Mitte:

³ Die Bestimmung der Stellvertretung erfolgt nach den Grundsätzen über das Nachrücken gemäss Artikel 53 Absätze 1 und 5. Sind auf einer Liste keine Ersatzleute vorhanden oder ist ihre Zahl erschöpft, kommt das Nachmeldeverfahren nach Artikel 52 Absätze 1 und 2 zur Anwendung.

Abstimmung Nr. 031

2020.SR.000233: Antrag Gemeinderat vs. Antrag 18 Mitte

Annahme

Ja	40
Nein	30
Enthalten	2

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der Antrag des Gemeinderates. Wir stimmen über den Antrag des Gemeinderates ab.

Abstimmung Nr. 032

2020.SR.000233: Antrag Gemeinderat

Annahme

Ja	72
Nein	0

Enthalten	0
-----------	---

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir stimmen ab über Artikel 53a, Absatz 4.

Abstimmung Nr. 033

2020.SR.000233: Artikel 53a, Absatz 4	
Annahme	
Ja	71
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Den habt ihr einstimmig angenommen. Jetzt kommt die Tischvorlage der AL/PdA-Fraktion, die wir wieder dem Gemeinderat gegenüberstellen, das heisst, wer für den Vorschlag ist oder für den Artikel des Gemeinderates drückt Grün, wer für den Antrag der AL-PdA ist, drückt Rot. Wer sich enthält, drückt Weiss.

Antrag

Antrag AL/PdA:

Art. 53a

⁵ Der Verzicht auf die Wahrnehmung einer Stellvertretung ist definitiv. Er bedeutet nicht zugleich Verzicht auf das Nachrücken bei Ausscheiden eines Stadratsmitglieds

Abstimmung Nr. 034

2020.SR.000233: Antrag Gemeinderat vs. Antrag AL/PdA	
Annahme	
Ja	42
Nein	28
Enthalten	2

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der des Gemeinderates. Wir stimmen noch über den Antrag des Gemeinderates ab.

Abstimmung Nr. 035

2020.SR.000233: Antrag Gemeinderat Art. 53a, Abs. 5	
Annahme	
Ja	72
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag einstimmig angenommen. Wir kommen zur nächsten Gegenüberstellung, und zwar der Antrag des Gemeinderats. Das ist Absatz Nummer 6, da könnt ihr Grün drücken und zum Antrag der SBK, Nummer 19 könnt ihr Rot drücken, enthalten ist Weiss.

Antrag

Antrag 19 SBK:

Art. 53a

6 Stellvertretende Ratsmitglieder verfügen über die gleichen Rechte und Pflichten wie ordentliche Ratsmitglieder. Sie können jedoch nicht in die Aufsichtskommis-sionen, die parlamentarischen Untersuchungskommissionen sowie ins Büro des Stadtrats Einsitz nehmen.

Abstimmung Nr. 036

2020.SR.000233: Antrag Gemeinderat vs. Antrag 19 SBK

Annahme

Ja	51
Nein	20
Enthalten	1

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der Antrag des Gemeinderats. Wir stimmen über den obsiegenden Antrag ab.

Abstimmung Nr. 037

2020.SR.000233: Antrag Gemeinderat Artikel 53a, Abs. 6

Annahme

Ja	71
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag einstimmig angenommen. Wir stimmen als nächstes ab über Artikel 53a, Absatz 7.

Abstimmung Nr. 038

2020.SR.000233: Artikel 53a, Abs. 7

Annahme

Ja	70
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt auch den Antrag einstimmig angenommen. Jetzt kommen wir noch zu den 3 Anträgen der Abstimmungsbotschaft. Ich will euch darauf hinweisen, dass der erste Antrag hinfällig werden würde, sollten wir nachher auf die zweite Lesung verzichten. Einen Moment schnell, es wird ein Rückkommen auf den Antrag 9 gefordert. Gut, wir stimmen jetzt zuerst darüber ab, ob wir den Antrag annehmen und auf Antrag 9 zurückkommen wollen. Wenn eine Mehrheit zustimmt, dann stimmen wir noch einmal über den Antrag 9 ab.

Abstimmung Nr. 039

2020.SR.000233: Rückkommen auf Antrag 9

Annahme	
Ja	45
Nein	23
Enthalten	3

Präsidentin: Ihr habt dem Rückkommen zugestimmt, das heisst, wir stimmen noch einmal ab über den Antrag 9 der AL-PdA.

Abstimmung Nr. 040

2020.SR.000233: Antrag 9 AL/PdA	
Ablehnung	
Ja	30
Nein	40
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen jetzt zu den Anträgen zu der Abstimmungsbotschaft und stimmen ab über den Antrag Nummer 1, SBK und FIKO.

Antrag

1 SBK und FIKO:

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat zuhanden der zweiten Lesung eine entsprechend den gefällten Beschlüssen überarbeitete Abstimmungsbotschaft vorzulegen. Die Änderungen sind zu markieren.

Abstimmung Nr. 041

2020.SR.000233: Antrag 1	
Annahme	
Ja	58
Nein	7
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag Nummer 1 angenommen. Wir machen jetzt die Anträge zuerst fertig und nachher machen wir das Rückkommen. Wir stimmen ab über Antrag Nummer 2 der SBK.

Antrag

2 SBK:

Der Titel der Abstimmungsbotschaft ist wie folgt zu ändern:

«Teilrevision Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1) und Reglement vom 16. Mai 2004 über die politischen Rechte (RPR; SSSB 141.1)»

Abstimmung Nr. 042

2020.SR.000233: Antrag 2	
Annahme	
Ja	72
Nein	0

Enthalten	0
-----------	---

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir stimmen über Antrag Nummer 3 der AL-PdA ab.

Antrag

3 AL/PdA:

Eventualantrag zu Art. 87, Abstimmungsfrage in Abstimmungsbotschaft:

Die Abstimmungsbotschaft ist so zu verfassen, dass die Abstimmungsfrage bezüglich der Mitgliederzahl des Gemeinderats gesondert und damit unabhängig vom Rest der GO-Teilrevision beantwortet werden kann.

Abstimmung Nr. 043 (ungültig)

2020.SR.000233: Antrag 3

Ablehnung

Ja	2
Nein	57
Enthalten	2

Präsidentin: Genau, der ist hinfällig. Vielen Dank für den Hinweis. Dann muss ich das Resultat gar nicht verkünden, da es ungültig ist. Es wurde ein Rückkommensantrag eingebracht, wenn ich das richtig verstehe, zum Antrag der Tischvorlage. Wir stimmen darüber ab, ob wir dem Rückkommensantrag zustimmen wollen.

Abstimmung Nr. 044

2020.SR.000233: Rückkommensantrag Art. 53a Abs. 5 AL/PdA

Annahme

Ja	50
Nein	20
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt dem Rückkommensantrag zugestimmt. Wir stimmen in dem Fall nochmal über den Antrag der AL/PdA ab, der uns als Tischvorlage vorliegt

Abstimmung Nr. 045 (ungültig)

2020.SR.000233: Antrag AL/PdA Artikel 53a, Abs. 5

Annahme

Ja	41
Nein	23
Enthalten	5

Präsidentin: Ich finde jetzt gerade schnell heraus, ob wir das nochmal hätten gegenüberstellen müssen. Jetzt können wir uns alle noch einmal beruhigen. Es ist nicht so schlimm. Wir machen das jetzt einfach noch einmal. Und zwar werden wir jetzt noch einmal den Antrag der AL/PdA dem Antrag des Gemeinderats gegenüberstellen. Wer für den Antrag des Gemeinderats ist, drückt Grün. Wer für den Antrag der AL/PdA ist,

drückt Rot. Und wer sich enthält, drückt Weiss. Ist das klar so weit. Nein, das ist die Tischvorlage. Der Gemeinderat ist Grün, AL/PdA ist Rot.

Abstimmung Nr. 046

2020.SR.000233: Antrag Gemeinderat vs. Antrag AL/PdA

Ablehnung

Ja	22
Nein	49
Enthalten	1

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der Antrag, den wir als Tischvorlage von der AL/PdA haben und weil das jetzt der obsiegende Antrag ist, stimmen wir jetzt noch einmal über den Antrag ab.

Abstimmung Nr. 047

2020.SR.000233: Antrag AL/PdA

Annahme

Ja	60
Nein	9
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Dann stellt sich die Frage – ich habe es aus den Voten herausgehört –, ob man eventuell auf die zweite Lesung verzichten will. Wollt ihr darüber abstimmen? Wenn 2/3 dafür sind, würde man auf die zweite Lesung verzichten. Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung Nr. 048

2020.SR.000233: Verzicht auf 2. Lesung

2/3 Quorum nicht erreicht

Ja	42
Nein	27
Enthalten	2

Präsidentin: Das sind nicht 2/3, das heisst, wir verabschieden die Vorlage ohne Schlussabstimmung zur Vorbereitung der zweiten Lesung an die Kommission. Merci vielmals für eure Geduld bei dieser Abstimmungskaskade.

2023.PRD.0038

7 Data Excellence - Datenmanagement für den Service Public; Investitionskredit

Präsidentin: Wir sind jetzt bei Traktandum Nummer 7 und ich erteile der Kommission das Wort. Für die SBK, Nik Eugster und ich bitte euch trotzdem um Ruhe, weil ich nach wie vor gerne den Redner*innen zuhören will. Danke.

Nik Eugster (FDP) für die SBK: Es geht, um das Umziehen heute Abend. Umziehen, das ist zwar anstrengend, aber es ist etwas unglaublich Tolles, weil man aufräumen kann, ausmisten kann, sich überlegen kann, was neu wohin gelegt wird. Und genau das machen wir, wenn wir eine Wohnung von A nach B zügeln. Und genau das muss man jetzt auch machen, wenn man Daten von A nach B zügelt. Und in der Stadt Bern steht der wichtige Schritt an. Was momentan überall in der Privatwirtschaft passiert, nämlich dass die Daten von normalen Laufwerken in Cloud-Umgebungen mit Vernetzung migriert werden, passiert jetzt auch bei der Stadt Bern. Und für den Übergang zu regeln, für das steht eben das Projekt Data Excellence, um das es jetzt geht. Aber es ist eben nicht nur das, es ist noch viel mehr. Das Projekt Data Excellence, das baut auf das im Juli 2022 vom Stadtrat beschlossene Programm "neue digitale Zusammenarbeit" auf, aber auch auf die Cloud-Computing-Strategie und weitere Massnahmen. Die Stadt, die arbeitet heutzutage mit verschiedensten Systemen und Datenbanken – mehr als 500 Applikationen sind es –, und die Microsoft 365 Cloud ist dort im Einsatz, aber noch nicht konsequent. Und deshalb geht es jetzt darum, die grossen Datenbestände von den städtischen Laufwerken in die Microsoft 365 Cloud zu integrieren und dabei die Handhabung der Daten genau zu definieren. Wie im wirklichen Leben eben beim Zügeln festgelegt werden muss, wie die Daten gelagert werden und wie der ganze Datenlebenszyklus aussieht von der Entstehung bis zur Archivierung und bis zur Löschung. Data Excellence legt also die Basis für diesen wichtigen Schritt. Es gilt technische, organisatorische, fachliche, aber auch rechtliche Rahmenbedingungen zu setzen. Es geht nämlich auch darum, dass die Stadt Bern mit den Daten rechtskonform umgeht. Das Programm definiert die Datennutzungsstrategien, die Datenarchitektur, die Datenorganisation, die Datenmigration und konzipiert ein Führungcockpit zur Auswertung von Echtzeitdaten. Dazu kommt natürlich auch die Schulung der Mitarbeitenden. Und man will auch die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung in Bezug auf ihre Datenkompetenzen stärken, so dass sie eben mit Daten sorgfältig und Service orientiert umgehen können. Die Vorteile von Data Excellence liegen auf der Hand, sowohl verwaltungsintern als auch für uns Bernerinnen und Berner. Schauen wir das einmal verwaltungsintern an: Dank klarer und einheitlicher Ablagen soll das Zusammenarbeiten einfacher werden und für Dritte können – dank Data Excellence – Dienstleistungen schnell, wirtschaftlich und an ihren Bedürfnissen orientiert, erbracht werden. Das Projekt Data Excellence kostet zwar eine rechte Stange Geld, 1,4 Mio. Franken, aber es bringt auch Effizienzsteigerung und Kosteneinsparungen. Mit dem Wechsel in die Cloud können nämlich lokale Server abgestellt werden, Wartungskosten entfallen, es wird günstiger und moderne, grosse Cloud-Server sind auch bezüglich Energieverbrauch wesentlich effizienter. Also es braucht viel weniger Speicherplatz, weil man redundante Datenbanken aufheben will und statt mehrerer Systeme laufen zu lassen, die eigentlich das gleiche machen, will man integriert in Systeme arbeiten, wo eben Daten effizient verwaltet werden. Das also die interne Sicht und jetzt noch die Externen: Data Excellence soll auch einen direkten Nutzen für Bernerinnen und Berner haben. Dank dem Ausbau des digitalen Service Public soll die Bevölkerung und die Wirtschaft einfach und effizient von städtischen und anderen öffentlichen Dienstleistungen profitieren können. Diesbezüglich übrigens, auch noch spannend ist ein Exkurs zum Vortrag des Prinzips "once only". Wir müssen immer wieder so Formulare ausfüllen, sei es, wenn wir ihr einen Wohnungswechsel machen, irgendeine Parkkarte beantragen oder so, und überall müssen wir die gleichen Daten eingeben, die die Stadt eigentlich schon lange hat. Und mit dem Prinzip "once only" soll die Stadt ihre schon vorhandenen Daten nutzen, um für die Bevölkerung solche digitalen Prozesse einfacher zu machen und für das braucht es eben regelkonform überall regulatorische Prozesse, wo genau geschaut wird, welches System darf

denn auch welche Daten abgreifen, welche Daten an Drittsysteme übergeben und so weiter, dass das alles sicher ist. Also das Projekt Data Excellenz, das ist nicht nur ein Umziehen von Daten, wir Bürger*innen sollen davon auch profitieren können und gleichzeitig sollen unsere Daten optimal geschützt sein.

Meine Kolleg*innen der SBK und ich haben den Vortrag, der uns vorgelegt wurde, sehr aufschlussreich und durchdacht wahrgenommen. Es wurden klare Ziele und realistische Zeithorizonte definiert. Es geht eben darum, wie Daten für den digitalen Service Public bereitgestellt werden sollen, wie sichergestellt wird, dass die Datenorgane nur an einem Ort geführt werden und wie die Datenkompetenz der Mitarbeitenden gestärkt werden soll. Ihr habt den Vortrag selber bekommen und darum gehe ich nicht auf die Ziele im Detail ein, aber ich verweise auf die Seite 4, wo die alle aufgeführt werden, und ich muss sagen, es ist gut ausgearbeitet worden. In den folgenden Abschnitten wird erklärt, wie das Projekt in einzelne Teilprojekte aufgeteilt wird, und auch das ist meines Erachtens sinnvoll. Die Programmorganisation und die Programmsteuerung sind klar definiert und das Ganze wird von einer Begleitgruppe mit Expert*innen unterstützt. Die strategische Verantwortung des Programms Data Excellence liegt bei der digitalen Stadt Bern, und es sollen alle Direktionen einbezogen und so wirklich eine gesamt-städtische Lösung ausgearbeitet werden. Im Rahmen des Projekts gibt es auch einen engen Austausch mit Stadt, Kanton und Bund. In der Kommission ist noch die Frage aufgekommen, ob Microsoft 365 auch die richtige Lösung ist. Also wenn man das Bild des Wohnungsumzug nimmt, dann ist gefragt worden, ob man nicht lieber in eine lokale Wohnungsgenossenschaft als in ein Haus von einem amerikanischen Konzern will. Da ist eine gute Frage. Es ist uns aber erklärt worden, dass es um eben um 500 Fachapplikationen gehe, die im Einsatz sind. Es soll entschieden werden, was sich eben neu, wo befindet und das ist bei vielen Applikationen tatsächlich nach wie vor auf unseren lokalen Servern. Aber was die Bürokommunikation betrifft, dort hat sich der Gemeinderat schon vor längerer Zeit für die Cloud entschieden und was passiert, wenn man da eigene Lösungen machen will, das kennen wir ja von Base4Kids. Apropos, bei uns ist natürlich auch die Frage aufgekommen, ob man sich hier nicht wieder einmal überhebt. Also kann man die dateneierlegenden Wollmilchsau hinbringen? Reichen die 1,4 Mio. Franken wirklich, um diese Ziele zu erreichen? Und im Gespräch mit der Verwaltung – und dort Merci an Jonathan Gimmel für den aufschlussreichen Austausch – sind unsere Bedenken nicht zurückgewiesen worden. Nein, es ist wirklich explizit gesagt worden, es sei erst der Anfang von einem langen Prozess und man müsse damit rechnen, dass am Ende von diesem Projekt vielleicht auch noch andere Abteilungen noch irgendwie Sachen machen müssen, dass nicht alle Abteilungen gleich weit sind, aber es gehe vor allem im Moment darum, vor allem die Grundlagearbeit zu machen, damit der Wandel greifbar werde, hat es geheissen. Und ich finde die Ehrlichkeit, also die realistische Einschätzung, die hätten wir uns bei vielen anderen Projekten auch schon gewünscht. Sehr gerne schicke ich die Verwaltung auf die Reise und bin mir sehr bewusst, dass dieser Weg nicht ganz geradlinig sein kann, aber ich bin überzeugt, dass wir diesen Weg gehen müssen. Sowohl die Verwaltung als auch uns Bürger*innen wir das bald merkbar etwas bringen.

Für die Projektleitung und die Umsetzung wird vom Stadtrat ein Investitionskredit in der Höhe von 1,4 Mio. Franken beantragt. Momentan beantragt der Gemeinderat einen Projektierungskredit in Höhe von 150'000 Franken zulasten der Investitionsrechnung. Der Projektierungskredit ist Teil des Hauptkredites, also von diesen 1,4 Mio. und die Kommission empfiehlt ohne Gegenstimme ein Ja zu dem Geschäft.

Präsidentin: Merci vielmals, Nik. Gibt es hier Diskussionsbedarf? Dann ist das Geschäft bestritten? Dann habt ihr dem Antrag so zugestimmt.

2021.GR.000050

8 Sanierung Bernisches Historisches Museum; Beitrag Stadt Bern an Projektierungskredit

Präsidentin: Dann kommen wir zu Traktandum Nummer 8. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS, Laura Binz.

Laura Binz (SP) für die PVS: Zur Ausgangslage: Das Museumsgebäude ist 1894 als Sommerhaus gebaut worden und seither ist keine Gesamtsanierung vorgenommen worden. Man hat das Gebäude ursprünglich für 6'000 bis 15'000 Besuchende gebaut. Heute wird das Museum von zehnmal mehr Personen besucht. Die Trägerschaft des Berner Historischen Museums ist als Stiftung organisiert. Der Kanton, die Stadt sowie die Burgergemeinde fungieren als Stifterinnen, die sich je zu einem Drittel an den Kosten beteiligen. Bauherrin ist die Stiftung Berner Historisches Museum. Der Grosse Rat und die Burgergemeinde haben ihrem Anteil am Projektierungskredit bereits deutlich zugestimmt. Es fehlt also nur noch der Stadtratsbeschluss. Eine Gesamtsanierung des Berner Historischen Museums ist dringend notwendig. Die Reparaturkosten für die veraltete Gebäudetechnik nehmen zu und als Folge steigen auch die Personalkosten für den betrieblichen Unterhalt. Der Verbrauch an fossilen Energien ist sehr hoch, weil das Gebäude nicht isoliert ist und weil die alten Anlagen nur noch halbwegs funktionieren und an Effizienz verloren haben. Weitere Probleme sind die eingeschränkte Barrierefreiheit und Sicherheitsrisiken wegen fehlender Entfluchtung im Westflügel. Auch was die Ausstellungsflächen angeht, bestehen grosse Mängel. Die Dauerausstellungen sind zu einem grossen Teil veraltet. Für die Besuchenden ist die Orientierung schwierig und es gibt viele Sackgassen. Mit der Gesamtsanierung wird eine zeitgenössische Haustechnik installiert und das Gebäude hindernisfrei gestaltet. Durch die energetische Sanierung des Gebäudes und dem geplanten Einbau von Erdsondenheizungen kann das Sparpotenzial von 30 bis 50% realisiert werden. Zudem soll das Museum für die nächsten Generationen fit gemacht werden. Das Berner Historische Museum soll für die lokale Bevölkerung und für Besuchende im In- und Ausland attraktiv sein. Deshalb braucht es ein neues Museumskonzept. Mit grosser Flexibilität in der Nutzung der Räume für Dauer- und Wechsellausstellungen. 2023 ist eine Machbarkeitsstudie durchgeführt worden, in welcher ein Anbau im Westflügel als priorisierte Variante identifiziert worden ist. Das Siegerprojekt des Studienauftrags wurde diese Woche publiziert. Ihr habt es sicher in der Presse gesehen und das Siegerprojekt wird in der Projektierungsphase weiter ausgearbeitet.

Nach dem Stadtratsentscheid wird in der Projektierungsphase das Bauprojekt erarbeitet und die Sanierung ist ab 2027 geplant. Die Gesamtsanierung des Berner Historischen Museums ist unabhängig von den Plänen für das Museumsquartier, ist aber kompatibel mit allen Zielen des Museumsquartiers. Für die Realisierung der Gesamtsanierung wird von einem Kostendach von 85 Mio. Franken und für die Gestaltung der Museumsfläche von 35 Mio. Franken ausgegangen. Der Anteil der Stadt, von einem Drittel am Gesamten, wird sich auf ca. 40 Mio. belaufen. Heute entscheiden wir aber erst einmal über den Projektierungskredit. Für die anstehende Projektierungsphase übernimmt die Stadt einen Drittel oder soll die Stadt einen Drittel von den 8,55 Mio. Franken

übernehmen. Der bereits genehmigte Beitrag eingerechnet, wird vorliegend eine Erhöhung des Projektierungskredites um 2,5 Mio. Franken beantragt. In der PVS hat es Einigkeit gegeben, dass das Berner Historische Museum für die Stadt wichtig ist und saniert werden muss. Die Sanierung bringt grosse Verbesserungen, speziell auch in Bezug auf Energieverbrauch, aber auch im Hinblick auf Haustechnik, Dach- und Fensterkonstruktionen. Eine reine Gebäudesanierung reicht nicht. Eine Nichtsanierung ist nur mit einer Neukonzeption der Ausstellungsflächen sinnvoll. Der Anbau des Westflügels ist eine Chance für das Museum. Wir haben in der PVS lange über die energetische Sanierung des Museums diskutiert. Diese Erdsonde bieten den zusätzlichen Vorteil, dass sie im Sommer auch zur Kühlung des Museums eingesetzt werden können, zusätzlich zum Heizen im Winter. Die PVS beantragt dem Stadtrat einstimmig, dem Projektierungskredit zur Sanierung des Berner Historischen Museums zuzustimmen. Über diese Anträge haben wir in der PVS nicht abgestimmt.

Präsidentin: Danke vielmals, Laura. Gibt es Diskussionsbedarf? Abstimmen werden wir sowieso. Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Laura Binz (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion wird dem zustimmen.

Präsidentin: Merci vielmals, Laura. Gibt es weitere Fraktionsvoten? Gut, dann kommen wir schon direkt zu der Abstimmung. Wir haben 2 Anträge von der GB/JA!-Fraktion. Es sind Zusatzanträge. Wir stimmen gerade über diesen beiden ab. Beim ersten Antrag geht es um fossile Energieträger beim Heizen.

Antrag

Damit die Ziff. 2 des Gemeinderatsantrags mit diesen Punkten ergänzt wird

1 GB/JA

Der Stadtrat genehmigt den Kredit unter der Bedingung, dass mit der Sanierung des Bernischen Historischen Museums (BHM) neben der Steigerung der Energieeffizienz ebenfalls sichergestellt wird, dass keine fossile Energieträger beim Heizen verwendet werden.

2 GB/JA

Der Stadtrat genehmigt den Kredit unter der Bedingung, dass mit der Sanierung des Bernischen Historischen Museums (BHM) sichergestellt wird, dass PV-Anlagen auf allen geeigneten Dächern geprüft und wo möglich umgesetzt werden.

Abstimmung Nr. 049

2021.GR.000050: Antrag 1 GB/JA!

Annahme

Ja	33
Nein	20
Enthalten	4

Präsidentin: Ihr habt dem Antrag zugestimmt. Genau, das wird hoffentlich gleich gezeigt. Beim nächsten Antrag geht es um PV-Anlagen auf allen geeigneten Dächern und wir stimmen über den zweiten Antrag ab.

Abstimmung Nr. 050

2021.GR.000050: Antrag 2 GB/JA!

Annahme

Ja	34
Nein	21
Enthalten	5

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Und jetzt stimmen wir noch ab über den so bereinigten Antrag des Gemeinderates.

Abstimmung Nr. 051

2021.GR.000050: Antrag des Gemeinderates

Annahme

Ja	60
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt dem Projektierungskredit einstimmig zugestimmt.

2016.SR.000223

**9 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Rudolf Friedli, SVP):
Nachhaken zum Vorstoss „Umwegrendite der Reithalle“ von Michael
Burkhard: Wie hoch sind der Kollateralschaden und die negativen Fak-
toren?**

Präsidentin: Dann kommen wir zu den Vorstössen. Wir sind bei Traktandum Nummer 9, das ist eine Interpellation der SVP-Fraktion. Die Diskussion ist nicht gewünscht und deshalb haben sie das Wort für eine kurze Erklärung. Kann jemand bitte Alex Feuz anmelden? Merci.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich habe das letzte Mal versprochen, dass ich nicht zu allen Sachen eine Diskussion verlangen werde. Ich halte mein Wort. Einfach wegen dem Nachhacken wegen dieser Rendite: Ihr habt gesehen – das habe ich immer gesagt – die Reithalle hat gewaltige Kosten für die Stadt, für die Polizei, für die Anwesenden. Jetzt selber die eigenen Betriebe rentieren nicht mehr. Wieso? Wegen der Sicherheitssituation, weil es ein rechtsfreier Unort ist, der nichts macht. Ich habe zu diesem Thema Vorstösse eingereicht. Die Gespräche haben meines Erachtens nichts gebracht in der Legislaturperiode. Es ist immer schlimmer geworden. Das sind die Konsequenzen. Ich halte an meiner Auffassung fest, dass es immer viel schlimmer ist und die Reithalle alles in den Dreck wirft, und auch die Besucher immer weniger dort verkehren. Merci.

Präsidentin: Nicht zufrieden ist der Zufriedenheitsgrad.

2017.SR.000118

10 Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP) - übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Wochenberichte Kantonspolizei zu den Ereignissen Reithalle vom 15.6.2015 bis 16.1.2017

Präsidentin: Dann kommen wir zu Traktandum Nummer 10. Es ist wieder eine Interpellation der SVP, wo keine Diskussion gewünscht ist. Ich erteile noch einmal das Wort für eine kurze Erklärung. Kann bitte noch einmal jemand Alex anmelden. Einen Moment noch, Alex.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich halte mich auch hier kurz. Es sind wieder alte Vorfälle. Mir geht es einfach darum zu Evozieren. Wir haben immer Probleme gehabt. Wir hatten Vorfälle, wo man vom Dach runter Steine geworfen hat, und da muss mir doch niemand sagen, wenn man solche Vorfälle hat, dass die Betreiber der Reithalle das nicht gewusst haben. Ich sage auch, dass es für mich völlig unverständlich ist, dass man auch bei den letzten Auseinandersetzungen die Leute wieder in die Reithalle hineinliess, dass sie sich verstecken können. Der Stadtpräsident spricht von guter Diskussionskultur und von offenen Gesprächen. Die Leitungen sind offen. Wir haben jetzt dort detaillierte Vorstösse eingereicht. Ich werde auch bei der Kantonspolizei nachhaken was effektiv gewesen ist. Rechtzeitig vor den Wahlen werden die Antworten vorliegen, Merci.

Präsidentin: Merci vielmals, Alex. Zufriedenheitsgrad? Nicht zufrieden.

2019.SR.000347

11 Interpellation Thomas Glauser (SVP), Alexander Feuz (SVP): Sicherheitskonzept in der Reithalle endlich durchsetzen!

Präsidentin: Zur nächsten Interpellation ist die Diskussion gewünscht. Das ist Traktandum Nummer 11. Wenn 1/3 zustimmt, dann ist die Diskussion gewährt und wir stimmen darüber ab, ob wir diskutieren.

Abstimmung Nr. 052

2019.SR.000347

1/3-Quorum nicht erreicht

Ja	12
Nein	47
Enthalten	1

Präsidentin: Die Diskussion ist nicht gewährt. Ich erteile Alex Feuz das Wort für eine kurze Erklärung. Einen Moment, gut.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich bedaure, dass ihr nicht darüber diskutieren wollt. Wir haben diskutiert an der letzten Stadtratssitzung, aber ihr habt gesehen, seither sind wieder Vorfälle passiert. Ich stelle einfach einmal mehr fest, die Reithallengespräche haben gar nichts gebracht, ist gleich weit, mehr oder weniger. Wenn ich jetzt einen guten Ordnungssinn gehabt hätte, hätte ich die alten Reden gehabt, aber

da ich meistens die "Schnauze frei" spreche, muss ich das nicht machen, aber die Situation ist unerträglich. Wir haben einen rechtsfreien Raum, einer Bundeshauptstadt unwürdig. Man will nicht einmal über die Sicherheitssachen diskutieren und wenn man einfach jetzt verneint und sagt: "Es ist alles in Ordnung, er ist eine gute Gesprächskultur." Also ich muss sagen, früher in Basel hätte man gesagt, "das chasch am Fährimaa verzäue". Hier haben wir einfach klar einen Stadtpräsidenten und Statthalter, die die Sache nicht im Griff haben. Wir sehen es jedes Wochenende. Merci.

Präsidentin: Merci vielmals, Alex. Er ist nicht zufrieden mit der Antwort.

2019.SR.000299

12 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz/Janosch Weyermann/Thomas Glauser, SVP): Was gelten für baurechtliche und energierechtliche Vorschriften im Bereich der Reitschule und der Schützenmatt? Werden diese durchgesetzt?

Präsidentin: Dann kommen wir jetzt zu Traktandum Nummer 12. Es ist wieder eine Interpellation der SVP-Fraktion, wozu keine Diskussion gewünscht ist. Wünscht ihr eine kurze Erklärung abzugeben? Ja, gut. Es wird darauf verzichtet. Zufriedenheitsgrad? Ist nicht zufrieden.

2021.SR.000219

13 Motion Alexander Feuz (SVP): Die Bestimmungen der Denkmalpflege müssen auch hinsichtlich der Reithalle endlich durchgesetzt werden!

Präsidentin: Gut, dann sind wir bei Traktandum Nummer 13. Das ist eine Motion von Alex Feuz. Die Motion ist bestritten. Ich erteile dem Einreichenden das Wort.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich habe bewusst vorhin darauf verzichtet, weil es keinen Sinn macht, dass ich jetzt zu einer Interpellation noch Ausführungen mache. Ich sage einfach, wir haben hier strenge Bauvorschriften. Ihr wisst, ich bin durchaus einer, der gerne eine schöne Stadt hat, aber für mich ist es einfach unverständlich und mit dem Gründen der Rechtssicherheit nicht zu vereinbaren, wenn man bei der Reithalle alles machen kann, was man will. Als ganz junger Fürsprecherkandidat habe ich – ich glaube das darf ich sagen – die Gruppe, die dann die Initiative eingereicht hat, unterstützt. Man hat dann gesagt, die sei ungültig. Man hat nachher gekämpft, dass sie trotzdem gültig ist. Dann hat man eben gesagt, es ist ein hoch schützenswertes Gebäude, darum darf man es nicht abreißen und ihr seht selber jeden Tag, wenn ihr mit dem Zug durchfahrt, was es für eine Sauerei ist, wie die Sache angemalt ist. Und ich habe einfach das Gefühl, dass man dort – wie ich es kürzlich gehört habe an einem Podium – einen Sonderfall Reithalle macht. Jeder, der in der Junkerngasse für die Fensterläden ein bisschen einen anderen Farbton wählt hat ein Problem. Das Eisenbahnerquartier, wo die Stadt bei den eigenen Liegenschaften Fenster aus Holz und Kunststoff gehabt hat, hat sich die Stadt auf den Standpunkt gestellt, dass der Nachbar, der gerne auch Holzkunststofffenster haben möchte, Holzfenster haben muss. Und ich muss darum sagen, das ist eine absolut rechtsungleiche Behandlung. Ich habe dann auch einen ähnlichen Vorstoss, darum habe ich immer gesagt, man kann es jeweils

durchaus zusammennehmen und ich kann mich kurzhalten. Man darf ja in der Stadt Bern nicht diskriminieren. Wenn der Schweizerhof sagen würde, wir bewirten keine Leute aus Schwarzafrika und aus Brasilien, dann wäre ein riesiger Aufschrei. Aber SVP-Angehörige darf man ohne weiteres aus der Reithalle ausschliessen. Ich habe es immer gesagt, bis ich Woke-Haare habe, so lange, verfilzte Haare, da müsste ich wahrscheinlich 4 oder 5 Jahre warten, das werde ich mir wahrscheinlich schenken. Und ich sage euch einfach nur, man sagt das ist dann überfällig. Man darf so nachher nicht in die Reithalle, in die Kulturinstitutionen, gehen. Da bin ich wirklich ein bisschen zynisch. Da könnte ich sagen, dass irgendjemand aus Schwarzafrika, der in einem Anzug herumläuft und Lederschuhen, da könnte ich auch sagen, der greift meine Kultur an. Das geht ja auch wiederum nicht. Dann müsstet ihr, wenn schon konsequent sein. Und das Vorgehen zeigt mir eben, dass ihr eben sehr einseitig seid. Für mich ist der Denkmalschutz besonders wichtig. Man nimmt es sehr genau, besonders in der Altstadt, wo strenge Regeln gelten. Bei der Reithalle soll das nicht gelten. Für mich ist das unverständlich. Ihr seht auch, welche Vorstösse wir eingereicht haben, damit die Denkmalpflege ihren gesetzlichen Aufgaben nachkommt. Wenn die Gewerbepolizei ohne Polizeischutz nicht in die Reithalle geht, dann wird der Denkmalschützer auch Angst haben, dort allein hineinzugehen. Die haben ja sogar gesagt, dass ich nicht einmal auf dem Vorplatz ein Statement zur Reithalle abgeben darf. Der Stadtpräsident findet das auch in Ordnung. Das kann man eben schlucken, es ist eben ein Sonderfall, aber es gibt dann vielleicht einmal eine Stadtpräsidentin. Vielleicht sieht man es dann da ein bisschen anders. Nachher ist sicherzustellen, dass die Betreiber umgehend die nötigen Massnahmen ergreifen, um das Objekt zu schützen und dessen Integrität zu bewahren. Wenn ein Privater, der irgendwie ein Schwimmbad bauen will und wo vielleicht archäologische Substanz gefährdet sein könnte, da gibt es ein Riesentheater. Auch das will man nicht, will man sagen, das ist egal, es ist völlig problemlos. Man kann es einfach verschmieren. Der Private darf das nicht. Ich bin dann gespannt, was der Herr Stadtpräsident punkto Rechtsgleichheit dazu sagt. Für mich ist es eine krasse Verletzung. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass wenn ein Liegenschaftsbesitzer sein Haus an der Junkergasse plötzlich schwarz streicht und gelbe Fensterläden hat, auch wenn er ein grosser YB-Fan ist, würde der Stadtpräsident interveniert. Man hat gesagt, der Gemeinderat habe sich dafür einzusetzen, dass die Schmierereien entfernt und der gesetzmässige Zustand wiederhergestellt wird. Für mich ist klar, dass wenn ich rosarote Fenster an der Junkergasse hätte – leider habe ich keine Liegenschaft dort –, dann bekäme ich sicher eine Wiederherstellungsverfügung. Ebenfalls die Ziffer 4: "Der Gemeinderat habe sicher zu stellen, dass fehlbare Personen, Betreiber und Besucher für ihre Handlungen zur Verantwortung gezogen werden können und nicht der Strafverfolgung entzogen werden." Wiederum etwas Selbstverständliches, aber ich habe immer gesagt: "Will ich nicht, dann kann ich nicht." Dann macht man eben nichts. Das sieht man jetzt so in Deutschland, ein Riesentheater. Nicht, dass sich die dort gut aufgeführt haben. Aber die, die das Kalifat gemacht haben, dort hat man dann wieder nichts gemacht. Es ist offenbar wieder zulässig, dass man zur Steinigung von Ehebrechern aufruft und Leute, die sich vom Koran abwenden, dass man die umbringt. Das darf man wiederum, das sind eben die ungleichen Ellen hier und das finde ich eben eine Heuchelei. "Der Gemeinderat habe sich dafür einzusetzen, dass die Betreiber und Besucher für die Anliegen des Denkmalschutzes sensibilisiert werden." Wie oft haben wir hier Vorstösse gehabt, wo man für die Umwelt, für die Tiere, für die Dritte Welt sensibilisieren soll. Nicht einmal zu diesem Punkt will man Ja sagen. Ihr seht die Motion soll abgelehnt werden. Ich halte einfach fest, dass ist ein klarer Verstoss gegen die Rechtsgleichheit. Gewisse Leute sind mehr gleich als andere. Lest einmal den Orwell. Die Geschichte

mit Napoleon und den Schweinen ist interessant. Hier haben wir genau einen solchen Fall. Ich bin froh, dass ich die Motion eingereicht habe. Ich bin jetzt auch gespannt, was ihr dazu sagt, insbesondere bin ich gespannt, was der Herr Stadtpräsident, der sich ja wieder für eine weitere Amtsperiode bewirbt, dazu sagt wird, dass das Alte eben nicht gelten soll. Ich möchte jetzt nicht mehr die Diskussion verzögern. Darum gehe ich wieder an den Platz. Ich werde allenfalls als Einzelsprecher noch einmal zurückkommen. Merci!

Präsidentin: Merci, Alex. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Für die SP-JUSO-Fraktion, Michael Sutter.

Michael Sutter (SP) für die Fraktion: Es gibt durchaus auch Themen, die in diesem Rat sicher nicht zu wenig diskutiert werden, nicht, dass ihr mich da vorhin etwa falsch verstanden habt. In den letzten 11,5 Jahren habe ich zahllose Debatten zur Reitschule erlebt. Die entsprechenden Vorstösse würden wahrscheinlich mehrere Bundesordner füllen, zumindest die Protokolle darüber. Neben same procedure as every time, Alex, bewegt sich aber auch die verbitterte Gegnerschaft der Reitschule, wenn auch langsam. Ist bei meiner ersten Debatte zum Thema, die ich 2012 noch von der Tribüne aus verfolgt habe, der sofortige Abbruch von dem "Gehütt" gefordert worden, geht es inzwischen sogar darum, wie man das Kulturzentrum am besten schützt. Das ist jetzt eine dieser positiven Entwicklungen, die ich miterleben durfte. Die Halle zu schützen, das finden wir natürlich auch richtig. Mir persönlich ist es sogar ein sehr grosses Anliegen. Der Motion stimmen wir allerdings trotzdem nicht zu. Die immer dickere Farbschicht beeinträchtigt das Baudenkmal nicht nur, nicht substanziell, sie schützt im Gegenteil die Fassade vielmehr vor der Witterung und anderen Umwelteinflüssen. Also quasi kreativ gelebter Denkmalschutz mit künstlerischem Mehrwert. Ja, die Reitschule gehört schon so selbstverständlich zu Bern, dass es mich nicht überraschen würde, wenn sie als Institution sogar länger bestehen bleibt als der Denkmalschutz selber.

Präsidentin: Herzlichen Dank. Dann kommen wir zu den Einzelvoten. Es hat sich niemand gemeldet? Dann kommt noch Alex Feuz für ein Einzelvotum.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich habe die Rede von Michael sehr interessant und originell gefunden. Das gestehe ich dir also zu. Du siehst wir haben bei der Schutzbedürftigkeit ja auch eine gewisse Resignation. Ich weiss, wir haben es schwer mit dieser Reithallen-Initiative. Aber ich muss jetzt trotzdem sagen, wenn man natürlich sagt, es ist ein Schutzanstrich. Das werde ich jedem Klienten, der zu mir kommt und sich einfach beraten lässt und sagt: "Ich habe jetzt eine falsche Fassadefarbe", natürlich auch sagen. Der Mann im orangen Haus in Biel, der hat das Haus umstreichen müssen, der hätte auch sagen müssen: "Mein Haus ist jetzt dank der orangen Farbe besser geschützt." Und auch der letzte Satz, eben, der hat mich gerade beflügelt zu einem Votum, dass eben wahrscheinlich die Reithalle länger bleibe als der Denkmalschutz. Dann muss ich eben sagen, das sind die Auswirkungen der Anarchie. Dann heisst es, dass wir keinen Denkmalschutz mehr brauchen in Bern. Ich bin gespannt, was der Herr Stadtpräsident dazu sagt. Wir haben dafür eine Reithalle, die wird dann vielleicht alles kontrollieren. Dann darf der Feuz nicht einmal mehr ein Interview geben vor der Reithalle, sondern dann muss ich 50 Kilometer vor der Gemeindegrenze von Bern umkehren. Dann habt ihr eben Anarchie. Dann habt ihr eben aus dem einen rechtsfreien Raum gemacht – das ist das, wovor ich immer gewarnt habe –, habt ihr

eben nachher eine Zone gemacht, einen Freiraum für alles, wo eben kein Denkmalschutz mehr ist. Ich nehme das zur Kenntnis und ich bin einfach gespannt. Es könnte dann einmal eine Anzeige wegen Begünstigung geben, wenn man hier alle Zügel schleifen lässt. Aber ich bin sehr froh für das Votum und danke. Jetzt bin ich gespannt, was der Herr Stadtpräsident sagen wird und was ihr zu dieser Rechtsgleichheit sagen werdet. Ihr habt gesehen, ich habe den Humor und den Kampfgeist nicht verloren. Danke.

Präsidentin: Danke, Alex. Dann hat Alec von Graffenried für den Gemeinderat das Wort.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Ja es stimmt, die Reitschule ist ein geschütztes Gebäude und ist im Bauinventar, höchste Schutzstufe. Es ist ein geschütztes Gebäude, es gehört der Stadt Bern. Die Stadt Bern ist Eigentümerin und die Stadt Bern ist auch dafür verantwortlich, wie es gepflegt und unterhalten wird. Und insofern adressiert dieser Vorstoss natürlich ganz klar die Stadt Bern als Eigentümerin, weniger die Nutzerinnen und Nutzer des Gebäudes. Wir müssen es sagen, dass gesprayed wird in der ganzen Stadt. Wir haben es nicht im Griff betreffend Brücken, Stützmauern, anderen Gebäuden und wir haben es auch nicht im Griff betreffend die Reitschule. Natürlich wird gesprayed und mir ist es auch zu viel. Aber ich kann euch vielleicht ein Beispiel machen, dass unter Umständen eben sogar die Reitschule leidet unter den Sprayereien. Ihr könnt euch erinnern, dass wir die grosse Halle saniert haben. Und das sind ein paar Aufwertungsmassnahmen gewesen von der grossen Halle und dort hat sich nachher auch eine weitere Frage gestellt. Das hat ja oben in der grossen Halle die Laterne, da sind die Fenster die Rundherum gehen und sie sind seit Jahren schwarz angemalt. Das ist ein bisschen blöd für die grosse Halle, weil die Fenster eigentlich da sind, damit das Licht hineinkommt und es kommt kein Licht hinein, weil die Fenster schwarz angemalt sind. Nachher habe ich gesagt, das ist ja blöd für euch, dann reinigen wir doch jetzt die Fenster – das hätte ein bisschen etwas gekostet –, damit ihr wieder Licht habt in der grossen Halle. Und nachher haben sie gesagt: "Nein, da kann man da ohne weiteres darauf verzichten, denn die werden sowieso nachher gerade wieder schwarz angemalt." Es wäre zwar praktisch, wenn wir Licht hätten in der grossen Halle, aber da die Fenster sowieso gerade wieder schwarz angemalt werden, lassen wir es lieber sein und entsprechend hat man nachher die Fenster nicht gereinigt. Also sie leiden selber auch darunter. Wenn etwas umgebaut wird am Gebäude, dann machen wir ein Baugesuch, dann wird das von der Denkmalpflege geprüft, wie bei allen anderen Bauten. Die Baubewilligungsbehörde ist das Regierungsstatthalteramt, weil das Gebäude eben der Stadt Bern gehört. Weitergehende Kompetenzen hat die Denkmalpflege nicht. Die Denkmalpflege kann auch sonst nicht bei Gebäuden eingreifen gehen, wenn etwas gemacht wird ausserhalb oder doch sie kann schon eingreifen, wenn etwas Baubewilligungspflichtiges verändert wird, ohne dass es ein Baugesuch gegeben hat. Aber die Denkmalpflege kann nicht sagen gehen, ändert irgendwie das und das. Bei den Fassadenfarben, die nicht stimmen bei anderen Gebäuden, da ist in einem Baugesuch einen Anstrich verlangt worden und nachher hat man etwas anderes angestrichen als bewilligt gewesen ist, und nachher wird das wiederhergestellt. Das ist in aller Regel der Gang der Dinge, aber die Denkmalpflege kann nicht kommen und sagen: "Stellt das und das wieder her." Die Denkmalpflege ist nicht die Baupolizeibehörde, sondern die Denkmalpflege ist nur ein beratendes Organ. Zuständig ist grundsätzlich die Baupolizeibehörde für solche Fälle. Demzufolge bitte ich Sie, dem Gemeinderat zu folgen und diesen Vorstoss abzulehnen.

Präsidentin: Merci, Alec. Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen über die Motion als Richtlinie ab. Punktweise Abstimmung: Es hat 5 Punkte. Wir stimmen jetzt ab über Punkt 1.

Abstimmung Nr. 053

2021.SR.000219: Punkt 1

Ablehnung

Ja	6
Nein	58
Enthalten	0

Präsidentin: Punkt 1 ist abgelehnt. Gerade als nächstes werden wir über Punkt 2 abstimmen.

Abstimmung Nr. 054

2021.SR.000219: Punkt 2

Ablehnung

Ja	8
Nein	52
Enthalten	0

Präsidentin: Auch Punkt 2 habt ihr abgelehnt. Wir sind bei Punkt 3.

Abstimmung Nr. 055

2021.SR.000219: Punkt 3

Ablehnung

Ja	7
Nein	59
Enthalten	0

Präsidentin: Punkt 3 ist abgelehnt. Wir sind bei Punkt 4.

Abstimmung Nr. 056

2021.SR.000219: Punkt 4

Ablehnung

Ja	8
Nein	58
Enthalten	0

Präsidentin: Punkt 4 ist abgelehnt. Wir stimmen ab über Punkt 5.

Abstimmung Nr. 057

2021.SR.000219: Punkt 5

Ablehnung

Ja	7
Nein	59
Enthalten	0

Präsidentin: Auch Punkt 5 ist abgelehnt.

2018.SR.000199

14 Interpellation Fraktion FDP/JF (Oliver Berger/Bernhard Eicher/Ruth Altmann, FDP): Streit um Polizeieinsätze – Deeskalation und Lösungsansätze?

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 14. Das ist eine Interpellation der FDP-JF-Fraktion. Ist die Diskussion erwünscht? Nein, dann erteile ich gerne das Wort für ein kurzes Votum. Kann jemand ihn noch anmelden? Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Einreichenden: Ja, "same procedure as every year" war das Motto. Ich erlaube mir 2 Vorbemerkungen: Erstens, es ist doch beeindruckend, mit welcher bernischen Gemütlichkeit man sich Zeit gelassen hat, die Interpellationen aus dem Jahr 2018, rund um die Reitschule zu beantworten und zu traktandieren. Zweitens, es ist tragisch wie aktuell, dass die Fragen eigentlich immer noch sind von der Interpellation, anlässlich der Vorfälle vom 3. Mai, die wir in der letzten Ratsdebatte diskutiert haben. Fazit: Wir von der FDP/JF-Fraktion sind mit der Antwort des Gemeinderates nicht zufrieden. Es ist unbestritten, dass die Reitschule über weite Strecken ein vielfältiges, kulturelles Angebot hat und sich die Mehrheit der Besucherinnen und Besucher korrekt verhält und auch gewaltfrei ist und sich an die Regeln hält. Aber es gibt einen Nukleus von gewaltbereiten Aktivisten und das unterstützen wir nicht. Also wir wollen Kultur, aber eine gewaltfreie Kultur und ja, "same procedure as every year". Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Oliver. Wenn ich das richtig gehört habe, seid ihr unzufrieden mit der Antwort.

2020.SR.000198

15 Motion Fraktion SP/JUSO (Laura Binz/Marieke Kruit, SP): Stadtklima integral denken – Synergien nutzen, Lebensqualität in der Stadt Bern erhalten; Begründungsbericht

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 15. Das ist ein Begründungsbericht der SP-JUSO-Fraktion. Ich erteile den Einreichenden das Wort, Laura Binz.

Laura Binz (SP) für die Einreichenden: Der Umgang mit den Folgen des Klimawandels gehört im Moment zu den grössten Herausforderungen, insbesondere für die Städte. Wir werden in 2 Wochen wieder ausführlich über Klimaanpassungsmassnahmen reden. Deshalb werde ich mich heute kurzfassen. Es ist uns natürlich auch bewusst, dass bei Gebäudehüllen und bei Hochbauprojekte verschiedene Anforderungen gegeneinander abgewogen werden müssen. Gleichzeitig ist es aber auch so, dass die Dachfassaden-

begrünungen, Entsiegelungen wichtige Elemente sind, um stadtklimaangepasst zu gestalten, um möglichst wirksame Massnahmen zu kombinieren und umzusetzen. Der Bericht des Gemeinderates ist doch sehr uninspiriert und es fehlt uns ein eindeutiges Bekenntnis zur konsequenten Umsetzung von Klimaanpassungsmassnahmen. Die konsequente Umsetzung von Klimaanpassungsmassnahmen wie Entsiegelung, Begrünungen, insbesondere Bäume, Schwammstadtelemente, Dach- und Fassadenbegrünungen erlauben keinen Aufschub.

Präsidentin: Merci, Laura. Gibt es hier Fraktionsvoten? Einzelvoten? Gemeinderat? Gut, dann nehmen wir den Begründungsbericht so zur Kenntnis.

2023.SR.0181

16 Interfraktionelles Postulat AL/PdA, SP/JUSO, GB/JA (David Böhner, AL/Matteo Micieli, PdA/Barbara Keller, SP/Paula Zysset, JUSO/Franziska Geiser, GB/Anna Jegher, JA): Steigende Energiekosten: Überprüfung der Unterstützung für subventionierte Kulturinstitutionen und gemeinnützige Vereine

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 16. Das ist ein interfraktionelles Postulat. Ist das Postulat bestritten? Es ist bestritten. Dann erteile ich den Einreichenden das Wort. David Böhner.

David Böhner (AL) für die Einreichenden: Es ist schon ein bisschen spät, aber ich will mich kurzhalten. Schön, hat es noch gereicht mit dem Traktandum. Das haben wir vor etwas mehr als einem Jahr eingereicht, das interfraktionelle Postulat, welches verschiedene Kulturinstitutionen wegen den massiv gestiegenen Energiepreisen unterstützen respektive abklären lassen will, ob diese Unterstützung brauchen. Entschuldigung, es ist schon ein bisschen spät, eben. Das hat zur Folge, dass faktisch weniger Gelder für ihr eigentliches Kerngeschäft, also für diese Kulturinstitutionen, also für Kultur, Produktionen und Künstler*innen zur Verfügung steht. Gleichzeitig mit dem Einreichen des Postulates haben wir bei der letztjährigen Budgetdebatte den Kredit für die Nebenkosten des Kulturzentrums Reitschule um 60'000 Franken erhöht, weil die Reitschule wegen den teureren Kosten in eine finanzielle Schieflage gekommen ist. Die 60'000 Franken haben geholfen, dass die Reitschule das letzte Betriebsjahr ohne Verlust abschliessen konnte. Berechtigterweise wünschen sich andere Kulturinstitutionen mit Leistungsverträgen mit der Stadt Bern jetzt auch eine Aufstockung der Beträge, weil wenn alle Ausgaben teurer werden, weniger Geld für die Kulturschaffenden bleibt und die Veranstaltungsorte ihrem Leistungsauftrag nicht mehr gerecht werden können. Neben der steigenden Energiepreise ist die allgemeine Teuerung auch ein Faktor, der bei den laufenden Leistungsvereinbarungen nicht berücksichtigt wird. Hinzu kommt, dass die berechnete Forderung nach zwingenden Zahlungen von branchenüblichen Honoraren bei Kulturproduktionen zur Folge hat, dass schlussendlich weniger veranstaltet werden kann. Aus all diesen Gründen sind wir ihnen dankbar, wenn sie dieses Postulat überweisen, damit der Gemeinderat Abklärungen treffen kann, wie die Situation der einzelnen Institutionen ist und Anpassungen vorschlagen kann, damit Bern weiterhin eine lebendige Kulturstadt bleiben kann. Merci.

Präsidentin: Merci, David. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Ursina Anderegg von der GB/JA!-Fraktion.

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion hat diesen Vorstoss ja auch miteingereicht und freut sich, dass der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären. Dieser Vorstoss weist nämlich auf eine wichtige und generelle Frage betreffend Umgang des Gemeinderates mit den Leistungsverträgen hin, nämlich die Frage, die fragt, was passiert, wenn sich kostenrelevante Rahmenbedingungen für die Leistungsvertragspartner*innen ändern. Es ist nichts als logisch, dass verteuernde Veränderungen der Stadt abgegolten werden müssen, sonst können die Leistungsvertragspartner*innen ihren Auftrag für die Stadt nicht mehr aufrechterhalten. In der aktuellen Praxis wird aber je nach Direktion oder sogar zum Teil nach Dienststelle, je nachdem, wo die Verträge darüber laufen, unterschiedlich auf Veränderungen reagiert und das kann zu einer willkürlichen Ungleichbehandlung führen. Wir haben gerade hier im Rat einen anderen Vorstoss diskutiert, der auch auf die Frage abgezielt hat, wonach bei der Interpellation von uns und der SP, bei der es um die Musterleistungsvertragsklausel ging, betreffend die gleichwertigen Arbeitsbedingungen, die die Leistungsvertragspartner*innen gegenüber den städtischen Arbeitsbedingungen gewährleisten sollen. Und in dieser Diskussion ist auch klar herausgekommen, dass die Stadt kostenrelevante Verbesserungen abgelten muss. Wir hoffen darum, dass aufgrund von dieser damaligen Interpellation und auch jetzt aufgrund von dem Postulat der Gemeinderat sich eben die Grundsatzfrage einmal stellt und sich damit auseinandersetzt und dort einen kleinen Paradigmenwechsel vollzieht, nämlich der, dass bei Entwicklungen, wo alle Leistungsvertragspartner*innen betreffen zum Beispiel eben eine Revision vom Personalreglement oder eben Teuerungen von Nebenkosten, dass man dort eine Grundsatzhaltung hat und alle Leistungsvertragspartner*innen entsprechend abgeltet. Wir wollen in diesem Zusammenhang am Schluss noch kurz auf ein anderes Problem hinweisen und dem Gemeinderat auf den Weg geben für den Prüfungsauftrag im Zusammenhang mit dem Postulat.

Wie ihr vielleicht wisst, kennt die Stadt bei den Vermietungen von eigenen Liegenschaften an Organisationen, die sie selbst mitfinanziert und unterstützt, die Kategorie, nämlich eine vergünstigte Mietpreiskategorie für sogenannte stadtnahe Dritte. Das finden wir natürlich eine sehr gute Praxis. Es macht ja keinen Sinn, dass die Stadt Organisationen subventioniert und gleichzeitig zu hohe Mieten verlangt. Jetzt ist uns aber in letzter Zeit zu Ohren gekommen von verschiedenen Seiten, dass offenbar bei der ISB die Sanierungen von Liegenschaften gegenüber, die die in dieser Kategorie vermietet werden, gegenüber von Liegenschaften, die zu Marktpreisen vermietet werden, nach hinten priorisiert werden. Das heisst, die werden im Moment nicht oder erst sehr spät saniert und das führt für sehr viele Organisationen dazu – das sind vor allem Quartiervereine, es geht vor allem um die –, dass viele dieser Mietobjekte immer in schlechterem Zustand sind und deshalb eben dort die Nebenkosten zum Teil massiv gestiegen sind in letzter Zeit. Mir sind mehrere Quartiervereine bekannt, die im Moment finanzielle Probleme haben, weil sie die Nebenkosten nicht mehr stemmen können und das kann nicht sein, weil sie das dazu zwingt, sich zu kommerzialisieren, damit sie als Quartierverein noch überleben können und dass, obwohl sie bei städtischen Liegenschaften eingemietet sind. Darum braucht es auch einen Paradigmenwechsel in der Vermietungspolitik der ISB. Die ISB müsste eigentlich grundsätzlich die Nebenkosten selbst übernehmen, wenn sie den stadtnahen Dritten etwas vermietet, denn es kann ja nicht sein, dass die Budgets wieder in anderen Direktionen und Dienststellen ausgeglichen werden oder eben dann auch wieder nicht. Und auch das, das weiss man, es gibt verschiedene Fälle. Das führt wieder zu einer Willkür. Das würden wir dem Gemeinderat mit auf den Weg geben. Vielleicht könnt ihr das auch noch Michael ausrichten, wenn er

dann das Postulat schreiben wird, den Prüfauftrag. Und wir sind gespannt auf den Rest der Diskussion, der vielleicht gar nicht mehr stattfindet. Ja, doch, sie finden noch statt. Wir sind gespannt und hoffen, dass das Postulat überwiesen wird. Merci.

Präsidentin: Merci, Ursina. Wir haben einen Ordnungsantrag von David Böhner. Kann ihn jemand bitte anmelden?

David Böhner (AL) für Einreichenden: Ja, ich weiss, es ist vielleicht nicht so populär und wir haben alle eine lange Sitzung gehabt und freuen uns auf das Bier oder auf das Heimgehen, aber wäre es möglich, dass wir noch das Traktandum fertig diskutieren und abstimmen können. Es wird wohl nicht mehr so lange gehen, denn die Liste ist nicht ewig lang. Es ist immer so unbefriedigend, wenn man mittendrin aufhören muss. Beim nächsten Mal weiss man nicht, um was es überhaupt ging.

Präsidentin: Wir stimmen darüber ab, ob wir das Traktandum noch fertigmachen.

Abstimmung Nr. 058

2023.SR.0181: Ordnungsantrag

Annahme

Ja	39
Nein	22
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt dem Ordnungsantrag zugestimmt. Wir fahren fort mit Alex Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für Fraktion: Ich hoffe ich gehe mit gutem Beispiel voran und halte mich hier sehr kurz. Ich habe durchaus Verständnis für den eingereichten Vorstoss, ich sage euch jetzt wieso, wir ihn trotzdem ablehnen. Wir waren schon der Meinung, dass die Gebühren, die man der Reithalle zugesprochen hatte, dass das falsch gewesen ist. Aber ihr müsst euch erinnern, wir haben damals einen Vorstoss eingereicht, wonach man das günstigste Gas und die günstigste Energie nehmen soll. Das habt ihr grossmehrheitlich wuchtig abgelehnt und es kann doch jetzt nicht sein, dass Private nicht die Möglichkeiten haben vergünstigte Energiepreise zu haben. Die Wirte, die irgendwie privat irgendwo sind, die können ja nicht sagen, ich würde gerne ein bisschen weniger zahlen. Ihr habt die hohen Tarife gesehen, die wir teilweise haben beim Zeug, die haben keine Chance. Und die städtischen Kulturinstitutionen werden hier nachher bevorzugt. Und ihr hättet es in der Hand gehabt, wenn ihr damals unseren Antrag eingereicht hättet, mit den günstigsten Energiepreisen zu nehmen, aber das habt ihr eben nicht. Ich habe gesagt, dass statt das wir die Leute noch zusätzlich unterstützen, müssen wir eigentlich den günstigsten Stoff nehmen. Das wäre das, das etwas würde helfen, aber sonst subventioniert ihr die nur quer. Das EWB und die anderen Energieträger, die nachher irgendwie ein supergrünes Plus verkaufen können und dort schön Geld kassieren. Excusé, bei so einem Taschenspielertrick helfen wir nicht mit und müssen hier die Motion konsequent ablehnen. Merci.

Präsidentin: Merci vielmals. Dann hat Paula Zysset das Wort für die SP-JUSO-Fraktion.

Paula Zysset (JUSO) für die Fraktion: Ich glaube, das Wichtigste zu dem Postulat ist schon gesagt worden von meinen Vorredner*innen der AL-PdA- und der GB/JA!-Fraktion und ich will das hier nicht gross in die Länge ziehen. Für die SP-JUSO-Fraktion ist klar, dass da die Stadt mit Kulturinstitutionen oder anderen gemeinnützigen Vereinen einen Leistungsvertrag abgeschlossen hat, sie auch sicherstellen muss, dass diese Leistungen erbracht werden können. Die gestiegenen und immer noch steigenden Energiekosten sind nicht nur für private Haushalte je nachdem eine erhebliche finanzielle Belastung, sondern können auch Leistungsvertragspartner*innen massiv in Bedrängnis bringen. Es kann aus unserer Sicht nicht sein, dass das nachher dazu führt, dass die vertraglich vereinbarten Leistungen aufgrund einer finanziellen Schieflage nicht mehr erbracht werden können. Es ist die Aufgabe der Stadt hier die Situation bei den verschiedenen Kulturinstitutionen und Vereinen abzuklären und eben je nachdem, wie das Postulat, Punkt 2 auch fordert, zusätzliche finanzielle Unterstützung zu bieten. Als SP-JUSO-Fraktion sind wir erfreut, dass der Gemeinderat die Notwendigkeit einer Unterstützung von subventionierten Kulturbetrieben und Vereinen ebenfalls sieht. Die gestiegenen Energiekosten dürfen nicht zu einem Leistungsabbau im Berner Kultur- und Vereinsleben führen. Deshalb werden wir dem Postulat zustimmen und danken Ihnen, wenn Sie uns hier ebenfalls folgen.

Präsidentin: Merci, Paula. Dann hat Nik Eugster das Wort für die FDP/JF-Fraktion.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Wir haben uns mit dem Postulat ein bisschen schwer getan bei uns in der Fraktion, weil das Grundproblem, das sehen wir. Obwohl sich die Situation ein bisschen entspannt hat im Bereich der Energiekosten, haben wir in den letzten Jahren sehr klar gesehen, wie volatil die Ausgabenposten für einen Leistungsauftragspartner sein kann, wie schwierig zu berechnen und wie herausfordernd, wenn eben mal die Kosten steigen. In der Begründung des Postulats wird zu Recht erwähnt, dass einzelne Partner gezwungen sind, entweder Leistungen abzubauen oder die Preise zu erhöhen. Wir haben es uns schwer getan mit diesem Postulat, weil wir die Situation in unseren Stadtfinanzen sehen und finden, dass die Stadt nicht einfach die Mehrkosten übernehmen kann. Wir müssen in Kauf nehmen, dass entweder Leistungen abgebaut oder eben die Preise erhöht werden, wie man das ja zum Beispiel auch in der Privatwirtschaft machen muss, wenn eben Energiekosten zusätzlich dazu kommen. Also wenn ein Partner wegen diesen Kosten aber in Schieflage geraten ist, dann müssen wir das aber punktuell anschauen, und dass da die Stadt generell unterstützt, da haben wir eher Bedenken, weil wenn die Energiepreise dann wieder gesenkt werden, dann werden auch nicht einfach wieder die Zahlungen reduziert. Das Postulat fordert, dass einmal geschaut wird, ob die Betriebe wegen der Kosten ihren Leistungsauftrag erfüllen können. Das würden wir unterstützen. Zum Punkt 2, in dem es aber um einen Zusatzkredit geht, haben wir oder die meisten bei uns in der Fraktion zu grosse Fragezeichen. Schlussendlich werden wir das Postulat deshalb eher ablehnen oder uns enthalten, was aber nicht bedeutet, dass man die Situation nicht weiter im Blick behalten sollte, falls es wieder zum Anstieg der Energiekosten kommt. Danke.

Präsidentin: Merci, Nik. Gibt es Einzelvoten? Dann hat Gemeinderat Alec von Graffenried das Wort.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Danke für das Postulat. Wir sind bereit, das entgegenzunehmen und das zu prüfen, aufgrund von den erhöhten Energiekosten, aufgrund von den Leistungen, wo eben allenfalls eine Kulturinstitution oder eine andere

Institution nicht mehr leisten kann. Das zu Punkt 1. Punkt 2: Und wenn sie wegen dem in Schieflage geraten sind, dann zu prüfen, ob man sie finanziell unterstützen kann. Zudem erarbeiten wir gerne einen Bericht und prüfen das gerne. Wir können nicht prüfen, ob die Kulturinstitutionen wegen der Sozialabgaben in Schieflage geraten sind, oder wir prüfen das nicht aufgrund dieses Postulats. Wir können auch nicht die Vermietungspolitik der ISB aufgrund von dem Postulat prüfen, aber sehr gerne schauen wir das mit der ISB zusammen an, wenn es dort einen Klemmer drin hat. Aber das Postulat ist einfach sehr eng gefasst und wir werden im Rahmen von diesen Fragen, die hier gestellt worden sind, den Bericht erarbeiten. Merci.

Präsidentin: Merci, Alec. Wir stimmen ab, über die Erheblichkeitserklärung des Postulats.

Abstimmung Nr. 059

2023.SR.0181:

Annahme

Ja	42
Nein	17
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt das Postulat erheblich erklärt. Mit dem schliessen wir die Sitzung. Herzlichen Dank und ganz einen schönen Abend.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

17 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Ende Zwischennutzung Schützenmatte: Die aufgehobenen gebührenpflichtigen Parkplätze sind umgehend provisorisch wieder in Betrieb zu nehmen. Die leidende Stadtkasse ist auf diese Einnahmen von 6000'000 Franken pro Jahr dringend angewiesen! 2020.SR. 000179

18 Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, AL (Anna Leissing/Rahel Ruch, GB/Jemima Fischer, AL): Schützenmatte: Wann gibt es endlich Freiraum statt Parkplätze? 2021.SR. 000144

19 Motion Fraktion SVP (Ueli Jaisli, SVP): Mehr Sicherheit durch Markieren der Peronkanten bei Tram- und Bushaltestellen mit grossem Niveauunterschied 2019.SR. 000323

20 Motion Fraktion SP/JUSO (Ayse Turgul) - übernommen durch Halua Pinto de Magalhães (SP): Sanierung der Turnierstrasse: Mehr Sicherheit auch für Fussgänger*innen 2021.SR. 000121

21 Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, SP/JUSO (Manuel C. Widmer, GFL/Michael Sutter, SP): Trottoirüberfahrten für Fahrradfahrende entschärfen 2021.SR. 000197

22 Motion Fraktion SP/JUSO (Szabolcs Mihályi/Fuat Köçer, SP): Den Bahnhof Europa-platz hindernisfrei und attraktiv gestalten 2022.SR. 000051

23 Postulat Fraktion AL/PdA (Eva Chen, AL / Matteo Micieli, PdA): Grüne Welle für zu Fuss Gehende 2023.SR. 0104

- 24 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Niklaus Mürner/Thomas Glauser): Die Mitbestimmung beim Entscheid über Begegnungszonen muss verbessert werden! Im Sinne der Stadt der Beteiligungen sei der Kreis der Mitwirkenden zu erweitern! 2023.SR. 0190
- 25 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP/Sara Schmid, SP): Fragen zu Problemen bei der Einführung von CitySoftnet 2023.SR. 0189
- 26 Interpellation Thomas Glauser (SVP): Griffige Massnahmen zum Schutz vor politisch motivierter Gewalt 2019.SR. 000169
- 27 Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, AL/GaP/PdA (Lea Bill, GB/Eva Gammenthaler, AL): I can't breathe – es reicht! 2021.SR. 000149
- 28 Interfraktionelle Motion AL/GPB-DA/PdA+, GLP, SP, GB/JA! (Christa Ammann, AL/Peter Ammann, GLP/Yasemin Cevik/Lena Sorg, SP/Leena Schmitter, GB/Seraina Patzen, JA!) - übernommen durch Halua Pinto de Magalhães (SP): Massnahmen zur Prävention und Kontrolle von Racial Profiling bei Personenkontrollen durch die Kantonspolizei, Begründungsbericht 2016.SR. 000250
- 29 Postulat David Böhner (AL): Wiedereinführung der Stadtpolizei 2022.SR. 000172
- 30 Interpellation Fraktion GB/JA! (Jelena Filipovic, GB / Lea Bill, GB / Mahir Sancar, JA! / Anna Jegher, JA!): Wie kommt es zur willkürlichen Bewilligungspraxis der Berner Orts- und Gewerbe Polizei? 2022.SR. 000231
- 31 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA! (Sofia Fisch, JUSO/Lea Bill, GB): Bekämpfung von Diskriminierung und Verdrängung von Bettler*innen 2023.SR. 000028
- 32 Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP) - übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Islamismus provoziert – Erhalt der öffentlichen Ordnung in der Stadt Bern 2017.SR. 000259
- 33 Interpellation Henri-Charles Beuchat (SVP) - übernommen durch Alexander Feuz (SVP): Polizeipatrouille mit Leuchtsignalmunition vom Dach der Reitschule angegriffen – schwere Straftat nicht einfach hinnehmen 2018.SR. 000003
- 34 Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz, Kurt Rügsegger, Thomas Glauser, SVP): Videoüberwachung in der Stadt Bern. Wie weiter? Videoüberwachung bei Velodiebstählen (Eigentumsdelikte?) in Veloeinstellhallen keine Videoüberwachung bei Reithalle (Delikte gegen Leib und Leben und sexuelle Integrität) 2023.SR. 000037

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

1. Kleine Anfrage Lukas Gutzwiller (GFL): Welche Synergien zwischen der Stadt und ewb gibt es bezüglich Cyber Sicherheit?
2. Kleine Anfrage Oliver Berger (FDP): Kontrolle ruhender Verkehr
3. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz/Berhard Hess/Thomas Glauser/Daniel Michel, SVP): Die Stadt brennt, pennt der Stadtpräsident? Was unternahm der Stadtpräsident? Was für ein konkretes Ergebnis wurde dabei erzielt?
4. Motion Fraktion SP/JUSO (Szabolcs Mihalyi/Fuat Köçer, SP): Ein Vertiefungsbericht „Volksschule“ um das STEK 2016 zu ergänzen
5. Interpellation Alexander Feuz (SVP), Thomas Glauser (SVP), Bernhard Hess (SVP): Reithallengespräche Stadtpräsident – Reithalle: Was haben diese für konkrete Erkenntnisse gebracht? Besteht eine gute Diskussionskultur? Was meint die KAPO?

Es wurden ausserdem folgende Anträge eingereicht:

1. Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats: Änderungsantrag Büro Stadtrat: Videoübertragung
2. Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats: Änderungsantrag Fraktion SVP: Zuständigkeit

3. Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats: Änderungsantrag Fraktion SVP: mangelhafte Antworten
4. Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats: Änderungsantrag Fraktion SVP: Stellvertretungen in den Kommissionen
5. Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats: Änderungsantrag Fraktionen SVP und FDP: Beschaffung IT Lösungen

Schluss der Sitzung: 22.36 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

03.09.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

04.09.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi